

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zum 18. März.

Der 18. März ist für das sozialistische Proletariat kein Tag resignierter Müderinnerung, sondern ein Tag des Ausblicks auf die künftigen Kämpfe. Das Gedächtnis der Märzgefallenen, die in einem schlichten Winkel des Friedrichshains ruhen, ist fest verankert in dem Herzen des Proletariats, des legt Zeugnis ab die Lutzahl der Rosenkränze, die alljährlich am Gedenktag des blutigen Berlin März die Reihen der Gräber bedecken, das beweist die Wallfahrt der Zehntausende nach der geweihten Stätte der Opfer des glorreichen Siegestages des Volkes. Aber kein Tag der Totenklage ist dem Proletariat der 18. März, sondern eine Mahnung an die Lebenden, endlich dem Volke die Freiheit zu erstreiten, für die deren Blutzeugen den Heldentod erlitten.

Denn wie fern sind wir heute, nach einundsechzig Jahren, noch dem hehren Ziele, für das am 18. März 1848 das Berliner Volk ohne Zagen sein Leben in die Schanzen geschlagen! Was wählte man in den ersten Wochen nach der Herrscherflucht der feudalen Gewalttäter errungen zu haben, und wie wenig ist selbst von dem wirklich Errungenen geblieben!

Am 21. März, zwei Tage, nachdem man die gefallenen Vorkämpfer mit beispiellosen Ehren, an denen sich auch der König von Preußen beteiligte, im Friedrichshain in die Erde gebettet, schrieb die „Voss. Zig.“ in einem Leitartikel:

„Wenn eine Nation wie die unsrige, eine Nation von 42 Millionen, das Werk ihrer Wiedergeburt beginnt, so ist das ein großer und heiliger, ein für alle Zeiten denkwürdiger Augenblick. Die nächsten Wochen werden über unsere ganze Zukunft entscheiden. Findet die große Zeit uns ihrer würdig, so wird Deutschland neben Frankreich und England die erste Stimme führen im Rate aller Völker, so werden wir unter uns ein Reich der Freiheit, der Gerechtigkeit, der echten Menschlichkeit erbauen auf Grundpfeilern, welche keine Macht der Hölle je wieder erschüttern wird.“

Die alten Parteien, die alten Unterschiede haben von heute an ihre Bedeutung verloren oder doch völlig geändert. Es gibt nur eine Fahne, die Fahne des Vaterlandes, der Freiheit und Brüderlichkeit... Die Verbrüderung aller Kreise für die gleiche Sache ist das dringendste Erfordernis des Augenblicks. Männer des Besitzes! Hört auf in den Männern der Arbeit eine Klasse untergeordneter Wesen zu sehen! Zieht sie zu Euch herauf! Schenkt eine warme und hochherzige Teilnahme allen Bestrebungen, welche dahin gehen, ihr geistiges und materielles Dasein zu verbessern und ihnen ein menschenwürdiges Los zu sichern. Nur so werdet Ihr das gesellschaftliche Gebäude auf unerschütterlichen Grundlagen errichten.

Und Ihr, Männer der Arbeit! Faßt ein Herz zu denen, die bisher durch eine allerdings nur zu schrofse Scheidewand von Euch getrennt waren. Sagt nicht: Was gewinnen wir bei allen diesen Veränderungen? Was ist der Lohn unserer Aufopferung und Hingebung? Die Frucht kann Euch nicht sogleich reif in den Schoß fallen, aber das gestreute Samenorn wird zu einem Baume erwachsen, welcher alle gleich mit seinem Schatten bedecken wird. Was Ihr unmittelbar errungen habt, ist wenigstens das freie Wort. Und so seid denn gewiß, daß, wo die Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit nur einmal laut und frei erklingen darf, da bricht sie in unseren Tagen sich auch Bahn, da findet sie einen Widerhall in allen edlen Herzen und sie erwächst endlich zu einer Macht der öffentlichen Meinung, welcher nichts widerstehen kann.“

Ein Reich der Freiheit, der Gerechtigkeit, der echten Menschlichkeit verhielt das angesehenste Organ des reichshauptstädtischen Bürgertums. Eine Verbrüderung aller Kreise. Freilich fehlte es schon sechs Tage nach der siegreichen Vorkämpferschlacht, die in der Hauptsache das Proletariat geschlagen — zählte man doch unter 150 Gefallenen, deren Namen man festzustellen vermochte, kaum ein halbes Duzend Bürgerliche! — in diesem Erguß nicht an einer Warnung an die Arbeiterklasse, sich doch ja vor allzu großer Begehrlichkeit zu hüten und geduldig zu harren, bis die Saat des Volksieges ausgereift sei. Aber das Organ der liberalen Bourgeoisie — und welcher Bourgeoisie wäre damals nicht liberal gewesen — richtete doch auch den patheistischen Appell an die Unternehmer, ferner nicht mehr in dem Proletariat eine „Klasse untergeordneter Wesen zu sehen“, verhielt doch ein menschenwürdiges Los und Gleichheit und Brüderlichkeit den Opfern der kapitalistischen Ausbeutung. Erklänge erst einmal die Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit laut und frei, so werde der Macht der öffentlichen Meinung nichts widerstehen können.

Man weiß, daß gerade die laut und frei erhobene Stimme des Proletariats das für Freiheit und Brüderlichkeit schwärmende Bürgertum noch in demselben Jahre in die Arme der feudalen Reaktion getrieben und das Volk um den Erfolg seiner Siege geprellt hat. „Die Demokraten“, schrieb Karl Marx 1851, „die ebenso wie die Bourgeoisie erschreckt waren durch die sogenannten Angriffe auf das Privateigentum, versäumten es ebenfalls, sie (die proletarischen Elemente) zu unterstützen und so wurde nach drei Monaten der Emanzipation in blutigen Kämpfen und militärischen Exekutionen der Feudalismus wieder hergestellt, mit Hilfe der gestern noch antifeudalen Bourgeoisie... Niemand hat eine andere Partei in der Geschichte einen derartigen Verrat an ihren besten Bundesgenossen, an sich selbst, begangen.“

Das galt für die damalige Bourgeoisie, wie es erst recht für die heutige Bourgeoisie gilt! Wo ist heute, ein halbes Jahrhundert nach der Revolution, das Reich der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit? Sieht unsere bestehende Klasse etwa heute etwas Anderes in „den Männern der Arbeit“, als „eine Klasse untergeordneter Wesen“? Führt nicht heute erbitterter denn je die bestehende Klasse den brutalsten Kampf gegen das Streben des Proletariats, sein „geistiges und materielles Dasein zu verbessern“ und sich „ein menschenwürdiges Los zu sichern“?

Wie ein Hohn klingt heute das Wort der „Voss. Zig.“ von dem „Reich der Freiheit, der Gerechtigkeit und der echten Menschlichkeit“! Das Reich des Proletariats hat sich in den sechzig Jahren enorm vermehrt. Wie aber steht es mit seinem Anteil an der materiellen, der kulturellen Wohlfahrt? Sämtliche Jensten mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark besitzen kaum mehr Einkommen, als die paar Prozent der Besitzenden! Und von den 150 Milliarden des preussischen Volksvermögens besitzt die große Masse, besitzen neun Zehntel des Volkes kaum mehr als den zehnten Teil! Die ministeriellen Handlanger der bestehenden Klasse prahlen mit dem „Volkswohlstand“, der sich darin zeige, daß seit 30 Jahren drei Millionen Erwerbstätiger die Steuergrenze von 200 M. überschritten haben! Als ob eine kleine Erhöhung des proletarischen Einkommens nicht mehr als aufgehoben würde durch die täglich wachsende Last der indirekten Steuern, durch den Milliardenbeitrag an die Agrarier, durch den Buchergins an die Hausbesitzer!

Ein Reich der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit! Der Reichtum der Reichen wächst ins Ungeheuerliche, Milliarden werden auf Milliarden gehäuft, die Millionenvermögen zählen nach Zehntausenden! Wenn aber jetzt 500 Millionen neuer Steuern aufgebracht werden sollen, so will der Besitz nicht einmal ein lumpiges Fünftel davon tragen!

Ein Reich der „echten Menschlichkeit“. Hunderttausende sind arbeitslos, hungern mit Weib und Kind! Ein preussischer Minister aber nennt die Krise, dies Produkt der kapitalistischen Anarchie, eine gesunde Erholungspause des Kapitals! Und die Junker, die vom liberalen Bürgertum unterstützten Herren des Staates, frohlocken, daß ihnen jetzt wieder Hunderttausende billiger, tüchtiger Arbeitskräfte durch die Hungerpeitsche zutrieben werden!

Und erst die politischen Rechte des Proletariats! Endlich, nach den wiederholten Massenkundgebungen der Entrechteten, erklärt selbst die Regierung, verflücht selbst die Krone eine Wahlreform. Aber die Junker erheben sich sofort in wüster Rebellion gegen diese gänzlich unzulänglichen Zusicherungen! Die Masse der Bourgeoisie schlägt sich mit offenem Hohn auf die Seite der junkerlichen Wahlrechtsfeinde, und der Rest des „freisinnigen“ Bürgertums bereit sich, den Wahlrechtsfeinden und dem Proletariat immer wieder zu versichern, daß es sich natürlich nur um ein kleines, bescheidenes Konzeßionschen handeln könne, auf dessen Realisierung die entrechtete Masse des Volkes launischgebüblig harren müsse! Denn, so sagte schon die „Voss. Zig.“ vor einundsechzig Jahren, „die Frucht kann Euch nicht sogleich reif in den Schoß fallen!“

So steht es im März 1909. Und viel anders wird es auch nicht sein im März 2009, wenn nicht das Proletariat in geschloffenem Ansturm seine Rechte erobert!

Das Proletariat braucht sich nur seiner Macht bewußt zu werden, braucht sich nur zusammenzuschließen zu einem einigen Volk von Brüdern und es bildet in der Tat, wenn auch in anderem Sinne, als es das Bourgeoisblatt im Jahre 1848 meinte, „eine Macht der öffentlichen Meinung, welcher nichts widerstehen kann“!

Für und wider den Militarismus.

Es ist eigentlich schade um Herrn v. Einem. Der Mann hat von Natur viel Witterwitz und gesunden Humor. Aber sein Amt als Kriegsminister scheint lähmend auf die Fähigkeiten einzuwirken zu haben, wenigstens soweit sein Verständnis für Scherze in Betracht kommt, die auf seine eigene Kosten gemacht werden.

Da wurde gestern in der Besprechung des „Vorwärts“ über die Militärdebatte der Herr Kriegsminister wegen seiner Schweigekunstigkeit einer ironischen Behandlung unterworfen. Das ist ihm an die Nieren gegangen, besonders die Schlussbemerkung, vom Militärkabinet aus werde wohl für heute kommandiert werden: „Einom to the front!“

Herr v. Einem hielt es für nötig, in feierlichster Form zu erklären, daß ein solcher Befehl weder ergangen sei, noch überhaupt denkbar wäre! Er lasse sich von niemandem dorfchreiben, wann und was er im Reichstag reden solle, auch nicht vom Militärkabinet. Nur er selbst entscheide darüber in eigener Person.

Großartig! Welch antiker Charakter, dieser Einem, genannt Hofmalter! Welche Selbständigkeit gegenüber allen äußeren Einflüssen!

Es tut uns ordentlich weh, dem Herrn Kriegsminister sagen zu müssen: Eigentlich hätte man sogar einen Hauptmann a. D., der wegen minderer Intelligenz an der Majordecke zum Scheitern fähig zu sein würde, das er die Ironie jenes Witals aus dem Humenfeldzuge erkennen würde. Den ernsthaften Vorwurf, der darin steckt, hat Herr v. Einem dagegen gar nicht einmal zu entkräften versucht, den hat er vielmehr bestätigt, den Vorwurf nämlich, daß er, anstatt auf eine scharfe sachliche Kritik sofort zu antworten, sich die Taktik der Wilow und Deenburg zu eigen macht, erst am anderen Tage nach sorgfältiger Vorbereitung zu antworten, und zwar dann vorbei zu antworten.

Wie hat Herr v. Einem z. B. die Behauptung Gündlers, der Adel werde im Heer bevorzugt, zu entkräften gesucht? Wenn es sich um Vorschläge zur Verbesserung handelte, dann frage er nie, wer von den Vorgesetzten adelig sei und wer nicht.

Welche Vorkerkellosigkeit und Güte! Kommen da ein paar Herren v. Ziegewitz und v. Köderitz einerseits, ein paar Herren Meier oder Kühle andererseits in Vorschlag, — der vorurteillose Kriegsminister trifft seine Entscheidung ohne nachzudenken, wer von den Herren adelig ist, wer nicht. Ob dieser Zurückhaltung, deren Herr v. Einem sich rühmt, muß selbst der hartgeleiteste Sänder Kränen vergiechen, allerdings nicht Kränen der Nahrung, sondern der Geistesfreiheit.

Weiter: Wie entkräftet Herr v. Einem die Beschwerde über die verderblichen Einflüsse des Militärkabinetts? Er erläßt Vorkehrungen über dessen offiziellen Wirkungskreis; er gibt eine zweifelhafte höchst korrekte Darstellung des Geschäftsanges zwischen Kriegsministerium und Militärkabinet. Und was hat er damit verbunden? Nichts! Die unoffiziellen, höfischen Einflüsse, die ihren Weg durch's Militärkabinet nehmen, lassen sich ebenso wenig aus den Akten herauslesen, wie die Einflüsse der Hofmarmitta in unserem öffentlichen Leben überhaupt. Aber in einer Beziehung hat doch der Herr Kriegsminister den Vogel an den Kopf geschossen. Er meinte, wolle man den Einfluß des Militärkabinetts beseitigen, so müsse der Reichstag auf eine Verfassungsänderung hinarbeiten. Ganz unsere Meinung! Aber gründlich muß die Verfassungsänderung sein, so gründlich muß die Verfassungsänderung sein, daß auf seinem Gebiete des öffentlichen Lebens in Deutschland höfische Einflüsse überhaupt noch zur Geltung kommen können.

Vor dem Kriegsminister hatte der konservative Herr v. Ohern, in seinem Militärverhältnis Major a. D., eine militärisch-fremde Rede gehalten, die sich aber doch gegenüber den üblichen Verdrängungsreden der Liebert und Oriola vorteilhaft durch einige kritische Ausfälle gegen die Gedenhaftigkeit mancher Offizierskreise unterscheidet. Herr Müller-Meinungen vertrat das freisinnige Viertel, indem er die häuslerische Kritik in milderer Form unterstützte und auf größere Sparsamkeit im Heereswesen drang. Entschlossen ging aber auch er nicht dem Militarismus an den Kragen.

Das blieb auch diesmal wieder dem Redner der Sozialdemokratie vorbehalten. Mit erstreulicher Frische und Deutlichkeit präparierte Genosse Stücken die Stellung unserer Partei zu den Fragen der Landesverteidigung und Heeresverwaltung. Er zerstückte die Verteidigungsrede des Kriegsministers und betonte schließlich mit großem Nachdruck, daß die Sozialdemokratie als Partei des Friedens und der Völkerbrüderlichkeit zwar bereit sei, einen Angriff abzuwehren, aber sich nicht dazu brauchen lassen werde, im Interesse der herrschenden Klassen fremde Völker mit Krieg zu überziehen. Erblicken doch die Arbeiter aller Nationen in den Ausbeutern des eigenen Landes ihre eigentlichen Feinde. Niemand würden wir die Einrichtung des stehenden Heeres akzeptieren. Wir verlangen die Volkswehr, da sie zur Verteidigung des Vaterlandes wertvoller sei, als das stehende Heer, aber nicht zum Werkzeug der Unterdrückung im eigenen Lande werden könne.

Der späten Stunde wegen kam nach dem Sozialdemokraten niemand mehr zum Wort. Morgen geht die Debatte weiter. —

Der Wahnsinn des Flottenwettreitens.

Im englischen Unterhaus fand am Dienstag eine große Debatte über das Flottenwettreiten mit Deutschland statt. Der erste Lord der Admiralität, Mr. Kenna, forderte, daß mit Rücksicht auf Deutschlands beschleunigtes Wettreiten die Regierung vom Parlament ermächtigt werde, noch im Laufe des gegenwärtigen Finanzjahres vier weitere Dreadnoughts auf Stapel zu legen, denn Deutschland werde nach seinem jetzigen Bauplan im Jahre 1911 13 solcher Riesenschiffe besitzen. Würde jedoch der Bau, wie er von dem Kenna habe, beschleunigt, so werde Deutschland im Jahre 1912 bereits 17 solcher Dreadnoughts fertiggestellt haben. — Walfour, der nach dem Lord der Admiralität das Wort nahm, bezweifelte, gestützt auf die Ausführungen des Redners, das englische Flottenprogramm als unzulänglich. Es müsse dafür gesorgt werden, daß England auf alle Fälle einen Vorsprung vor Deutschland behalte. — Auch der englische Premierminister Asquith erklärte, daß die deutsche Regierung der englischen die Zusicherung gegeben habe, daß Deutschland seine Flottenbauten nicht beschleunigen werde. Es sei deshalb für die englische Regierung unmöglich gewesen, ein Marinebauprogramm vor das Par-

Die Interlons-Gebühr
Bezieht für die sechsgehaltene Kolonialzeitung oder deren Roman 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigend) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

lament zu bringen, das auf der Annahme gegrußt hätte, daß der deutschen Regierung kein Glauben beizumessen sei. . . Immerhin kloß auch der englische Premierminister mit den Worten:

„Deutschland hat sich im Schiffbau ungeheuer entwickelt und noch mehr auf dem Gebiet der Ausrüstung dieser Kolosse. Er wolle nicht unnötige Beunruhigung im Lande hervorrufen, aber vom nationalen Gesichtspunkt aus dürfe man sich nicht länger mit dem Lichte begnügen, in der Schnelligkeit des Schiffbaues einen Vorteil zu haben, da Deutschland 30 Monate, England 24 Monate zur Vollendung eines Schiffes brauche. Die Regierung sei darauf bedacht, für die sozialen Reformen Geld zu sparen, aber die Summe, welche im Flottenetat gefordert werde, sei das Geringste, was man vom Unterhaus verlangen könne.“

Das ist also das Ergebnis des Flottenrüstens sowohl in Deutschland als in England, daß der Ausbau der sozialen Gesetzgebung aus Sparmaßregeln auf äußerste eingeschränkt wird, damit die nötigen Mittel für die Fortsetzung des wahnwitzigen Flottenwettrüstens aufgebracht werden können! Wie in Deutschland infolge der ins Uferlose steigenden Vermehrung der Marineausgaben (sind doch Deutschlands Flottenausgaben binnen einer Jahrzehnt um das Fünffache gestiegen) an einen Ausbau der sozialen Gesetzgebung zugunsten der proletarischen Mehrheit des Volkes schon längst nicht mehr gedacht wird, so sollen auch in England die sozialen Ausgaben eingeschränkt werden, damit dem Marinemoloch die ungeheuerlichsten Opfer gebracht werden können!

Es bedarf keiner längeren Darlegung, daß ein solches unheimliches Wettrüsten, das die Nationen in finanzieller und sozialer Beziehung dem Ruin entgegenreibt, schließlich zu einer Katastrophe führen muß, denn wenn das Wettrüsten in dem bisherigen Tempo auch nur ein Jahrzehnt hindurch in dem bisherigen Tempo fortgesetzt werden sollte, werden sowohl England wie Deutschland zum Bankrott getrieben werden.

Dieser Einsicht, die allerdings sehr verspätet kommt, scheitern sich selbst das Zentrum, ja sogar einzelne Konservern nicht mehr verschließen zu können. Führten doch in der Budgetkommission bei der Beratung des Marineetats die Zentrumstredner wiederholt aus, daß es aufs höchste wünschenswert sei mit England zu einer Vereinbarung über den Flottenbau zu kommen. Diese Einsicht kommt — wir wiederholen es — sehr verspätet. Hat es doch das Zentrum durch seinen Flottenbewilligungsbescheid erst zu dem aberwähnten Wettrüsten gebracht. Hätte das Zentrum im Jahre 1900 und bei den seitdem angenommenen beiden Flottenschonabellen nicht blindlings darauflos bewilligt, hätte es die Flottenrüstungen nicht erst zu einem so unsinnigen Wahnsinn ausarten lassen, so wäre Deutschland überhaupt nicht in den Konflikt mit England hineingeraten, so würde eine Verständigung mit England viel leichter zu erreichen gewesen sein. Ganz abgesehen davon, daß die Panzerplattenpatrioten dann nicht, wie das jetzt geschieht, alles ausbieten würden, um eine Fortsetzung der deutschen Marinepolitik in dem Maßstabe durchzuführen, auf den sich jetzt leider die Panzerplattenfabrikanten eingerichtet haben!

Immerhin wäre es auch jetzt noch nicht zu spät, wenn die Mehrheit der Volkvertretung ernstlich für einen Einhalt des Flottenrüstens und eine Verständigung mit England zu haben wäre. Ob das aber der Fall ist, steht noch sehr dahin. Auf das Besprechen des Herrn von Tirpitz, daß nach Ausführung des Flottengesetzes unsere Flotte „für absehbare Zeit ausreichend“ sein werde, ist nicht das geringste zu geben. Das haben die Staatssekretäre des Reichsmarinemats stets erklärt, um stets von ihren Nachfolgern desabonniert zu werden. Außerdem bedeuten ja die Ersatzbauten für unsere so außerordentlich verstärkte Flotte schon ein fortwährendes Weiter- rüsten insofern, als ja die Ersatzbauten in immer toffaleren Dimensionen vorgenommen werden. Und wenn auch ein konservativer Redner erklärte, daß es wohl genüge, künftig nur zwei Schlachtschiffe jährlich zu bauen, so wurde er ja durch einen anderen konservativen Redner desabonniert, der erklärte, daß die Ausführungen seines Protektionalliegen „sehr persönlicher Natur“ gewesen seien. Auch die nationalliberalen und reichsparteilichen Redner wollten von einer Verständigung mit England nicht das geringste wissen!

Dem Wahnsinn des Flottenrüstens wird nur das Proletariat erfolgreich entgegenzutreten können. Die arbeitende Klasse, auf deren Schultern ja der Löwenanteil aller durch die Flottenrüstungen notwendig werdenden neuen Steuern gelegt werden, und die unter dem Stillstand der Sozialpolitik so schwer zu leiden hat, würde geradezu Selbstmord verüben, wenn sie nicht mit dem äußersten Nachdruck das Wettrüsten bekämpfte!

Bebel 40 Jahre Parlamentarier!

Am historischen Revolutionstage, am 18. März, hielt der Abgeordnete Bebel seine erste Rede im Reichstage. Es war heute vor 40 Jahren, in der 10. Sitzung 1869 der ersten Legislaturperiode

Auch eine Märzerinnerung.

Wilhelm, der spätere „Goldengreis“ und Stolz der Hohenzollern, spielte in den Berliner Märztagen, wie man weiß, eine recht wenig heldenhafte Rolle. Er war die Seele der militärischen Reaktion und begriff wohl, daß er sich bei dem siegreichen Volke Berlins seiner übermäßigen Beliebtheit erfreute. Als der Stolz des Volkes ungewisselhaft feilstand, und sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. jammernd sein Gottesgnadentum fahren ließ, um König von Sachsen des Volkes zu bleiben, zog Prinz Wilhelm von Preußen vor, bei Nacht und Nebel zu verschwinden. Die Metamorphose des Hohenzollernhelden in die Gestalt eines simplen Postillions ist bekannt und kann hier übergangen werden. Weniger bekannt und auch nicht ganz ohne historisches Interesse sind die weiteren Begebenheiten auf jener Bekehrung nach England, die sich in der Nacht vom 23. zum 24. März 1848 abspielten.

In den „Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins“ (Nr. 11, Jahrg. 1908) erzählt ein Herr Franz Uebber diese kleine Erinnerung:

Am 23. März 1848 nachmittags, kurz vor dem Eintreffen des Berlin-Hamburger Personenzuges — vor dem Eisenbahnbeamten „Polkowsky“ genannt — trat der Sekretär Sr. Hoheit des Herzogs Gustav von Mecklenburg, namens Ritz, eilig in das Expeditionsbureau zu Bahnhof Hagenow und bat, die Equipage des Herzogs von Augustenburg noch zu dem inzwischen in den Bahnhof einströmenden Zuge zu expedieren. Während der Unterhandlung mit dem Sekretär Ritz gewahrte ich vor dem Mittelalter zwei Herren, von denen der eine einen langen Rod trug, das Sinn mit einem Leuchte verbunden hatte und auf dem Kopfe mit einer Filzmaße bedeckt war. Ich erkannte in diesem Herrn den Prinzen Wilhelm von Preußen, den ich ausgangs der 30er Jahre auf einer Jagd zu Barlow in Mecklenburg gesehen hatte, und machte von dieser Wahrnehmung sofort

dem Sekretär Ritz Mitteilung. Letzterer gestand denn zu, daß es der Prinz von Preußen sei, hat mich inständig, dessen Intimität zu bewahren und Sorge zu tragen, daß der Prinz nicht Adjutant, sowie seine Equipage ungehindert nach Hamburg Beförderung fänden.

Abseher kam der Bitte nach, und da im Zuge „viele bewaffnete Studenten und Freischützer sich befanden“, sorgte er überdies dafür, daß das Coupé des Prinzen nicht beleuchtet wurde. Der Baumeister Frihe wurde in Vertrauen gezogen. Er stieg in das Coupé des Prinzen und gab sich beim Halten zu Bahnhof Preahnhof dem Prinzen zu erkennen, mit dem Bemerkung, daß es für seine sichere Beförderung nach England besser sei, nicht mit dem Zuge nach Hamburg zu fahren, sondern in Bergedorf auszustiegen und von dort per Wagen nach Hamburg zu fahren. Dieser Vorschlag wurde von dem Prinzen angenommen und so gelangte er ohne Unfall und Unannehmlichkeiten unerkannt nach Hamburg und aufs Schiff nach England.

Diese Darstellung wird von Angehörigen des verstorbenen Baumeisters Frihe nach dessen Erzählungen noch ergänzt. In Nr. 2 der genannten „Mitteilungen“ zum 1909 wird berichtet:

„Während nun der Adjutant Major v. Celcius, im Zuge nach Hamburg weiterfuhr, Riegen der Prinz und Frihe in Bergedorf aus, gingen in das nahegelegene Gasthaus und nahmen das Abendbrot im Saalzimmer ein, weil sie befürchteten, daß das Servieren auf dem Zimmer ausfallen würde. Dann wurden sie vom Wirt mit der Verführung in ihre Zimmer geführt, daß am anderen Morgen früh ein Wagen beschafft werden könne. Raum war der Baumeister Frihe in seinem Zimmer allein, als es klopfte und der Prinz in großer Bewegung bei ihm eintrat und die ganze Nacht in lebhaftem Gespräch mit ihm verbrachte.“

Frühmorgens hörten beide einen Wagen vorfahren, traten auf den Fluß und hörten, wie die Stimme des Adjutanten ertönte, ob hier zwei Herren abgehenden seien. Mit einem lauten „Gott sei Dank“ eilte der Prinz zu dem soeben angekommenen Wagen des preussischen Gesandten in Hamburg, stieg mit seinem Adjutanten hinein und fuhr davon. . . .“

Gegenüber dem Abgeordneten Stumm, der die sozialistische Arbeiterbewegung der Tätigkeit einzelner Agitatoren zuschrieb, verwies Bebel auf dieselben Einwände zur Konfliktzeit im Abgeordnetenhaus, wo das Reichsbegehren des Volkes vom Ministerium aus mit denselben Einreden bekämpft wurde.

„Ich gebe zu, daß das in gewissem Grade vom Standpunkte unserer Gegner richtig ist; denn wenn man den Arbeitern nicht sagt, was sie zu fordern berechtigt sind, wenn man ihnen nicht nachweist, wie ihre Lage eigentlich gegenüber den anderen Gesellschaftsklassen beschaffen ist, dann werden sie nie zur Einsicht kommen; und ich begreife daher vollkommen, wenn die Herren sich gegen unsere Agitation mit aller Gewalt wehren.“

Er, Bebel selbst, sei noch vor wenigen Jahren ein entschiedener Anhänger der sogenannten Selbsthilfe gewesen, die Entwidlung der tatsächlichen Verhältnisse hätte ihn von der Angulänglichlichkeit der bisher angepriesenen Heil- und Rettungsmittel überzeugt.

Bebel schilderte dann die Gefahr, welche die sozialistischen „Palliativmittel“ der Unterstützungsloosen usw. in den Händen des heutigen Staates mit sich bringen, er stimmte den Liberalen darin bei, daß die Verwaltung der Klassen usw. den Arbeitern selbst zu übergeben sei. Gegenüber Riquel, der den Fortschritt des allgemeinen Stimmrechtes als ein besonderes Verdienst des Norddeutschen Bundes pries, betonte Bebel die Absicht der Regierung, mit diesem System die Massen besser für sich bearbeiten zu können, nicht aber eine richtige Vererbung durch und zu ermöglichen.

Vier Jahrzehnte entschwanden, seit Bebel sein sozialdemokratisches Bekenntnis vor den Junkern und Bürgern des Parlamentes, vor dem Volke verlegte; es war der erste flammende Protest gegen den kapitalistischen Massenstaat in der Zeit der aufsteigenden Macht einer liberalen Ära, das prophetische Scherwort vom Anmarsche des aus der Tiefe der Knechtung sich aufredenden und erdrosselnden internationalen Proletariats. Nichts von dem, was Bebel damals über den süßen Trug des preussischen Regierungssystems, über die Täuschungslisten der bürgerlichen Sozialpolitik und über die fluge Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft voraus sagte, hat die Zukunft widerlegt. Wenn August Bebel, der heute im Reichstage der einzige Vertreter aus den Tagen des ersten Reichstages ist, auf den 18. März 1869 zurückblickt, darf er sich freuen, daß seine Prophetie von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sozialdemokratie selbst seine eigenen Erwartungen heute, am 40. Gedenktage, übertroffen hat!

dem Sekretär Ritz Mitteilung. Letzterer gestand denn zu, daß es der Prinz von Preußen sei, hat mich inständig, dessen Intimität zu bewahren und Sorge zu tragen, daß der Prinz nicht Adjutant, sowie seine Equipage ungehindert nach Hamburg Beförderung fänden.

Abseher kam der Bitte nach, und da im Zuge „viele bewaffnete Studenten und Freischützer sich befanden“, sorgte er überdies dafür, daß das Coupé des Prinzen nicht beleuchtet wurde.

Der Baumeister Frihe wurde in Vertrauen gezogen. Er stieg in das Coupé des Prinzen und gab sich beim Halten zu Bahnhof Preahnhof dem Prinzen zu erkennen, mit dem Bemerkung, daß es für seine sichere Beförderung nach England besser sei, nicht mit dem Zuge nach Hamburg zu fahren, sondern in Bergedorf auszustiegen und von dort per Wagen nach Hamburg zu fahren. Dieser Vorschlag wurde von dem Prinzen angenommen und so gelangte er ohne Unfall und Unannehmlichkeiten unerkannt nach Hamburg und aufs Schiff nach England.

Diese Darstellung wird von Angehörigen des verstorbenen Baumeisters Frihe nach dessen Erzählungen noch ergänzt. In Nr. 2 der genannten „Mitteilungen“ zum 1909 wird berichtet:

„Während nun der Adjutant Major v. Celcius, im Zuge nach Hamburg weiterfuhr, Riegen der Prinz und Frihe in Bergedorf aus, gingen in das nahegelegene Gasthaus und nahmen das Abendbrot im Saalzimmer ein, weil sie befürchteten, daß das Servieren auf dem Zimmer ausfallen würde. Dann wurden sie vom Wirt mit der Verführung in ihre Zimmer geführt, daß am anderen Morgen früh ein Wagen beschafft werden könne. Raum war der Baumeister Frihe in seinem Zimmer allein, als es klopfte und der Prinz in großer Bewegung bei ihm eintrat und die ganze Nacht in lebhaftem Gespräch mit ihm verbrachte.“

Frühmorgens hörten beide einen Wagen vorfahren, traten auf den Fluß und hörten, wie die Stimme des Adjutanten ertönte, ob hier zwei Herren abgehenden seien. Mit einem lauten „Gott sei Dank“ eilte der Prinz zu dem soeben angekommenen Wagen des preussischen Gesandten in Hamburg, stieg mit seinem Adjutanten hinein und fuhr davon. . . .“

Der Poststreik.

Paris, 15. März. (Fig. Ver.)

Wenn jemals ein Konflikt zwischen einer Betriebsleitung und ihren Angestellten durch blinde Autoritätsdünkel, durch Unverständnis und großes Dreinschüttern provoziert worden ist, so die Aktion der Pariser Telegraphenbeamten, die jetzt immer weiter um sich greift und vielleicht zum allgemeinen Streik aller Post- und Telegraphenbeamten, jedenfalls aber zu einer argen Störung des Postverkehrs und damit auch des geschäftlichen Lebens führen wird. Der Unterstaatssekretär Simyan, ein Heiner Clemenceau in seiner Begabung, alle Dinge in Verzerrung und alle Leute in Kerger zu bringen, spricht jetzt von einer „Revolte“. Aber Simyans Postmeister ist nichts als eine Kette von Revolten, des Publikums nicht minder als der Beamten. Anscheinend will Simyan jetzt durch „Scheidigkeit“ gegen diese einen Generalpardon des bürgerlichen Publikums für die chronische Unzuverlässigkeit des Telephons und die immer wiederkehrenden Störungen im Brief- und Telegraphenverkehr erwirken. Denn nichts wäre leichter zu vermeiden gewesen als der jetzige Konflikt. Die Assoziation der Post- und Telegraphenbeamten ist weit entfernt davon, revolutionär-syndikalistische Propaganda zu betreiben. Sie ist eine reine Interesseneinigung, die bei ihren Kongressen Minister und Vorgesetzte empfangen hat. Auch sind speziell die Telegraphenbeamten in ihren Anschauungen eher gemäßigt, was denn auch die Dreiführer bei ihrem mißglückten Ausstand vor drei Jahren zu ihrem Leidwesen erfahren mußten. Herr Simyan hat alles getan, um seine Beamten zu heftigen Ausbrüchen der Unzufriedenheit zu reizen. Unter ihm sind nicht nur ihre Forderungen nach Verbesserung ungenügt geblieben, sondern die Abnennungsverhältnisse haben noch eine Verschlechterung erfahren, vor allem darum, weil das bisher geltende Vorrücken nach dem Dienstalter zum Teil durch ein Vorrücken „nach Verdienst“ ersetzt wurde, wobei dann — durch Präparierung der Führungslisten — die Protektion und die politische Korruption zur Geltung kamen. Vor allem dagegen haben die Telegraphenbeamten protestiert, und bei dieser Gelegenheit appellierte Simyan an die Polizei, die denn auch mit professioneller Kraftanstrengung eingriff.

Die Situation scheint im Augenblick unentwerrbar. Die Beamten, über die willkürlichen Verhaftungen, die Maßregelungen, die Polizeiaufsicht beim Dienst, die rüde Tonart der Chefs erbittert, finden im Streik die natürlichste, sich selbstverwirklichte Reaktion; die Regierung wiederum, darin natürlich von der großkapitalistischen Presse unterstützt, verleiht sich darauf, zur Rettung der „Autorität“ ein Exempel zu statuieren. Vielleicht steckt die Spekulation dahinter, durch eine künstlich erzeugte Störung des ganzen postalischen Betriebs die letzten Hemmungen im radikalen Bürgertum gegen eine vollständige Konfiskation des Koalitionsrechts der öffentlichen Angestellten zu belegen. Es ist wohl das Bewußtsein, solche Anschläge vorzubereiten zu müssen, das die Beamten bisher davon abgehalten hat, durch unangelegte „Sabotage“ — wie sie ihnen von zweifelhaften Freunden nahegelegt wird — ihren Feinden selbst Waffen in die Hände zu drücken. Der bloße Ausstand des ambulanten Postpersonals genügt, den Verkehr zwischen Paris und der Provinz und dem Ausland stillzusetzen, auf den Telegraphenbeamten kann die Beteiligung auch nur eines Teils der Beamten durch den Streik die fürchtbarsten Verlegenheiten schaffen. Kein Mensch glaubt an die Zurecht, die die Regierung noch immer zur Schau trägt. Die Beamten aber können die Chancen ihrer sicher nicht gefährlichen Aktion nicht besser gestalten, als wenn sie neben der Pflicht der Solidarität auch das Interesse erkennen, das sie daran haben, daß die Simyan und Clemenceau nicht von der Spiegeltang vor der „Anarchie“ die Autorisation zu schrankenloser Gewaltenteilung erwirken können.

Paris, 17. März. Der Ausstand dehnt sich in Paris und in der ganzen Provinz weiter aus. Die Briefträger, welche die gewöhnlichen Briefe und Drucksachen verteilen, haben beschlossen, sich den Streikenden anzuschließen. Weiter haben die 1500 Telegraphistinnen und Telephonistinnen heute nacht eine Versammlung abgehalten, in welcher sie sich verpflichteten, die Forderungen der Postbeamten zu unterstützen und heute morgen die Arbeit nicht aufzunehmen. In zahlreichen Provinzstädten ist die Aufregung groß, und andauernd werden Versammlungen abgehalten. Die Mehrzahl der Provinzstädte konnte nur eine eingeschränkte telegraphische Verbindung mit Paris unterhalten. Die Uebermittlung von Telegrammen ist unmöglich geworden, und es ist beschlossen worden, Telegrammabschriften per Post zu versenden. Was die Postbeamten des Bahndienstes anbelangt, welche aus den großen Provinzstädten eintreffen, so ist ihre Zahl stark vermindert, und es ist daher nicht möglich, die Briefschaften im Bahnwagen zu sortieren. Bursch befinden sich im Pariser Zentralamt nicht weniger als 10000 und erstellte Telegramme 700 Postbeamte sind im Laufe des gestrigen Tages ihres Amtes enthoben worden. In Havre, Rouen und Lyon haben sich die Angestellten dem Streik angeschlossen. Alle Streikenden fordern übereinstimmend die Entlassung Simyans. Andererseits erklärt die Regierung, unter keinen Umständen nachgeben zu wollen.

Paris, 17. März. Zu dem Schichtwechsel um 7 und 11 Uhr Vormittags im Hauptpostamt in der Rue Grenelle sind die Beamten teils nicht erschienen oder haben, wenn sie erschienen sind, die Arbeit nicht aufgenommen. Alle Linien nach dem Auslande, ausgenommen die nach Brüssel, sind unterbrochen.

Die Angst war überstanden, das scheinbar bedrohte Leben gerettet — gerettet zu neuen Heldentaten, die er reichlich ein Jahr später an den Standrechtsoffizieren von Kattstall vollbrachte! Aber der Prinz war nicht unanfällig: Uebber erhielt den Kronenorden und der Baumeister Frihe ward drei Jahre später noch weit königlicher bedacht. Er erhielt das folgende Handschreiben:

Cöln, zum 23. März 1851.

Wenngleich drei Jahre vergangen sind, so kommt doch Dankbarkeit niemals zu spät. Als einen Beweis derselben empfangen Sie anliegend ein Andenken an den 23. März 1848, an welchem Tage, in der Nacht zum 24., Sie mir Beweise Ihrer Anhänglichkeit, Teilnahme und wahren Patriotismus gaben, die ich nie vergessen kann. Ihrer Fürsorge verdanke ich es, daß an jenen verhängnisvollen Tagen nicht noch Schlimmeres mir begegnete. Dafür Ihnen mein Dankbarkeit zu vergegenwärtigen, bitte ich Sie, die beigegebene Replik freundlich anzunehmen, damit auch später Glieder Ihrer Familie erfahren, was eines derselben für mich getan!

Ihr

Prinz von Preußen.
Diesem Schreiben lag eine goldene Medaille von 4 Zentimeter Durchmesser bei, die von H. Lorenz modelliert und in der Berliner Medaillefabrik von Ch. Loos geprägt worden ist. Die Vorderseite zeigt den Kopf des Prinzen mit der Umschrift: „Friedr. Wilh. Lud. Prinz von Preußen“, die Rückseite in einem geschlossenen Eisenkranz die eingravierten Worte: „In dankbarer Erinnerung an den 23/24. März 1848.“

Die Medaille und das Handschreiben des Prinzen befinden sich jetzt noch im Besitz eines Sohnes des 1874 verstorbenen Baumeisters Frihe.

Das Hohenzollern-Museum wird hoffentlich alles aufbieten, um diese wertvollen Erinnerungen an sich zu bringen, damit sie dort erzählen von den großen Märztagen und von dem Anstehen der Overtenden, wenn das Volk seiner Stärke sich bewußt wird.

Rußland gegen Oesterreich.

Die Hoffnung, daß es einer gemeinsamen Aktion der Mächte gelingen könnte, den Frieden zu sichern, muß heute aufgegeben werden. Gerade in diesen kritischen Zeiten, wo mit jedem neuen Tage die Ausdehnung der friedlichen Wirkung des serbisch-österreichischen Konflikts dahinschwanden, hat die russische Regierung einen neuen Akt der Provokation geübt, um Serbien in seinem Widerstand gegen die Forderung der Abrüstung zu bestärken. Die auch von uns wiedererlebene, aus Paris stammende Meldung, Oesterreich wolle die Konferenz nur unter der Bedingung beschicken, daß auch die Diskussion wirtschaftlicher Fragen internationalen Charakters ausgeschlossen sei, hat sich nicht bestätigt. Dagegen hat Rußland plötzlich das unwillkürliche Bedürfnis gefühlt, die Konferenzfrage in einer Form aufzuwerfen, die die Ablehnung in Wien gewiß macht und in Belgrad als Ermüdung der serbischen Forderungen aufgefaßt werden muß. Der russische Minister des Aeußeren hat die Mitteilung von der österreichisch-türkischen Vereinbarung über Bosnien mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß die unmittelbare Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei nicht die Notwendigkeit ausschliesse, die Frage über Bosnien und die Herzegovina einer Konferenz der Signatarmächte vorzulegen. Die russische Regierung sei daher bereit, sich jetzt mit Oesterreich-Ungarn und den anderen Mächten über die Einberufung einer Konferenz zu verständigen, der die Beratung der bosnisch-herzegowinischen Frage wie auch anderer Punkte des von den Großmächten angenommenen Konferenzprogramms unterliegt.

Damit stellt sich die russische Regierung in den denkbar schroffsten Gegensatz zu dem österreichischen Standpunkt. Oesterreich hat mit der Türkei ein Abkommen über Bosnien geschlossen und ist bereit, diese Abmachung von einer Konferenz bestätigen zu lassen. Rußland aber wünscht eine Beratung, die dann natürlich auch mit einer Abänderung oder Ablehnung des Übereinkommens enden könnte. Die Konferenz würde damit in der Tat zu einem Tribunal, zu einem Gericht über Oesterreich, das bereits erklärt hat, sich einem solchen unter keinen Umständen zu stellen. Dadurch, daß Rußland die bosnische Frage als eine durch das Übereinkommen mit der Türkei nicht gelöste, sondern als offene behandelt, bekennet es sich ausdrücklich zu dem ja auf seinen Rat hin eingenommenen Standpunkt der serbischen Regierung und macht aus der Idee der europäischen Konferenz, die ein Friedensmittel sein sollte, ein Mittel, den Krieg zu schüren. Daß dabei die sogenannten Erwägungen des Völkerrechts nur Bemäntelungen der diplomatischen Intrigen und Mänke sind, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Die Verletzung des Völkerrechts, die Bulgarien mit der Unabhängigkeitserklärung, der Einberufung Dismurliens und der Konfiskation der Orientbahn vorgenommen hat, hat die russische Regierung nicht einen Moment lang gehindert, für Bulgarien und für die Anerkennung all dieser „Verletzungen“ einzutreten. Die Verurteilung auf das Völkerrecht — im Munde des bluttriefenden Jarrismus an sich ein frecher Lohn — diente in den Balkanwirren von Anfang an nur dazu, den Westmächten und insbesondere England den Vorwand für die Unterstützung der russischen Interessen zu liefern. Rußland suchte von Anfang an Oesterreich, seinem alten Rivalen auf dem Balkan, alle erdenklichen Schwierigkeiten zu schaffen und erhielt dazu die Unterstützung Englands, weil eine Schwächung Oesterreichs für dieses eine Minderung der Machtstellung Deutschlands bedeutete. Die Krise auf dem Balkan wäre nie so gefährlich geworden, wenn nicht der Gegensatz der großen imperialistischen Nationen in ihr seinen Ausdruck fände.

Daß Rußland auch jetzt noch Serbien zum Kriege ermuntert, geht aus der Unterstützung hervor, die es seinen Kriegsrüstungen angeeignet läßt. Nachdem es vergeblich die Türkei zu bestimmen versucht hatte, die serbische Waffendurchfuhr zu gestatten, hat es jetzt bei Bulgarien durchgegriffen, daß das in Saloniki angehaltene Kriegsmaterial über Varna nach Serbien eingeführt werde. Daß unter solchen Umständen Serbien die Hoffnung, daß Rußland es bei einem Kriege auch aktiv unterstützen werde, nicht aufgibt und in seinem verderblichen Widerstande beharrt, ist nach alledem begreiflich.

Nachdem die neueste Tat der russischen Regierung die Hoffnung auf eine erfolgreiche Friedensvermittlung der Mächte vereitelt hat, wäre die Erhaltung des Friedens nur von dem Siege der Vermunft in Belgrad zu erwarten. Man wird das vielleicht noch immer nicht für völlig ausgeschlossen halten dürfen, da in Serbien auch friedensfreundliche Strömungen vorhanden sind. In einer Unterredung hat der serbische Minister des Aeußeren die Hoffnung ausgesprochen, daß die Handelsbeziehungen mit Oesterreich erhalten und auch die militärischen Maßnahmen auf beiden Seiten wieder unterbrochen werden könnten. Die serbische Regierung hat es in der Hand, in ihrer Antwort auf die österreichische Note, die Sonnabend in Belgrad überreicht werden wird, das nötige Entgegenkommen zu bewelsen und der Kriegsgefahr ein Ende zu machen.

In Wien herrscht infolge der fortgesetzten Mobilisierung und der Reservisteneinberufungen große Erregung. Der Krieg gilt als wahrscheinlich. Die Regierung sucht vorläufig noch beruhigend einzuwirken. In einer heute im Abgeordnetenhaus stattgehabten Odmänner-Konferenz erklärte Ministerpräsident Frhr. v. Wienert auf eine Anfrage, es handle sich jetzt darum, daß die serbische Antwort von österreichisch-ungarischer Seite wieder beantwortet werde. Dann erst werde sich die Weiterentwicklung der Dinge ergeben. Er werde jede Gelegenheit benutzen, das Haus über den Stand der Dinge zu informieren. Die Situation sei zweifellos ernst, wenn man auch hoffen könne, daß schließlich die Lösung eine friedliche sein werde.

Unterdessen dauern die Truppenverschiebungen an die Grenze fort, und es werden nicht nur an der serbischen, sondern auch an der italienischen und russischen Grenze größere Truppenmassen konzentriert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März 1909.

Bauarbeiterschutz im Dreiklassenparlament.

Das preussische Dreiklassenparlament bewies am Mittwoch von neuem, daß selbst für den winzigsten Arbeiterschutz in ihm keine Mehrheit vorhanden ist. Zum Etat der Bauverwaltung hatten unsere Genossen die Einbringung eines Gesetzesentwurfs zur Regelung des Bauarbeiterschutzes beantragt, der insbesondere die Anstellung von

Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse vorsieht. Angespornt durch das Beispiel der Sozialdemokraten sahen sich auch die Herren vom Zentrum veranlaßt, einen besseren Bauarbeiterschutz zu fordern. Ihr Antrag stellte die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes bezug. seine Regelung durch Bundesratsverordnung in den Vordergrund; nur für den Fall der Ablehnung seitens des Bundesrats sollte die preussische Regierung im Wege der Gesetzgebung oder auch im Wege der Verordnung den Bauarbeiterschutz durchzuführen.

In einer von tiefer Sachkenntnis getragenen Rede begründete Weinert den sozialdemokratischen Antrag. Geradezu vernichtend war die Kritik, die er an den Unterlassungsfünden der Regierung und der Berufsgenossenschaften übte, denen der Bauarbeiterschutz in Preußen verfallen ist, die aber in Wirklichkeit dafür so gut wie nichts ausgeben und sogar mit Bewußtsein die Defensivität zu täuschen versuchen. Treffend bezeichnete er die Berufsgenossenschaften als arbeiterfeindliche Institutionen, und ebenso treffend führte er aus, daß die Regierung weder die Kraft noch den Willen hat, die Unternehmer zur Durchführung des Arbeiterschutzes anzuhalten. Seine Rede bildete einen neuen Beweis für das Fehlen in Hand-Arbeiten der Unternehmer und der Regierung gegen die Arbeiter.

Der Vertreter der Regierung, Minister v. Breitenbach, hatte sowohl für den sozialdemokratischen als auch für den von dem Abg. Dr. Grünenberg begründeten Zentrumsantrag nur ein skizzenhaftes Meinungsäußerung. Der jetzt glänzend geordnete Minister der öffentlichen Arbeiten ist der Typus eines Sachwalters einseitiger Unternehmerinteressen, ein Mann, im Vergleich zu dem sogar ein Zehner und ein Hund als sozial angesehen bezeichnet werden können. Für ihn gilt es als festgestellt, daß alles in seinem weitverzweigten Ressort aufs beste geordnet ist: der Bauarbeiterschutz ist gut durchgeführt, die Kontrolle durch die Organe der Berufsgenossenschaften ist ausreichend, und die Unfälle sind zum großen Teil auf die Nichtachtung der Gefahren von Seiten der Arbeiter zurückzuführen. Wozu also Baukontrolleure aus der Arbeiterklasse, die doch nur den sozialen Frieden gefährden würden? —

Noch schwereres Geschick führten die beiden Oberkammerherren, der bekannte Baurat Felsch (L.) und der Freikonserervative Freiherr v. Jellisch auf, die den Antragstellern, wie es nun einmal in gewissen Kreisen üblich ist, andere Motive unterstellten und so taten, als ob es sich lediglich um eine politische Demonstration, nicht aber um Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter handle. Herr Felsch versuchte sogar der Regierung vor Augen zu führen, daß im Falle der Annahme des Antrages nicht nur die Bauunternehmer, sondern auch alle anderen Unternehmer und schließlich sie selbst von der sozialdemokratischen Flut hinweggespült werden würden.

Solche „durchschlagenden“ Gründe verfehlen natürlich im Dreiklassenparlament ihre Wirkung niemals. Nachdem sich noch der Abg. Dr. Schupp (fr. Vp.) im Sinne des beantragten Bauarbeiterschutzes ausgesprochen hatte, wurde zunächst der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freikonserativen und der Polen und hierauf auch der Zentrumsantrag, für den außer den genannten Parteien noch das Zentrum stimmte, abgelehnt. So ist der preussische Staat durch das Ablehnen von Breitenbach, Felsch und Jellisch und ihrer Bundesgenossen wieder einmal vor dem drohenden Ansturm der Sozialdemokratie gerettet worden, und die Minister haben nicht nötig, weiter in Angst und Furcht zu leben. Den Schaden haben die Bauarbeiter, mit deren Leben und Gesundheit Regierung und Landtag ein freventliches Spiel treiben. —

Komödie.

Die „Herren“ der Ersten preussischen Kammer führten am Mittwoch, nachdem sie ihren Herbst- und Winterurlaub ausgeschlafen hatten, eine unschuldige kleine Komödie, ein Scherzspiel auf:

Einige der Aleredesten und Allerbesten taten so, als hätten sie Lust, der preussischen Regierung in die fetten Steuerkassen zu spucken, und zwar um deswillen, weil das berühmte Regierungskompromiß mit allen Parteien des Abgeordnetenhauses (außer den Sozialdemokraten) nicht in allen Punkten gefallen vor den Augen der Aufgesetzgeber gefunden hat. Es erhob sich ein wildes Geschimpfe auf die begehrlischen Beamten, nach deren Preise das Abgeordnetenhaus gar zu lustig getanzt haben soll und die Herren von Buch, Fürstbischof Kopp u. a. m. versiegten sich bis zu lächerlichen Drohungen, denen Rheinbaben, Preussens freiherrlicher Finanzminister, im Grunde genommen nichts entgegenzusetzen wußte als eine Bitte um gutes Herrenhausweiser. Solchen Bitten pflegen sich diese Erlauchten ja nicht zu verschließen, und so wird denn nach Beendigung dieser Vorstellung bald alles wieder in schönster Ordnung und Eintracht sein.

Sonst war nicht viel los. Es wurde ein bißchen gegen die Nachlasssteuer, gegen die Sozialdemokraten, gegen die katholischen Geistlichen in Posen und Westpreußen scharfgemacht, und ein Breslauer Professor, unterstützt vom Wogeburger Oberbürgermeister Renke, beschuldigte das Abgeordnetenhaus und die preussische Regierung des rücksichtslosen Vorgehens gegen die städtischen Kommunen des Landes — was Rheinbaben nicht auf sich sitzen lassen wollte.

Trotzdem die Herren vier Stunden lang im Schweife ihres Angesichts gearbeitet haben, wollen sie sich heute (Donnerstag) schon wieder zu läßlichem Tun versammeln, um zum Antrag des Grafen Mirbach, „betreffend Stellungnahme gegen jeden weiteren Ausbau der Reichserbschaftsteuer“ Stellung zu nehmen!

Das wird wieder eine nette Sitzung geben! —

Neue Steuerprojekte.

Die nationalliberale „Nationalzeitung“ bringt folgende Mitteilung:

„In parlamentarischen Kreisen mutmaßt man, daß es gelingen werde, zur Reichsfinanzreform auch ohne Nachlasssteuer, Erbschaft des Staates und Wehrsteuer gegen 100 Millionen an direkten Steuern aufzubringen, nämlich 60 bis 80 Millionen durch Ausdehnung der Erbschaftsteuer (unter Ausschluß der Ehegatten), 16 Millionen durch Erhöhung der Matrilinearbeiträge von 80 auf 100 Pf. pro Kopf der Bevölkerung und 15 Millionen oder vielleicht auch noch mehr durch eine Coupon- oder Quittungssteuer. Unter den indirekten Steuern dürfte eine Streichholzsteuer figurieren, von der man annimmt, daß sie gegen 30 Millionen tragen wird.“

Die Summe, die man in den Kreisen der Liberalen aller Schattierungen für nötig hält, um den sogenannten gerechten Ausgleich gegenüber den der breiten Masse durch die geplanten indirekten Steuern aufgebürdeten Lasten herzustellen, schrumpft immermehr zusammen. Erst redets man davon, daß gerechterweise mindestens die Hälfte oder ein Drittel der neuen Steuerlast von 500 Millionen Mark vom Besitz getrogen werden müsse. Dann hieß es mindestens 100 Millionen Mark, also nur noch ein Fünftel der Gesamtsumme, müßten unbedingt den „starken Schultern“ aufgebürdet werden. Jetzt hält man bei den Nationalliberalen schon eine Belastung der Vermögenden mit 50 bis 60 Millionen Mark für völlig ausreichend und gedenkt 150 Millionen auf die ärmeren Volks-

schichten abzuwälzen. Wenn diese Entwicklung so fort geht, werden die Herren Nationalliberalen und ihre freisinnigen Seelenverwandten noch entdecken, daß eine Steuerbelastung der Reichen mit 25 Millionen Mark auch schon genügt, während das Volk recht wohl 475 Millionen zahlen könnte. Und solche Verteilung der Lasten nennt man dann mit jener verlogenen Heuchelei, die eine der widerlichsten Eigenschaften des Liberalismus bildet, einen „gerechten Ausgleich“.

Wollte man tatsächlich so etwas, wie einen Ausgleich schaffen, so böte sich durch eine Uebertragung der Hauptbestimmungen des englischen Nachlasssteuergesetzes auf Deutschland dafür die beste Gelegenheit. Der Hamburger Volkswirtschaftler und Statistiker R. E. May berechnet in einem demnächst im „Finanzarchiv“ erscheinenden Artikel, den die „N. Hambg. Zig.“ im Auszug mitteilt, daß, auf Basis der englischen Nachlasssteuerfaktala und zwar unter Verzicht auf die Vermögen unter 20 000 Mark, wir zu einem Steuerertrag von 220 Millionen Mark kommen würden, einem Ertrag, der um 52 Millionen Mark größer ist, als nach den Veranschlagungen der Regierungsentwürfe Nachlasssteuer, Gas- und Elektrizitätssteuer und Anzeigensteuer zusammen aufbringen sollen.

Jedoch den Wohlhabenden solche Lasten aufzuerlegen, das überläßt man dem „perfiden Albion“. In Deutschland reicht weder die „Opferwilligkeit“ der Konservativen, noch der Patriotismus der Liberalen dazu aus.

Vertagung der Reichsfinanzreform.

Mit einer Vertagung der Reichsfinanzreform auf den Herbst beginnt man allmählich in parlamentarischen Kreisen zu rechnen. Für das Brausteuergesetz war als Tag des Inkrafttretens der 1. Juni 1909 vorgesehen. Auf Veranlassung des Staatssekretärs Sadow wurde das Datum gestrichen, weil sich noch gar nicht übersehen läßt, wann die Steuergesetze fertiggestellt werden können.

„Liberale“ Taten nach Bülow's Diktat.

Der glorreiche Kampf gegen das persönliche Regiment, den der deutsche Liberalismus in den Novembertagen mit großen Worten und heroischen Gebärden aufnahm, hat bekanntlich vorläufig zu dem erbebenden Resultat geführt, daß die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages, die die „konstitutionellen Garantien“ vorbereiten sollte, nach mehreren durch längeres Nichtstun unterbrochenen Sitzungen beschloffen hat: Es bleibt alles beim alten. Wieso dieser gewaltige Erfolg des Liberalismus erzielt wurde, darüber werden verschiedene Versionen verbreitet. Die „Kreuzzeitung“ sagte in ihrer Nummer vom 14. März in einer Polemik gegen eine parlamentarische Korrespondenz, die über eine Audienz der Herren Müller-Reiningen und Dr. Junck berichtet hatte, folgendes:

Nach unseren Ermittlungen müssen hier sehr starke Mißverständnisse obwalten. Und wird nämlich gesagt, die genannten liberalen Abgeordneten hätten sich aus eigenem Antriebe an den Reichskanzler mit der Bitte um eine Unterredung gewandt, um seine Ansichten kennen zu lernen; der Reichskanzler habe sich aber sehr bedenklich und zurückhaltend zu den liberalen Forderungen betreffend die Veränderungen der Geschäftsordnung des Reichstages und der Verfassung geäußert. . . .

Was das Anfragerecht betrifft, so besteht die Gefahr, daß es den Reichskanzler mit belanglosen Dingen um seine Arbeitszeit bringt, es müßte also auf politisch wichtige Angelegenheiten beschränkt sein, und auszuschließen wären auch schwebende Gerichts- und Verwaltungsgerichtsverfahren. Wie wir hören, hat der Reichskanzler unter dieser Voraussetzung eine entsprechende Veränderung der Geschäftsordnung als erträglich bezeichnet. Allzu groben Wert legen ihn die Liberalen aber wohl selbst nicht bei. Die Hauptfrage ist ihnen die Erweiterung der Geschäftsordnung, die der Reichskanzler aber als äußerst bedenklich bezeichnet hat. . . .

Die Beschlußfassung über Urträge, die an Interpellationen angeschlossen werden, soll als Grundlage für die angeordnete Erhebung der Ministeranlage, für die Einführung des parlamentarischen Regimes dienen. Das ist das Einzige der ganzen Kampagne in der Geschäftsordnungsangelegenheit. Die Abgeordneten Junck und Müller-Reiningen haben sich vom Reichskanzler die Antwort geholt, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz sei für den Bundesrat einfach unannehmbar.

Diese Darstellung war für die beiden liberalen Herren und ihre Fraktionen deshalb ganz besonders schmeichelhaft, weil sie in der Kommission das aufgegeben haben, was sie vor einigen Wochen noch im Plenum des Reichstages mit Stimmenmehrheit als zur Sicherung des Vaterlandes unumgänglich notwendig bezeichnet hatten. Nach der Darstellung der „Kreuzzeitung“ haben die liberalen Politiker sich nachträglich beim Reichskanzler Rat erholt, ob ihnen die Regierung auch erlaubt, liberal zu handeln, und da sie die Erlaubnis nicht erhielten, so haben sie's vorsichtig unterlassen.

Auf diese für sie entsetzlich blamable Behauptung haben die Herren Müller-Reiningen und Dr. Junck bis zum 17. März geschwiegen. In diesem Tage haben sie sich zu folgendem Verlegenheitsgestammel ausgerafft:

„Die „Kreuzzeitung“ bespricht am 14. März in einem Artikel „Die innere Politik der Woche“ unsere Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler. Wir wissen nicht, an welcher Stelle die Zeitung ihre Erläuterungen eingelesen hat, auf jeden Fall ist sie falsch unterrichtet worden, und zwar sowohl über den Inhalt wie über den Inhalt jener Unterredung. Wir lehnen es ab, die durchgängig falschen Angaben des Artikels im einzelnen zu berichtigen.“

Wenn die Herren weiter geschwiegen hätten, so würde ihre Sache eigentlich noch besser stehen, als nach dieser jammervollen Erklärung, die doch gar zu deutlich verrät, daß die Sache äußerst faul steht.

Die „Kreuzzeitung“, der die Erklärung offenbar nicht zuging, hat sich noch nicht dazu geäußert; man kann gespannt darauf sein, was sie dazu zu sagen haben wird.

Der ganze Vorgang ist äußerst bezeichnend für den unaufhaltsamen Niedergang des deutschen Liberalismus.

Auch eine „Wahlreform“.

Der rheinische Provinziallandtag hat sich mit der Reform der Landgemeindevorordnung beschäftigt. Diese Landgemeindevorordnung stammt aus dem Jahre 1845. Sie enthält ein Wahlgesetz, das auf dem Dreiklassen-systeme beruht, weiter die Bestimmung, daß die Gemeindeglieder, die 150 M. Grund- und Gebäudesteuer zahlen, die sogenannten Meistbegüterten, von vornherein, ohne daß sie gewählt zu werden brauchen, Gemeindevorsteher sind; als dritte Schöpfung wäre zu erwähnen, daß die Gemeindevorsteher nicht öffentlich sind.

Ueber die Reformbedürftigkeit der rheinischen Landgemeindevorordnung ist in den letzten Jahren in Westfalen viel geredet und geschrieben worden. Und jetzt hat sich endlich die

preussische Staatsregierung veranlaßt gefühlt, dem Provinziallandtag einen dahingehenden Entwurf vorzulegen. Der Entwurf beschränkt sich, wie es in der Begründung heißt, „auf das Maß des hervorgetretenen praktischen Bedürfnisses“ und der Vertreter der Regierung hob in der Versammlung hervor, die ministeriellen Vorschläge seien „keine großzügige Arbeit, sondern eine kleine Novelle, die nicht über den Rahmen des Mernotwendigsten hinausgeht“.

Bei einer so bescheidenen Einschätzung der eigenen Leistung kann man sich denken, was bei den Vorschlägen der Regierung herauskam: es bleibt bei dem Vorrecht der Meistbegüterten, nur soll von dem Mindestsatz von 150 M. mindestens die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen, weiter soll die Zahl der als Gemeindevertreter berufenen Meistbegüterten die Hälfte der gewählten Gemeindevertreter nicht überschreiten, endlich soll für die Gemeinderatsitzungen eine beschränkte Öffentlichkeit eingeführt werden. Das ist die Art, wie am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die preussische Regierung Wahlreform treibt.

Und die Abgeordneten des Provinziallandtages? Sagten sie etwas von der namentlich im industriellen Rheinland unbedingten Behandlung der Stadt- und Landgemeinden, von der Widersinnigkeit des Dreiklassenwahlsystems, von dem Unrecht der Bevorzugung des Agrariertums und von all den übrigen Absonderlichkeiten und Rückständigkeit der Landgemeindeordnung des Rheinlandes? Nichts von alledem. Man fand nichts Wesentliches gegen die Regierungsvorschläge einzuwenden, höchstens daß einige Stadtvertreter leise Einwendungen gegen die Benachteiligung der Industrie in den Landgemeinden zu äußern wagten.

Die Kommission, die den Regierungsentwurf behandelte, fügte hinzu, daß am Gemeinderat auch teilnehmen sollten die Aktiengesellschaften, Bergwerksgesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, weiter wandelte die Kommission die von der Regierung vorgeschlagene beschränkte Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen in eine unbeschränkte Öffentlichkeit für Gemeinden mit mindestens 5000 Einwohnern um. Im Grunde bleibt also alles beim Alten. Agrarier und Industrielle haben sich, wie so oft so auch hier wieder mal in die Hände gearbeitet. Die Industriellen lassen das Meistbegütertenrecht bestehen, dafür berechnen die Agrarier den Industriellen das Gemeinderat. In der Fassung der Kommissionsbeschlüsse fand dann die „Reform“ der rheinischen Landgemeindeordnung ihre Erledigung.

Die ganze Giffligkeit des rheinischen Bürgerturns kam zum Ausdruck in den Worten eines Düsseldorfer Abgeordneten, der bei dieser Gelegenheit sagte: „Der Berichterstatter der Kommission hat uns hundert Jahre zurückgeführt. Damals war man aber reformfreundlicher als heute. Wenn man an die Reform des Freiherrn von Stein denkt und das vergleicht, was heute hier geboten wird, dann kommt sehr wenig dabei heraus. Es wird dazu kommen, daß wir die Vorlage annehmen, aber teilweise wie ich es tue, mit Resignation!“

Resignation — das ist der kümmerliche Rest der einstigen Entschiedenheit, womit das rheinische Bürgerturn gegen Absolutismus und Rückschritt ankämpfte. Die meisten aber sind auch schon über diese Resignation hinaus; sie haben sich der Reaktion vollends in die Arme geworfen.

Gegen die preussische Ausweisungspraxis.

In der letzten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Lupp, Müller und Eidersch eine Interpellation an das Gesamtministerium gerichtet, worin über die Ausweisungspraxis der preussischen Behörden Beschwerde geführt wird. Es wird darin folgender vom „Vorwärts“ feinerseit geschilderter Fall erzählt:

Der österreichische Staatsbürger Ignaz Fischer lebte einige Monate als Metallarbeiter in Breslau. Er wußte, daß die preussische Polizei Ausländern selbst die harmloseste politische Betätigung nicht gestatte, und hielt sich darum vom politischen Leben vollständig fern. Zu Weihnachten sandte ihm seine Mutter ein kleines Geschenk und legte in das Paket auch fünf sozialdemokratische Bücher, die Fischer zu Hause gelassen hatte. Das Paket wurde nun auf dem Postamt in Breslau geöffnet und die Polizeiamten übergaben diese Bücher der Polizeibehörde zur Prüfung. Die Polizeibehörde stellte die Broschüren, deren Besitz auch in Preußen nicht verboten ist, dem Besitzer nach wenigen Tagen wieder zurück. Am 29. Dezember 1908 fand aber eine Hausdurchsuchung in Fischers Wohnung statt, bei welcher jedoch nichts gefunden wurde. Trotzdem wurde Fischer am 16. Januar ohne Angabe von Gründen aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen.

Fischer wendete sich an den österreichisch-ungarischen Konsul in Breslau, der ihm aber abschließend sagte: „In Preußen, da ist man eben hinter den Sozialdemokraten so her; Sie wissen doch selbst Bescheid!“

Es ist eine wahre Schande, heißt es in der Interpellation weiter, wie deutsche Arbeiter aus Oesterreich im Deutschen Reich behandelt werden. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß diese Ausweisungspraxis dem Geiste des zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich geschlossenen Handelsvertrages widerspricht. Aus diesem Grunde wird das Gesamtministerium gefragt:

Ist die Regierung bereit, von der preussischen Regierung durch das Ministerium des Auswärtigen den sofortigen Widerruf der Ausweisung des österreichischen Staatsbürgers Ignaz Fischer zu verlangen?

Ist die Regierung bereit, dem Abgeordnetenhause einen ausführlichen Bericht darüber zu erstatten, was das Ministerium des Auswärtigen getan hat, um die österreichischen Staatsbürger gegen willkürliche Ausweisungen aus Preußen und Sachsen zu schützen, und welche Erfolge seine Intervention erzielt hat?

Die Reichstagswahl in Düren-Jülich.

Aus Düren wird uns geschrieben: Auf die eindrucksvolle Protestversammlung katholischer Arbeiter gegen die Zentrumskandidatur des Fürsten Salm-Reifferscheidt-Dyck hat das offizielle Zentrum am Sonntag mit einer großen Versammlung in der Stadtparkhalle in Düren geantwortet. Fürst Salm gerahnte, persönlich zu erscheinen, um seine Kandidatenrede zu halten. Der Herr, der bis vor kurzem noch Mitglied der Deutschen Vereinigung war, entpuppte sich als ein konfessioneller Großagrarier und ein Sozialistenhater schlimmster Art. Vor dem „Umsturz“ und vor der Expropriation (obwohl er als Agrarier angeblich mit Schaden arbeitet) verriet er eine Hölleangst. Er verlangte die Zurückberufung der Jesuiten ausdrücklich zu dem Zweck, daß sie dem sozialdemokratischen Umsturz einen Damm entgegensetzen. Wenn die Sozialdemokratie hier in Deutschland eine französische Revolution machen wollte, so würden die „Landhäuser der Webel“ zuerst in Flammen aufgehen. Als Umsturz bezeichnete der fürstliche Redner auch die Ausschaltung des Schwedenkönigs durch die Norweger und die Er-

oberung einer Verfassung durch die Türken, und inbrünstig hat er seinen Gott, daß er Deutschland vor solchen Erschütterungen bewahren möge. Man kann sich denken, weshalb der Fürst sich in seiner Programmrede völlig über die Wahlrechtsfrage ausschwieg. Mit zornbebenender Stimme wandte er sich gegen die Nachlasssteuer. Er zeterte gegen die „nichts-würdigen Blätter und Menschen, die in einer vom „Simplicissimus“ erzeugten Stimmung unseren edelen Kaiser anzugreifen und zu begehren gewagt“ hätten. Auf das „erste Auftreten“ dieses „großen“ Politikers im Parlament darf man wirklich gespannt sein.

Den christlichen Arbeitern versicherte der Fürst, daß er stets ein offenes Ohr für ihre Wünsche haben und ihre Bestrebungen anerkennen werde. Es ist un-rätlich, wie das möglich sein soll bei einem Manne, dessen eigene Arbeiter streiken mußten, weil sie mit ihren Familien nicht mit 150 M. Lohn auskommen konnten.

Nach dem Fürsten redete ein anderer Zentrumsbildiger: Graf Braschma, der oberflächliche Plagiat und ausgepöbelte Wahlrechtsfeind. Sein Blick war nach Berlin gerichtet. Er pries den Kaiser in den höchsten Tönen und stellte Bülow als Intriganten dar, der nur darauf bedacht sei, das Zentrum auszuschalten. Graf Braschma versicherte, der Weisheit sei ohnehin zu schari beizunehmen, dagegen sei die Heranziehung der Konsumtionsartikel der breiten Masse zur Steuer durchaus berechtigt. Schließlich wandte der Graf sich bezeichnenderweise dagegen, daß man das Zentrum für — demokratisch halte!

Besonders interessant ist jedoch in Graf Braschmas Rede folgende Äußerung:

„Wir sehnen uns, weiß Gott, nicht nach der sogenannten ausschlaggebenden Stellung zurück, die sehr unbecom war. Wir trugen damals die Verantwortung für das Zustandekommen eines jeden Gesetzes. Von uns hing es ab, ob eine Forderung der Regierung bewilligt wurde oder nicht. Das war ein beständiger Anlaß zu Konflikten. Sequenter ist es so, wo wir ruhig mitarbeiten, unseren prinzipiellen Standpunkt wahren können, ohne darauf zu sehen, ob die Gesetze ohne und zuhause kommen und wie die Verantwortlichkeit tragen.“

Wir lassen es dahin gestellt, wie weit das Zentrum hier die Rolle des Fisches spielt, dem die Trauben der Regierungspartei angeblich zu teuer sind. Wir begnügen uns, das Gesandnis festzusetzen, daß das Zentrum, so lange es ausschlaggebende Partei war, also von Mitte der neunziger Jahre bis 1907, verantwortlich zu machen ist, was in dieser Zeit der ungeheuren militärischen Ausgaben, des Zollmehretarifs und der sozialpolitischen Ineffizienz an dem Wohl und den Rechten des Volkes gesündigt worden ist.

Die beiden adligen Redner hatten übrigens nur wenig Weisheit. Die bedenklich gewordenen Rienen der frommen Redner bestien sich erst wieder auf, als der dritte Redner, „Arbeitersekretär“ Richdi aus Stolberg bei Kachen, eine Brandrede glücklicher Art gegen die Sozialdemokratie vom Stapel ließ.

Düren-Jülich ist ein absolut sicherer Wahlkreis des Zentrums. Die rebellisch gewordenen katholischen Arbeiter, denen in der Versammlung natürlich das Wort nicht gewöhrt wurde, werden das Mandat nicht im mindesten gefährden. Deshalb durfte sich das Zentrum in Düren-Jülich einen solchen Kandidaten und solche Versammlungsredner leisten. Ein Grauen aber erfährt den Normalmenschen, wenn er sieht, wie diese Zentrumswähler den Leuten Weisheit gröhlen, die sie in der offenbarsten Weise verhöhnen und mit Füßen treten.

Der „gute Ton“ im Lager der Staatserhaltenden.

In einer Auseinandersetzung mit der „Kölnischen Volkszeitung“ bemerkt das „Westfälische Tageblatt“, ein von nationalkatholischen und landständischen Kreisen unterhaltenes Organ: „Nur frech und rücksichtslos gegen alles, was ihr gegen den Strich geht, gröhlt Rache und maßlose Verächtlichung eigenen Verwicklungen gegenüber. So versteht eben allein die „Adm. Volkszeit.“ den Kampf für Wahrheit, Freiheit und Recht, indem sie diese schöne Devise zu einer häßlichen Frage verzerrt.“

England.

Die Marinerebbe.

London, 17. März. Unterhaus. Der Erste Lord der Admiralität McKenna teilte auf Anfrage mit, daß die Zahl derjenigen Hellinge Großbritanniens, die zum Bau der Dreadnought-Klasse geeignet waren, sich auf siebenzehn belaufe, einschließlich zweier, die solchen Firmen gehörten, die bisher den Bau großer Schlachtschiffe noch nicht unternommen hätten. Mit Veränderung, die einige Monate in Anspruch nehmen würden, könnten noch weitere zwei Hellinge in Regierungsbau und mehrere in privaten Dock brauchbar gemacht werden. In Deutschland gäbe es gegenwärtig vierzehn solcher Hellinge, zwei weitere würden in kürzester Frist fertig gestellt sein. Ferner sei eine deutsche Helling groß genug, um ein Schlachtschiff nach dem Indivincible-Typ herstellen zu können, und noch eine andere von dieser Art befinde sich zurzeit im Dock einer Privatfirma, die bisher den Bau großer Schlachtschiffe noch nicht unternommen hat. Nach diesen Erklärungen wurde in der Generaldiskussion über den Flottenvoranschlag fortgefahren.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Lee (L), die Arisid, der die Nation gegenüberstehe, habe das ganze Haus zu einer einzigen Partei britischer Bürger geeint, die entschlossen seien, angesichts der gemeinsamen Gefahr zusammenzuarbeiten. Redner betonte, die Umstände erforderten, daß alle acht Dreadnoughts auf einmal bestellt und so schnell als möglich fertiggestellt würden. Es sei kein Grund zu einer Panik, wohl aber Grund zu einem prompten, schleunigen Vorgehen vorhanden. Deutschland habe in den letzten zwölf Monaten neun Dreadnoughts auf Stapel gelegt, warum sollte es daselbst dieses Jahr nicht wieder tun. Deutschlands Verdrängungsschiffe zu bauen, siehe außer Frage; bezüglich Deutschlands Erklärung sage er aber mit aller Achtung vor dieser Erklärung, daß sie in praktischer Hinsicht nicht das Papier wert sei, auf das sie geschrieben sei, wenn sie wirklich überhaupt dem Papier anvertraut sei. Premierminister Asquith unterbrach hier den Redner und fragte, ob Lee einen Unterschied mache zwischen der mündlichen und der schriftlichen Erklärung einer fremden Macht? Lee erwiderte, er wünsche nicht in eine Erörterung gezogen zu werden, die den Anschein erwecken könne, als ob er Betrachtungen anstelle über den guten Glauben Deutschlands. (Beifall.)

Schweden.

Die Ministerkrise.

Stockholm, 17. März. Der König bewilligte das gestern eingereichte Abschiedsgesuch der Minister V. Zolle, Peterson und Roos. Zum Landwirtschaftsminister wurde das Mitglied der Zweiten Kammer des Reichstages Ingenieur Rander und zum Minister ohne Portefeuille der Abteilungschef im Kultusministerium Lindström ernannt. Staatsminister Lindman übernimmt vorläufig die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen.

Amerika.

Die Tarifreform.

Washington, 17. März. Der Tarifausschuß hat dem Kongress die Tarifvorlage unterbreitet. Der Vorsitzende erläuterte die einzelnen neuen Positionen und führte aus, der Ausschuß habe einige Artikel von der Freiliste entfernt und auf andere eine Zollherabsetzung gelegt, lediglich zu dem Zweck, die Einnahmen zu erhöhen. Diese Artikel seien meist Luxusartikel, wie Parfümerien, Toilettenartikel, Kales, Federn und Gewürze. Wegen ungenügenden Zollschutzes sei eine Zoll-

erhöhung erfolgt auf Kohlenteearten, Papierfabrikate und Erzeugnisse der Lithographie. Zum Teil sehr wesentliche Zollerniedrigungen seien erfolgt bei Chemikalien, Oelen, Farben, Schwämmen, Töpferwaren, Eisen, Stahlwaren, Maschinen jeder Art, Baumwolle, Farmprodukten, Fleischwaren, Fleisch, Hanf, Zutawaren, Wolle, Leder, Schuhwaren, landwirtschaftlichen Geräten. Sodann werden auf die Freiliste gelegt Eisenerz, Häute, Kunstwerke, die mindestens zwanzig Jahre alt sind. Der Zoll auf Robeisen und Spiegeleisen wird von vier auf 2 1/2 Dollars pro Tonne herabgesetzt. Die Zollreduktionen überwiegen die Erhöhungen bedeutend. Die Schutzzölle sind um 40 Proz. die Zölle auf andere Waren, wie zum Beispiel auf Lederwaren entsprechend reduziert. Der Zoll auf raffinierten Zucker ist auf ein zwanzigstel Cent pro Pfund herabgesetzt, der für Chlorlaures Kali auf 2 Cents pro Pfund. Der Zoll auf Wolle für Kleidungsstücke ist ziemlich unberührt, der auf Wolle geringeren Grades ist reduziert. Pelze sind mit einem Zoll belegt, der 27 1/2 Proz. ihres Wertes beträgt. Die Tarifvorlage sieht Minimal- sowie Maximalzölle vor, die durchschnittlich 20 Proz. höher sind. Der Minimaltarif soll allen Ländern zugute kommen, die Amerika die Meistbegünstigung einräumen. Die bestehenden Handelsabkommen sind nach Maßgabe ihrer Bestimmungen zu kündigen.

Soziales.

Das Innungsschiedsgericht über Tarifdifferenzen im Töpfergewerbe.

Am Dienstag kamen vor dem Innungsschiedsgericht eine Reihe von Klagen zur Verhandlung, die in der unterschiedlichen Auslegung des Tarifvertrages für das Töpfergewerbe durch Meister und Gesellen gipfelten. Bisher hatten diese Streitigkeiten die im Töpfergewerbe bestehende Schlichtungskommission beschäftigt, doch schied dieser die Exekutivgewalt. In anderen Berufungen, für die Tarifverträge bestehen, wird dieser Mangel durch die moralische Macht der Unternehmerorganisationen vollständig behoben. Das scheint im Töpfergewerbe nicht der Fall zu sein. Denn sonst wäre es kaum möglich, daß sich die Arbeiter, um die Entscheidungen der Schlichtungskommission durchzuführen, erst noch an das Innungsschiedsgericht wenden müssen. So klagen am Dienstag allein 15 Gesellen gegen den Töpfermeister Karl Preusse, der dem Spruch der Schlichtungskommission nicht entsprochen hatte. Das Innungsschiedsgericht entschied selbstverständlich ebenso wie die Schlichtungskommission und verurteilte den Beklagten zur Zahlung der Differenzbeträge.

Gleich darauf klagen mehrere Gesellen gegen den Töpfermeister Karl Jung. Auch diese Streitsache ist bereits vor der Schlichtungskommission verhandelt worden, ohne daß es darüber zu einer Verständigung kam. Die Berechnung, die die Meistervertreter in der Schlichtungskommission über die in Frage stehenden Arbeiten aufmachten, blieb um einige Pfennige hinter der der Gesellenvertreter zurück. Hier gab das Innungsschiedsgericht dem Klagenanspruch nur insoweit, als er sich mit der Meisterberechnung deckte, statt und wies die Rechtsforderung ab. Von der Beurteilung der Arbeiten durch einen Sachverständigen sah das Gericht ab, da die Kläger ihre Reklamationen nicht sofort angebracht hatten und legt die Nachprüfung kaum noch möglich erscheint.

Unzulässige Lohnföhrung.

Der Glaser Herrmann war bis zum 6. März beim Glasermeister Gustav Soudard bei einem Stundenlohn von 70 Pf. beschäftigt. Am Morgen des 2. März sagte ihm der Meister, daß er nur noch 60 Pf. zahlen werde. S. glaubte, daß diese Redewendung von der kommenden Woche ab gültig sein soll und war nicht wenig erstaunt, als er am folgenden Sonnabend bereits für fünf Tage der Woche mit dem niedrigeren Lohn abgepeist wurde. Seiner Forderung, den 70 Pf.-Stundenlohn für die ganze Woche noch zu zahlen, entsprochen der Meister nicht. S. legte deshalb die Arbeit nieder und klagte nun gegen den Meister beim Innungsschiedsgericht auf Zahlung der Lohnifferenz. Das Schiedsgericht hielt es für unzulässig und mit den guten Sitten nicht im Einklang stehend, daß dem Kläger mitten in der Lohnperiode der Lohn gekürzt wird, und verurteilte den Beklagten zur Zahlung der geforderten 4 M.

An die falsche Adresse.

Durch falsche Angabe des Namens oder Wohnortes des Empfängers können zuweilen die empfindlichsten Verluste an Zeit und Geld entstehen. Der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts lag es gestern ob, zu urteilen, ob der Angestellte den nachweisbaren Schaden auf alle Fälle zu ersetzen hat. Es klagt der Chef des „Kreuzer Kolonialhauses“, Herr Bruno Antelmann, gegen seine frühere Expedientin Fr. W. auf Schadenersatz in Höhe von 22 M. Dieser Schaden ist unstrittig dadurch entstanden, daß die Beklagte ein für einen Hauptmann W. in Ost-Afrika bestimmtes Paket mit einer falschen Ortsangabe versehen hat. Der Kläger behauptet, daß ihm außer dem unmittelbaren Schaden von 22 M. noch ein indirekter durch den Verlust des Kunden entstanden ist. A. sieht einen großen Fehler nicht nur in der falschen Adressierung, sondern vor allem darin, daß die Beklagte das Paket zum Boden gegeben hat, bevor die Adressen das Kontrollzeichen des Inspektors oder Oberexpedienten trugen. Die klagende Expedientin wendet dagegen ein, daß sie sich heute, nach zwei Jahren, solange liegt der Fall zurück, nicht mehr entsinnen könne, ob sie die fraglichen Adressen dem Inspektor zum Vergleichen gegeben habe oder nicht. Letzterer könne ja auch das Revisionszeichen vergessen haben. Der Fehler selbst sei durch die große Arbeitsüberhäufung entstanden. Die Beklagte trat mit 18 Jahren in die Dienste der Firma und bezog ein Gehalt von 40 M. Nach dreijähriger Tätigkeit hatte sie es auf ein Monatsgehalt von 85 M. gebracht. Dafür mußte sie eine 15-, oft auch 17stündige Arbeitszeit absolvieren. Wie die Mutter der Beklagten beklagt, mußte sie oft ihre Tochter um 12 Uhr nachts aus dem Geschäft abholen.

Nach der Beratung des Gerichts rät der Vorsitzende dem Kläger, die Klage zurückzuziehen, da er sonst abgewiesen würde. Angesichts der ganzen Umstände liegt in dem Verlangen des Klägers nach Schadenersatz eine große Härte. Die falsche Adressierung an sich sei noch kein großes Versehen, zumal bei einer jugendlichen Angestellten. Daß aber die Beklagte fahrlässigerweise die Adressen der Nachkontrolle entzogen habe, sei nicht bewiesen. Ganz anders läge der Fall, wenn der Fehler einem höheren Angestellten, etwa einem Expedientenleiter passiert wäre. Auf diesen Vorhalt hin zieht der Kläger seine Klage zurück.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schneeverwehungen.

Stolz i. Pommern, 17. März. Antliche Meldung. Die Strecke Wladow-Lauenburg zwischen Zerbst und Schwabz-Damerlow ist seit heute früh 7 Uhr infolge Schneeverwehungen unpassierbar. Die Störung wird voraussichtlich bis heute abend 9 Uhr dauern.

Eine Erbschaft der freireligiösen Gemeinde.

Wiesbaden, 17. März. (R. S.) Dem Vorsitzenden der hiesigen freireligiösen Gemeinde ist vom Polizeipräsidenten die Mitteilung zugegangen, daß dem Verein die Genehmigung zur Annahme der Schätterschen Erbschaft erteilt worden ist. Die Zuwendung soll nach Mitteilungen des Vorstandes angeblich dem Wert von ca. 150 000 M. entsprechen.

Reichstag.

226. Sitzung vom Mittwoch, den 17. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Abg. v. Thern (L.): Zu meinem allergrößten Bedauern muß ich hervorheben, daß alles, was hier gesprochen wird, auch im Auslande aufmerksam verfolgt wird. (Heiterkeit.) Deshalb bedauere ich, was Herr Häusler hier über unsere Armee gesagt hat. Die Angriffe auf den Parademarsch sind ungerechtfertigt, im Parademarsch liegt die Kunst (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum), welche die Truppe dem Willen des Vorgesetzten geneigt macht. Ueber den zunehmenden Luxus in den Offizierskasinos wird gellacht. Sind denn nicht auch unsere Zivildienstler luxuriöser geworden? In den Kasinos wird viel weniger Alkohol getrunken als früher, fast möchte ich sagen leider (Schallende Heiterkeit), während jetzt vielmehr Limonade und Apfelsaft getrunken wird.

Ueber die Länge der Dienstzeit der Kavallerie wollte ich eigentlich nicht sprechen, da der Kriegsminister eine Denkschrift darüber zugesagt hat. Aber Herrn Häusler gegenüber muß ich doch hervorheben, daß bei der Kavallerie nicht nur der Mann auszubilden ist, sondern auch das Pferd. In Frankreich ist die Dienstzeit der Kavallerie auf zwei Jahre beschränkt, aber sehr viele Generale bedauern das, und in der besseren Ausbildung unserer Kavallerie liegt unsere wesentliche Stärke.

Der Militäretat ist um 20 Millionen Mark geringer als im Vorjahre. Trotzdem hat die Budgetkommission sich bemüht, weitere Abstriche zu machen; aber nicht immer kann ich diese Abstriche billigen. Den Kriegsminister bitte ich, die Musikkorps nicht zu verkleinern. Es ist ja hier nicht der Platz, patriotische Reden zu halten (Heiterkeit im Zentr., u. d. Sozialdem.). Ich will auch absehen davon, daß es schön ist, wenn die Truppe die Dorfstraße entlangzieht und schöne Musik macht. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Bei Epitheten wurden die Höhen mit Trommelschlag gestürmt; auch der Zoummler macht Musik, und zwar im richtigen Moment. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der Wert der Musik zeigt sich, wenn auf dem Schlachtfeld abends der Chor angesungen wird: „Nun danket alle Gott!“ (Zuruf im Zentrum: Hurra!) Wer noch nie gebetet hat, wendet sich zum Gebet, und gerade das Zentrum sollte sich freuen, wenn so der religiöse Sinn durch die Musik gefördert wird. (Zust. rechts.) Dringend möchte ich den Kriegsminister bitten, nach kleineren Orten mehr Garnisonen zu legen, und namentlich möchte ich da — man kann ja hier auch Lokalpatriotismus treiben — die Stadt Genthin dem Kriegsminister ans Herz legen. Der Bürgermeister von Genthin hat mir versprochen, wenn dieser Wunsch erfüllt wird, aufs beste für die Garnison zu sorgen. (Heiterkeit.)

Ich freue mich, daß der Kriegsminister versagt hat, daß bei der Vergabe von Lieferungen Handwerker und Handwerkergehilfen möglichst berücksichtigt werden sollen. Dieser Erlaß hat gute Früchte getragen. Leider wird er nicht überall befolgt; so läßt das Bekleidungsamt Stettin in Strafanstalten die Militärkleider anfertigen! (Hört! hört! rechts.)

Verabschiedete Offiziere sollte der Staat mehr als bisher beschäftigen; es gibt Stellen genug, die sie bekleiden können: als Turnlehrer, als Inspektoren bei der Alters- und Invalidenversicherung, bei Probantämtern, bei Postämtern, bei der Steuer- und Zollbehörde, als Lottereeinnehmer, Stabesbeamte usw. Dann werden wir auch genug Meldungen zu den Offiziersstellen haben und brauchen die fehlenden Stellen nicht mit Feldwebel-Leutenants zu besetzen, wozu ich dringend warnen möchte! — Die Offiziere sollten — das muß auch von konservativer Seite hervorgehoben werden — nicht zu so häufigem Wechsel des Anzugs gezwungen werden. Leider machen unsere jungen Offiziere auch die Mode der Jüngling mit und tragen zwischen Nase und Mund statt des Schmuckes des Stammes ein gewisses Etwas, von dem man nicht weiß, ob es Hart oder angebrannte Zigarre ist. (Schallende Heiterkeit.) Wir leben in einer ersten

Zeit. (Zuruf im Zentrum: O ja! Große Heiterkeit.) Wir müssen das Heer schlagfertig halten; die Furcht vor unserer starken Waffe ist die beste Versicherung für den Frieden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (fr. Sp.): Die „Simplicissimus“-Schilderungen aus dem Offiziersleben, die der Vorredner gab, waren mir recht interessant. (Große Heiterkeit.) Darin, daß auch die Rechte jetzt Kritik an gewissen Keuschlichkeiten des Militarismus läßt, glaube ich den berechtigen Einfluß des Wlads zu erkennen. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Häusler hat mit Recht zur Sparsamkeit aufgefordert, aber mit Unrecht und Freisinnigkeit beschuldigt, das Zentrum bei den Abstrichen im Stich gelassen zu haben. (Widerpruch bei den Sozialdem. und im Zentr. — Sehr richtig! b. d. Freis. Rufe: Das Zentrum war sich selbst nicht einig! (Widerpruch im Zentrum.) — Herr v. Liebert freute sich, daß der Kriegsminister gegenüber den Abstrichen die Ruhe bewahrt habe. Die zarte Besorgnis um die Ruhe des Kriegsministers freut uns um so mehr, als die Rechte z. B. dem Leiter des Kolonialamts gegenüber nicht so zartfühlend war. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Uebrigens sind die Abstriche so gering, daß sie die Kadstruhe des Kriegsministers nicht zu stören brauchen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Richtig ist es, daß die entscheidenden Stellen den Parlamentarisierung des Volkes und der Volkserhebung mehr entgegenkommen. Sonst werden, auch wenn die Reichsfinanzreform zustande kommt, in Wäldern die Finanzen des Reiches wieder daselbe Bild aufweisen wie jetzt. (Lebhafte Zustimmung links.) Es gibt noch eine ganze Reihe völlig repräsentativer Stellen, die ruhig in Begfall kommen könnten. So z. B. der Kommandant von Swinemünde, dessen einzige Aufgabe es ist, beim Vorüberfahren der kaiserlichen Flotte Salut schießen zu lassen. Das letzte Mal geschah das nicht einmal, denn der Kommandant war gerade verreist. (Schallende Heiterkeit.) Vielen Ausführungen des Abg. Häusler stimmen wir völlig zu. So dem, was er über die Unübersichtlichkeit des Etats sagte. Aufs Schärfste ist gegen konfessionelle und soziale Engherzigkeit bei der Ausübung der Offiziere zu protestieren. (Sehr wahr! links.) So etwas kann sich in ersten Zeiten bitter rächen. (Lebhafte Zustimmung links.) Was Herr Häusler über die Möglichkeit der Verfüzung der Dienstzeit der Kavallerie sagte, ist sehr richtig. Auch andere Offiziere teilen diese Auffassung. (Zuruf des Generals v. G. e. s. a. t. t. e.: Kennen Sie und doch die Offiziere!) Ach, Herr General, das könnte Ihnen wohl so passen! (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung links.) Ich würde sie nur nennen, wenn ich wüßte, daß ich sie nicht ans Messer liefere. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Liebert hat hier den Paradedrill geprießen. Ich muß sagen, dieser Geist schmeckt nicht nach Sedan, sondern nach Jena! (Stürmische Zustimmung links, Unruhe rechts.) Nun zum Kapitel der

Militärmishandlungen.

Zum fünften Male bringen wir unsere sich gegen diese Mishandlungen wendende Resolution ein! (Hört! hört!) Das ganze Volk fordert die Beseitigung dieses Mißstandes! (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Wieder sind eine ganze Reihe fürchtbarer Fälle vorgekommen.

(Unruhe und Zurufe rechts.) Wenn wir die einzelnen Fälle hier vordringen, so heißt es: Einzelheiten gehören nicht in den Reichstag; bringen wir keine Einzelfälle vor, so kommt Herr v. Oldenburg und sagt: wir haben kein Material! Wie sollen wir es also machen? (Sehr gut! und Heiterkeit links.) — Redner verweist auf eine Reihe krasser Mishandlungen, drakonischer Urteile gegen Untergebene und milde Urteile gegen mishandelnde Vorgesetzte. — Die erste Kritik des Abgeordneten Häusler wird nicht durch den Sport des Grafen Orla über die Feldmarschälle Grenzfennau und Debel widerlegt. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung links.) Der Resolution des Zentrums über Einschränkung der Zahl der Kontrollversammlungen stimmen wir zu. Richtig ist, daß die Anomalie beseitigt wird, daß die Reservisten während des ganzen Tages, an welchem die Kontrollversammlung stattfindet, unter Militärgerichtsbarkeit stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Geradezu erbärmlich ist die Turnerei beim Militär. (Zustimmung links, Unruhe rechts.) Das Turnen scheint noch heute manchen

Offizierskreisen zu demokratisch zu sein. (Lachen und Unruhe rechts.) Ich kenne viele Leute, die von den Turnstunden beim Militär her einen wahren Abscheu gegen das Turnen bekommen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Mit den vom Militärkabinett gepflegten Grundfragen hängt die Bevorzugung des adeligen Elements zusammen, worüber der Oberst Gädle, mit dem wir ja gewiß nicht sympathisieren, ein treffliches Material zusammengetragen hat. — Kollege v. Liebert meinte, das deutsche Offizierskorps sei aus einem Gusse. In bezug auf die Tüchtigkeit stimmen wir dem zu, in bezug auf die Behandlung ist es aber nicht der Fall, und wir verlangen im Interesse der Armee eine gleiche Behandlung aller Offiziere. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Abg. Kopsch: Sehr gut! Heiterkeit.) Das Verlangen der Belamtagung der Qualifikation der Offiziere ist berechtigt und ebenso gut durchführbar wie bei den Zivilbeamten. Herr v. Oldenburg meinte im vorigen Jahre, der Offizier stehe in einem persönlichen Verhältnis zum König. (Abg. v. Oldenburg (L.): Sehr richtig!) Wir geben das zu, aber das Verhältnis ist nicht nur ein persönliches, sondern der Offizier ist auch Staatsdiener und muß durch konstitutionelle Garantien geschützt werden, wenn er nicht auf die Stufe des blödesten Salaten herabsinken soll. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Fälle Dielerici und Bismard machen es uns zur Pflicht, eine Reform der militärischen Ehrengerichte zu verlangen. Die Bevorzugung gewisser Stände und der Mangel an Rechtsgarantien ist es, was unsere jungen Leute von der Offizierskarriere abhält. Wir behaupten, der Kriegsminister wird weit kommen, welcher dem Offizierstand die notwendigen Garantien schafft. Wir lehnen jede verfassungswidrige Ausdehnung der Kommandogewalt ab. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Kriegsminister v. Einem:

Der Vorredner stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz, seine Partei würde unter allen Umständen für die Schlagfertigkeit und Kriegsbereitschaft der Armee eintreten. Das war mir angenehm zu hören. Aber dann sprach er von einer Herabsetzung der Präsenzstärke und von einer weitgehenden Verlaubung. Wie das mit der Kriegsbereitschaft sich verträgt, verstehe ich nicht. (Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Freisinnigen.)

Der Abg. Häusler hat eine Reihe von Fragen berührt, an denen ich nicht vorübergehen kann.

Der „Vorwärts“ hat ja heute schon geschrieben, ich hätte gestern geschwiegen und mit einer gewissen Nonchalance an den Ausführungen vorbeigehen wollen, nun hätte aber das Militärkabinett wohl gesagt: Einem, vor die Front! Das ist ein ungewöhnlicher Unjinn; ich bin ein vollkommen selbständiger Mann, der allein und aus eigener Entscheidung beurteilt, wann und wie er reden wird.

Herr Häusler sprach von dem Erzierreglement; wir müssen an der zweijährigen Dienstzeit festhalten, um dem Mann den Dienst so beizubringen, daß er ihn gleichsam

automatisch

versteht und auch für die Zeit der Reserve und Landwehr beibehält. Bezüglich der Kavallerie sagte Herr Häusler, das Feuer befehle heute die Schlast. Ich gebe ihm das alles zu. Aber weiß er nicht, welche Aufklärungsarbeit durch die Kavallerie vor der Schlast notwendig ist. Er wies darauf hin, daß der Kriegsminister in Frankreich, wo bei der Kavallerie die zweijährige Dienstzeit besteht, gesagt hat, an der Grenze kann die Kavallerie in jedem Augenblick zu Pferde steigen. Aber fragt mich nur nicht, wie Frankreich steht mit seiner Kavallerie in den größten Schwierigkeiten. (Zustimmung rechts.)

Herr Häusler sagte, die Armee interessiert sich nicht für die militärische Jugendberziehung. Woher weiß er das?

Die Armeeverwaltung interessiert sich außerordentlich für die militärische Jugendberziehung;

ich hoffe, daß wir dahin kommen werden, daß ein recht eifriger Turnunterricht stattfindet und der Sport fleißig gepflegt wird. Ich hoffe, daß hier auch auf dem Wege der Fortbildungsschule in der besten Zeit nach der Schulentlassung etwas erreicht wird. (Zustimmung.)

Herr Häusler hat auch über den Luxus in den Offizierskasinos gesprochen. Ich würde mich freuen, wenn die Armee sich noch mehr des Luxus enthalten hätte, als es in der Mehrzahl der Fälle Gott

Die Marseillaise.

Heiß kämpft das Sansculottenheer
Mit Oesterreichs Söldnern bei Semappes.
Herr Sachsen-Teschen jubelt froh:
„Heut sinkt die Republik ins Grab!“

Sie wird nicht wieder auferstehn;
Ich hemmte ihren Siegeslauf.
Und aus dem Grab in alter Pracht
Blüh'n neu die goldnen Lilien auf!“ —

Die Sansculotten kämpfen schwach.
Wie sind sie doch so todesmüd. —
Da, horch! — Ein Ton durchzuckt die Luft —
„Wer singt uns denn das Sterbelied?“ —

Der Flügelmann im ersten Glied,
Der singt die Verse uns so wild.
Hört ihr den Sang, den heil'gen Sang,
Wie er aus heißem Herzen quillt!

O, singe, sing', mein wackerer Freund!
Das Lied ist's wert, daß man es singt.
Horch! Auch dein Kamerad fällt ein —
Zu zweien es noch besser klingt.

Zu zweien nur? Warum nicht gar?
Singt doch im Chor, ihr Capsern all!
Spürt ihr des Liedes Zauberkräfte?
Wie schlägt das Herz bei seinem Schall! —

Der Sang erbraust; er wächst zum Meer
Und reißt den letzten Krieger mit. —
„Allons, enfants de la patrie!“
Ja, vorwärts geht's im Siegesschritt.

Ein Schreden packt die Söldnerschar;
Ein singend Heer sah man noch nie. —
Und ob auch laut der Donner brüllt,
Noch lauter braust die Melodie:

„Ihr Knechte, bebt vor unsrer Wut
Und unsern Horn, der Ketten bruch!
Ha! Angeschwächt ist unser Mut.
Wir wählen lieber Tod als Schmach!“

„Marchons, marchons!“ — Ein letzter Sturm —
Ein letzter Schuß — der Würfel fiel. —
Und Sieger war die Republik
Durch deinen Sang, Rouget de l'Isle.

Max Walthari.

Adalbert Raikowsky, der Neide unter den heutigen Schauspielern, ist dem Siedtum, das ihn von seiner Wirkungsstätte, dem Igl. Schauspielhaus, schon längere Zeit vertrieben hatte, am Dienstagabend erlegen. Nur 50 Jahre ist dieser Kraftmann alt geworden, der bernen schien, seine großen Talente noch zu höherer, künstlerischer Vollendung zu führen, als seine leidenschaftlich wilde, ungestüme, ungebändigte Natur es ihm bisher gestattet hatte. Raikowsky, der am 8. Dezember 1858 in Königberg geboren war, schien wie nur irgend einer zum Schauspieler von der Natur bestimmt. Schon als Junge hatte er zum Zirkus gehen wollen. Als er dann später in Berlin die Realschule besuchte, wurde ihm mit einmal, als er den „Samlet“ gesehen hatte, sein Beruf klar. Er nahm Unterricht und kam dann mit seinen zwanzig Jahren bereits ans Dresdener Hoftheater, später wurde er von Pollini nach Hamburg entführt und seit 1889 gehörte er dem Igl. Schauspielhaus an.

Die kraftvolle Gestalt, die strahlende Erscheinung, ein mächtiges, dabei klangvolles Organ boten Raikowsky alle physischen Mittel, um ihn zum traditionellen Helden und Liebhaberdarsteller zu prädestinieren. Dabei war er voll sinnlicher Leidenschaft, ein Draufgänger und Stürmer, elementar und robust. Vielen von uns ist er zu viel komödiant alter Schule gewesen, ein brüllender Kentor und Verlekker. Aber es war doch so viel hinreichende Natur und prachtvolle Wildheit in ihm, daß man des „ganzen Kerls“ froh werden konnte. Als „Don Carlos“, „Mortimer“, „Romeo“, „Karl Moor“, „Beaumarchais“ hat er viele seiner Zeitgenossen entflammt und entzündet. Aber er blieb ein Wildling, den niemand bändigte, bis er von selber den Weg zu ruhigerer, männlicher Kraft suchte. Im klassischen Drama fand er die Aufgaben, in denen sein Temperament sich ausleben konnte. Vieles winkte ihm noch, aber nun gerann ihm sein Leben, das er wohl auch nicht immer bändigen konnte, gerade da, wo er hätte zur Reife schreiten sollen.

Sonntagschnee und Wochenschnee. Die Gemische Untersuchung des geschmolzenen Schnees zeigt deutlich, wie sehr der Schnee luftstreichend wirkt. Deshalb gestalten diese Analysen natürlich auch einen Schluß auf den Reinheitsgrad der Luft. Das Untersuchungslaboratorium des Londoner Lancet hat diese Erfahrung zum Ausgangspunkt eines höchst lehrreichen Vergleiches der Reinheit der Luft am Sonntag und an Wochentagen genommen. Es ist klar, daß am Sonntag, wo weit weniger Feuerstellen brennen und auch viele andere Quellen der Luftverunreinigung versiegen, das Schmelzwasser des Schnees weit reiner sein muß als sonst. Die ver-

gleichenden Analysen ergaben tatsächlich, daß die Menge der in der Luft schwebenden festen Teilchen: Staub, Kohle, Leer usw. am Sonntag nur etwa ein Fünftel von der gewöhnlichen betrug, die Menge der gelösten Mineralstoffe nur die Hälfte, und die der organischen Substanzen weniger als ein Drittel, während der Schwefelsäuregehalt fast gänzlich verschwand. Ammoniak und Salzegehalt zeigten gleichfalls eine geringe Abnahme. Insgesamt enthielt der Sonntagschnee rund ein Fünftel der gewöhnlichen Verunreinigungen. Besonders bemerkenswert ist das fast völlige Fehlen der Schwefelsäure, das im Verein mit dem übrigen Befund deutlich erkennen läßt, daß die Großstadtluft vornehmlich durch Kohlendunst verunreinigt ist. Richtigerweise ergab sich, daß auch der sonntägliche Schneefall, der das Material zu den Versuchen lieferte, auf die Oberfläche der Grafschaft London nicht weniger als 1500 Zentner feiner Körper in Lösung, 2340 Zentner suspendierter Stoffe, 200 Zentner Kohle, 500 Zentner Salz und 30 Zentner Ammoniak niedergehen ließ. Eine Erweiterung dieser Versuche verspricht praktisch wertvolle Ergebnisse und sollte überall gefördert werden.

Humor und Satire.

Das Kriegsspiel.

Der Konflikt wird zugespitzt ...
Schon gelang es ihn zu lösen ...
Die Gemüter sind erhitzt ...
Wie sind sie so kühl gewesen ...
Wie im Fieber rüftet man ...
Rein, man ist noch sehr gemühtlich ...
Nur mit Blut und Eisen kann ...
Nächstens einigt man sich gütlich ...
Eicher geht es morgen los ...
Krieg? Den gibt es keines Falles ...
Western ein Zusammenstoß ...
Tief im Treiben ist noch alles ...
Und so wechelt das Gerücht,
und die Zukunft liegt im Dunkeln;
nichts gewisses weiß man nicht,
doch ich hörte etwas murren,
daß sich die bewußten Kas-
geter erst noch einigen wollen,
wie sie den erhofften Fraß
unter sich verteilen sollen.

Franz.

Notizen.

— Die Neue freie Volkshöhne hat für das im September beginnende 20. Spieljahr außer den bisherigen Theatern auch noch das Kleine Theater, die Kammerspiele und das Metropol-Theater fest hinzugepacket. Die Nachstunme beträgt jährlich annähernd eine halbe Million Mark. — Im Metropol-Theater wird besonders das Lustspiel und die Gesangsposse eines Raimund, Nestor usw. gepflegt werden. — Weiter sollen allwöchentlich Konzerte veranstaltet werden, in denen besonders die Kammermusik gepflegt werden soll. — Die Lesegende sollen fortgesetzt und durch Abende, die der bildenden Kunst gewidmet sind, erweitert werden.

Bei Dank der Fall ist. Aber der Verallgemeinerung des Abgeordneten Häusler muß ich widersprechen. Die Mehrzahl der Kasinos sind durchaus einfach (Sehr richtig! rechts). Wo sie etwas luxuriöser eingerichtet sind, beruht dies meist auf Besuchen früherer Offiziere. — Häusler hat Herr Häusler von losbaren Besuchen an scheidende Vorgesetzte gesprochen. Solche Besuche sind wohl überall üblich; aber gerade bei der Armee sind sie meist sehr einfach. — Ferner sprach er vom Repräsentieren. Ein Repräsentieren über das Einkommen hinaus ist eigentlich eine Dummheit. Eine Notwendigkeit, das zu tun, liegt für keinen Menschen in der Armee vor. (Hört! hört! rechts. Zuruf im Zentrum.) Der kommandierende General muß selbstverständlich Gesellschaften geben, ich spreche hier von Untergebenen, welche Vorgesetzte einladen sollen. Deshalb war es nicht schön von Herrn Häusler, zu sagen: Repräsentation ist notwendig, um Karriere zu machen. Wäre das der Fall, so wären wir heruntergekommen.

Herr Häusler sagte, es seien Unterabteilungen ganzer Wagnisungen vorgekommen. Ich kenne solche Fälle nicht. Wenn man solche für die Armee beleidigenden Anklagen ausspricht, so sollte man auch sagen: da und da ist es vorgekommen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Herr Häusler und Herr Müller-Meinungen haben auch beanstandet, daß die Qualifikationsberichte geheim sind. Es scheint mir, daß vor allem, was geheim ist, eine eigene Scheu vorliegt. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Aber ohne vertrauliche Behandlung mancher Dinge kommt man im praktischen Leben nicht aus. Unter besonderen Verhältnissen kann der Inhalt der Qualifikationsberichte auch dem Offizier mitgeteilt werden, wenn er seine Stellung nicht mehr erfüllen kann. Da hätte mein Oberst einen lockeren Leutnant. Er liest ihm seinen Qualifikationsbericht vor. Was sagen Sie mir? fragt er. Nun, dieser Leutnant war ein Mann von Selbstkenntnis. Herr Oberst, sagte er, ich hätte gedacht, er wäre noch schlechter. (Stürmische Heiterkeit.) Solche Selbstkenntnis aber ist selten. Und nun wird gefordert, der einzelne soll sich über den Qualifikationsbericht beschweren dürfen. Ich weiß nicht, wie das gemacht werden soll. Es ist ja ganz undenkbar, daß über diese Qualifikationsberichte im Offizierskorps gesprochen werden könnte. Damit würde nur Unruhe und Disziplinlosigkeit im Offizierskorps entstehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wären die Qualifikationsberichte veröffentlicht, so würde die Folge sein, daß neben diesen öffentlichen Qualifikationsberichten noch andere besprochen würden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Oberst würde eben gefragt werden, Sie haben den Offizier ja sehr schön qualifiziert. Aber wie ist er denn eigentlich? (Weiterheit und Hört! hört!) Ich erinnere Sie an die Vorgänge in einem Nachbarlande. Da wurden die Qualifikationsberichte nicht von den Vorgesetzten, sondern von ganz anderen Leuten erstattet. Die Offiziere wurden beurteilt nach ihrer religiösen und politischen Meinung. (Hört! hört! rechts.) Erst der neue Kriegsminister entdeckte den Stein der Weisen und sagte: Ich will die Offiziere nach ihrer dienstlichen Qualifikation anstellen. Diesen Stein der Weisen haben wir seit hundert Jahren in Preußen. (Unruhe links.)

Herr Müller-Meinungen hat die kanakrechtliche Stellung des Kriegsministers besprochen. Ich bin hier als Bundesratsbevollmächtigter. Ich bin nicht der Vertreter des Reichskanzlers und nicht ein Untergeordneter, ich bin nur in Staatsfragen auf ihn angewiesen. Das beruht eben auf unseren bundesstaatlichen Einrichtungen, und daran wird sich nicht gut etwas ändern lassen. Nun meinte Herr Müller-Meinungen, es wäre schlimm, wenn sich die kommandierenden Generale direkt an den Chef des Militärkabinetts wendeten, ich hätte dann gar nichts mehr zu sagen. Nun, es ist noch nicht vorgekommen, daß irgend ein kommandierender General gegen das Kriegsministerium als die höchste Verwaltungsstelle remontriert hätte. Wenn aber ein kommandierender General remontriert, dann wendet er sich nicht an den Chef des Militärkabinetts, sondern an den König von Preußen. (Rufe links: Das ist ja das selbe!) Nein, es ist nicht das selbe. Wenn aber Herr Müller-Meinungen das bedenklich findet, dann muß er den König von Preußen als Kriegsherrn ausscheiden. (Unruhe bei den Freisinnigen. Bravo! rechts.)

Was die Frage der Berücksichtigung des Adels anlangt, so haben in der Tat gewisse Garnisonen und Regimenter begonnen, nur oblige Aspiranten anzunehmen. (Hört! hört! links.) Ich bin damit in keiner Weise einverstanden. Hier muß Hilfe geschaffen werden. (Bravo! links.) Es würde nur zum Schaden der Armee gereichen, wenn man Regimenter erster und zweiter Klasse aufkommen lassen wollte. Die Regimentskommandeure sollten nicht vergessen, was die bürgerlichen Offiziere ihrer Regimenter vor dem Feinde geleistet haben; ihr Verhalten paßt nicht in die allgemeine Wehrpflicht. Gewiß ist die Geschichte der preussischen Armee auch die Geschichte des Adels, der Gut und Blut für das Vaterland geopfert hat. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Ja, ja!) Diese Geschlechter sind auch heute noch die Querschnitte tüchtigen Offiziersberufes. Aber sie wollen gar nicht, daß das bürgerliche Element zuzugedrängt wird. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Abg. v. Oberstein [L.]: Sehr wahr!) Es ist jedenfalls nicht wahr, daß der Adel beim Advancement bevorzugt wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das muß ich besser wissen. — Ich hoffe, daß der Abg. Müller-Meinungen die Behauptung zurücknimmt, daß die sogenannten leichteren Abteilungen im Generallstab den Adligen vorbehalten, die schwereren den Bürgerlichen überlassen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts. Rufe links: Nein!) Man darf doch nicht täuscht mit bürgerlich, untüchtig mit adelig gleichstellen. — Wenn man unter den Generalen wenig bürgerliche Namen findet, so kommt das daher, daß tüchtige Offiziere vielfach geädelt werden. Nicht der Adel wird bevorzugt, sondern tüchtigen bürgerlichen Offizieren verleiht die Gnade Sr. Majestät den Adel. (Bravo! rechts.)

Nun zum Militärkabinetts.

Die verfassungsmäßig gegengezeichnete allerhöchste Kabinettsorder vom 18. Januar 1861 befreit die Ernennung, Veretzung und Verabschiedung der Offiziere, als Ausfluß der Kommandogewalt, von der Gegenzeichnung. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Kabinettsorder kann nicht bestritten werden. In die Reichsverfassung ist die Kommandogewalt des preussischen Königs im vollen Umfang übernommen worden. Gewiß engen die Militärkonventionen mit den übrigen Bundesstaaten und das verfassungsmäßige Vorderecht des Reichstags die unumschränkte Verfügung des Kaisers über die Armee ein; aber die unmittelbare Kommandogewalt wird dadurch nicht betroffen und Ernennung, Veretzung und Verabschiedung der Offiziere stehen aus ihr. Das Kriegsministerium und der Generalstab, zu dem der Weg durch die Kriegsakademie erfolgt, sind durchaus in der Lage, die Auswahl und Verwendung der Offiziere zu bestimmen. Von Willkür und von der Abhängigkeit der Offiziere vom Militärkabinetts zu sprechen, scheint mir also eine große Uebertreibung.

Es soll nicht geleugnet werden, daß der Kriegsminister einmal mit dem Chef des Militärkabinetts Differenzen haben kann. Solche Differenzen kann er aber auch mit dem Chef des Generalstabes oder mit einem anderen General haben. Die Entscheidung muß dann natürlich bei Sr. Majestät liegen. In meiner Zeit hat das Militärkabinetts nie in mein Ressort eingegriffen. Ich habe z. B. mit meinem verstorbenen Freund, dem Chef des Militärkabinetts, Grafen Salscher, in voller Harmonie gearbeitet.

Es ist hier sehr viel Kritik an unserer Armee geübt worden. Aber im Kerne ist unser Heer gesund und tüchtig, und unsere Nation hat allen Grund, stolz auf sie zu sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Im Schatten unseres zahlreichen Heeres kann der Staatsbürger den Beschäftigungen des Friedens nachgehen. (Lebhafte Verfall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stücken (Soj.): (Die ersten Ausführungen gehen in der Unruhe des Hauses verloren.) Als der Reichstag im vorigen Jahre eine Resolution annahm,

in welcher der Kriegsminister um eine Denkschrift für die Dienstzeit der Kavallerie ersucht wurde, hatten wir keinen Zweifel darüber, wie sie ausfallen würde. Heute liegt sie vor, und der Kriegsminister stellt sich auf den Standpunkt, daß die zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie nicht möglich ist. Wir fürchten, daß er sie als Kompensationsobjekt für die nächste Militärvorlage haben will. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister hat erklärt, die Heeresverwaltung habe ein großes Interesse an der körperlichen

Ausbildung der Jugend.

Ich weiß nicht, wie sich dieses Interesse betätigt, aber das weiß ich, daß man den Arbeitervereinen jede mögliche Schwierigkeit bereitet und daß man einen Fußballklub vom Tempelhofer Felde verjagt hat, weil unter seinen Mitgliedern Sozialdemokraten waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es hat mich gewundert, daß der Kriegsminister bestritt, daß in den Offizierskasinos großer Luxus getrieben werde. Es liegen doch eine Reihe von Publikationen — namentlich auch von früheren Offizieren — vor, die auf diesen Luxus hinweisen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als einzelne Fälle im vorigen Jahre vorgebracht wurden, sagte er, er wisse von diesen Fällen nichts, und späterhin stellte sich heraus, daß sie auf Wahrheit beruhen. Wenn er auch heute sagt, daß er von diesem Luxus nichts weiß, so ist das also kein Beweis, daß der Luxus nicht statt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter sagte der Kriegsminister, es scheine eine Scheu vor allem, was geheim ist, zu bestehen. Wir begreifen diese Scheu, es könnten dort im geheimen Urteile gefällt werden, von denen der einzelne Offizier nichts wisse und von denen seine wirtschaftliche Existenz abhängt, weil der Vorgesetzte es völlig in der Hand hat, ihn so zu qualifizieren, daß er zur Beförderung nicht geeignet ist. Es ist kein Zweifel, daß durch diese geheimen Qualifikationsberichte der Ehrfurcht und der Willkür Tür und Tor geöffnet ist und daß Schikane und Willkür auch ausgeübt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat hier ein nettes Verständnis gemacht. Er sagte, wenn diese geheimen Berichte brisant werden, so würde man genötigt sein, neben der öffentlichen Liste noch eine geheime zu führen. Das läuft auf eine Spitzelerei beim Heere hinaus. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Kriegsminister ist auch auf

die Frage der Bevorzugung des Adels in der Armee eingegangen. Indem er sagte, mit den rein adeligen Regimentern solle gebrochen werden, hat er zugegeben, daß Regimenter mit rein adeligen Offizieren bestehen. Wenn er aber bestritt, daß der Adel bevorzugt wird, so ist das nicht richtig. Genau wie beim auswärtigen Amt herrscht auch bei der Armee eine Bevorzugung des Adels. Dabei finden wir in den bevorzugten Regimentern eine Anzahl von Prinzen, die durch ihre Repräsentationspflichten während eines großen Teiles des Jahres dem Dienste entzogen werden. Ein solches Regiment kann sicherlich nicht schlafertüchtiger sein als eins mit einem bürgerlichen Offizierskorps. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Merkwürdig ist eins: Der Adel verschwindet desto mehr, je näher die Regimenter an der Grenze und in kleinen Garnisonen liegen. Wir finden den Adel hauptsächlich in den großen Städten. Es ist ja auch Tatsache, daß die Verlegung eines Offiziers aus der Garde in ein Infanterieregiment in Offizierskreisen als Strafe angesehen wird. Wenn aber ein Adliger seine Verlegung in ein stark bürgerliches Offizierskorps als Strafe empfindet, so beweist das, daß wir eben zwei Arten von Offizieren

haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den teutonischen Truppen ist der Adel außerordentlich schwach vertreten. Da müssen die Offiziere allerdings sehr viele Kenntnisse haben, sehr fleißig sein und viel arbeiten. Und das mag zu den Gemüthsheiten des Adels nicht passen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls ist es Tatsache, daß bei den Infanterieregimentern in Berlin sehr viele Adlige sind, bei den technischen Truppen sehr wenige. Der Kriegsminister sagte, bei der Beförderung ist nur die Fähigkeit maßgebend, niemals die adeliche Abstammung. Ich habe hier eine Liste, welche zeigt, daß der Adel und die Bürgerlichen sich bis zum Major etwa die Waage halten, während dann der Adel überwiegt. Es sind

bei der Infanterie 1852 adlige, 2949 bürgerliche Leutnants, 631 adlige, 1467 bürgerliche Oberleutnants, 945 adlige, 1542 bürgerliche Hauptleute, 501 adlige, 512 bürgerliche Majore, 109 adlige, 105 bürgerliche Oberstenleutnants, 139 adlige und nur 65 bürgerliche Obersten, 75 adlige und 31 bürgerliche Generalmajore, 44 adlige, 7 bürgerliche Generalleutnants, 30 adlige und 8 bürgerliche Generale der Infanterie, 1 Generaloberst und 1 Generalfeldmarschall, die beide dem hohen Adel angehören.

Es ist doch auffallend, daß die bürgerlichen Offiziere es nicht über den Major hinausbringen; sie bekommen den blauen Beif, wenn sie bis zum Major kommen. Will man etwa behaupten, daß der adeliche Offizier tüchtiger ist als der bürgerliche? Die Geschichte lehrt gerade das Gegenteil. (Lebhafte Zustimmung links.) Wichtig ist allerdings, daß ein bürgerlicher Offizier, wenn er es zum General bringt, absteigt wird, und die bürgerliche Presse berichtet dann, er sei in den Adelsstand erhoben, und merkt gar nicht, wie sehr sie sich selbst damit ironisiert. Wir erblicken in der Adelsklasse keine besondere Klasse, die besondere Rechte zu verlangen hat. (Lebhafte Verfall links.) Wenn der Kriegsminister ebenso wie im vorigen Jahre Herr v. Odenburg-Jamisch an ein Loblied auf den Adel geschlagen hat, der alles dem Vaterlande geopfert, so müssen wir doch fragen: Hat denn der Adel allein die Schlachten geschlagen und die Soldaten dazu nicht gebraucht? Wir wenden uns gegen diese Hervorhebung des Adels im Gegenlag zu dem Bürgertum, das sein Blut auch auf dem Schlachtfeld hat lassen müssen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn der Kriegsminister sagt, daß er den Adel nicht bevorzugt, so mag das zutreffen, weil die Beförderungen gar nicht seine Sache sind, sondern Sache des Militärkabinetts. Wenn er sagt, das Militärkabinetts sei außerordentlich zurückhaltend und bescheiden, so lagen Kenner der Verhältnisse etwas ganz anderes: sie behaupten, daß

das Militärkabinetts eine Art militärischer Nebenregierung sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat in die Privatverhältnisse gar nicht hineinzureden. Nicht er entscheidet über die Beförderungen und Verabschiedungen, sondern das Militärkabinetts. Aber er ist dem Reichstag für alle Maßnahmen der Verwaltung, auch für die des Militärkabinetts verantwortlich, und hat hier etwas zu verantworten, wofür er eigentlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Wir fragen, daß der Pensionsfonds von Jahr zu Jahr größer wird. Das ist wesentlich auf die Tätigkeit des Militärkabinetts zurückzuführen. Nach den großen Herbstmandaten werden regelmäßig eine ganze Anzahl von Offizieren, die noch acht Tage vorher völlig gesund waren, auf Befehl von oben von einer „Krankheit“ befallen und müssen in den Ruhestand treten. Die trogende Gesundheit mancher dieser Herren möchte man einem arbeitenden Proletarier wünschen, der zur Pension beitragen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In neuester Zeit sind die verabschiedeten Offiziere offenbar auch zum Kampf gegen die Sozialdemokratie gerufen. Heberall findet man an der Spitze von solchen Vereinen verabschiedete Offiziere, die ihre Tätigkeit gegen den Teil der Bevölkerung richten, der bei der Verteuerung der Lebensmittel ihre Pension mit aufbringen muß. Besonders nobel ist das gerade nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit dem gegenwärtigen System der Pensionierung muß gebrochen werden. Der Offizier, der sich zur Beförderung nicht eignet, muß an seiner Stelle bleiben, solange er gesund ist. Ein Arbeiter kann sich auch nicht pensionieren lassen, weil ein jüngerer Arbeiter Werkmeister wird, und kein Privatbeamter kann pensioniert werden, weil etwa sein jüngerer Kollege Vorendel geworden ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Militärkabinetts ist auch an den massenhaften

Versetzungen schuld, bei denen ebenfalls mit dem Gelde der Steuerzahler sehr leicht umgegangen wird. So ist ein Infanterieoberst, als er

General wurde, von Reife nach Stenßburg versetzt, obwohl auch in Reife die Stelle des Brigadegenerals frei wurde! Dorthin kam ein Offizier aus Trier. Soll das etwa einen Einfluß auf die Schlagsfertigkeit der Armee ausüben? Gerade hier wäre bei den großen Kosten, mit denen die Umzüge verbunden sind, Sparsamkeit doppelt notwendig. Die „Germania“ hat leghin den Fall eines Offiziers veröffentlicht, der 1884 in Berlin bei einem Garderegiment eintrat, 1897 in ein Gebatillon kam, wo er bis auf die Stiefel neue Ausrüstung brauchte. Wenige Jahre später kam er nach Hamburg, 1902 kam er in ein Kavallerieregiment, und zwar ein Ulanenregiment, wo er wieder neue Ausrüstung brauchte. Dann kam er als Dragoner nach Gießen, brauchte also nochmals neue Ausrüstung. Dann ging er nach Ostafien, wozu er wieder neue Ausrüstung brauchte. Nach der Rückkehr wurde er blauer Husar in Mainz, dann wurde er grüner Husar in Stendal und schließlich Arefelder Lanzhusar. (Heiterkeit.) So hat er

in wenigen Jahren annähernd 30 000 M. für Uniformen ausgeben müssen.

Das ist des Guten doch wohl zuviel.

Gestern haben wir aus Zentrumskreisen eine außerordentlich interessante Rede gehört. Der frühere General Häusler ist jedenfalls ein genauer Kenner des Militarismus. Wir unterzeichnen vor allem seine Ausführungen über den Drill, dem die Soldaten unterworfen sind. Freilich erschienen sofort zwei andere Kollegen, die kräftig gegen ihn Stellung nahmen: Herr v. Liebert und Graf Oriola. Wäre es mit Redensarten getan, so hätte Graf Oriola einen glänzenden Sieg über Herrn Häusler davongetragen. Aber Herr Häusler braucht es nicht tragisch zu nehmen, daß man ihm vorwarf, er ziehe mit Weibel an einem Stränge. Er befindet sich da in sehr guter Gesellschaft, jedenfalls in besserer, als in der des Modoliberalismus. Vor Jahren schon hat Weibel darauf hingewiesen, wie in der Zeit des rauhlosen Pulvers möglichst einfache Uniformen notwendig sind. Damals lächelte man am Bundesratsische überlegen. Heute ist aber für den Ernstfall die Uniform eingeführt, die Weibel damals forderte. Vielmehr geht die Militärverwaltung noch auf mehr sozialdemokratische Vorschläge ein, man kann ja nie auslernen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete v. Ufern hat heute schon wieder Anträge auf Wiederherstellung gestrichener Positionen angekündigt. Das ist ja der Jammer: Wenn einmal die Kommission Abstriche vornimmt, kommt das Plenum und beseitigt sie wieder! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann bezeugen, daß das Zentrum viele Abstriche in der Kommission beantragt hat. Wir haben es dabei unterkühlt, aber die anderen Parteien liegen es im Stich. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Und schließlich: Wenn wirklich einmal auch das Plenum Abstriche vornimmt, so werden die gestrichenen Summen doch veranlagt und erscheinen dann als Staatsüberschreitungen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten nehmen eine andere Stellung gegenüber dem Militarismus ein. Nicht um einzelne Positionen handelt es sich für uns; wir sehen den ganzen Militarismus ab, weil wir Gegner des ganzen Militarismus sind. Und wir sind Gegner des Militarismus, weil wir ihn für verhängnisvoll für unsere Nation halten. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese unsere Auffassung hat neuerdings eine bedeutsame Bestätigung erfahren von einer gewiß unverdächtigten Seite. Es handelt sich um

die Neujahrsansprache des Kaisers an die kommandierenden Generale.

Es kam bekanntlich nachher heraus, daß es sich nicht um eine Rede, sondern um die Verlesung eines Artikels des Grafen Salschens handelte. Offenlich hat das Kriegsministerium diesen Artikel geleitet — oder werden auch dort, wie anderswo, solche Artikel von einem Geheimrat zum anderen geschoben? (Weiterheit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Graf Salschen gibt in dem Artikel unserer stets verirrten Auffassung recht, daß der Krieg von 1870/71 die Ursache des latenten Kriegszustandes gewesen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland hat das System des Wehrrüstens über Europa gebracht! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hinterdrein kommt dann im Schließensartikel eine Schwarzmalerei, deren augenscheinlicher Zweck ist, Stimmung für eine neue Heeresvorlage zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach unwiderprohener Zeitungsnachrichten soll damals ein kommandierender General die beachtenswerte Aeußerung getan haben, daß der Kaiser sich auf die Armee unter allen Umständen verlassen könne! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was ist das anderes als eine Anspielung auf die Vorgänge im Oktober vorigen Jahres? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Solche Aeußerungen sind

eine Provokation der großen Mehrheit des Volkes, und nur dazu angetan, die tiefe Kluft zwischen Armee und Nation noch mehr zu vertiefen. (Sehr wahr! und lebhaft Zustimmung links.) Von bürgerlicher Seite wird eine Einschränkung der Ehrengerichte verlangt. Wir verlangen nicht eine Einschränkung, sondern eine

Ab Abschaffung der Ehrengerichte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von der verhängnisvollen Wirkung der Ehrengerichte haben wir neuerdings mehrere Beispiele erlebt. Ich erinnere an den

Fall des Leutnants v. Bismarck, der in der Straßenbahn einen Zusammenstoß mit einem Bildhauer hatte. Wenn der Leutnant v. Bismarck den Bildhauer niedergedrückt hätte, so wäre ihm die vorläufige Dienstentlassung erspart worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere ferner an den außerordentlich tragisch verlaufenen

Fall des Bürgermeisters Dieterici im Altenburgschen: Der Bürgermeister, der Reserveoffizier ist, hatte einen anderen Reserveoffizier, der sich ungebührlich benommen hatte, vom Rathaus gesehen und dann eine Forderung verständigerweise abgelehnt. Es fand sich irgend ein Offizier, der den Denunzianten machte. (Hört! links.) Der Bürgermeister Dieterici wurde aus dem Reserveoffiziersstande ausgestoßen und durch Zurücksetzungen in den Tod getrieben. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Der vom Rathaus gewiesene Offizier wurde ja auch zur Entlassung genötigt, aber der Denunziant trägt noch heute meines Wissens den angeblich vornehmsten Mod. (Sehr gut! und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In dramatischen Militärgerichtsverurteilen hat es in der letzten Zeit keineswegs gefehlt. Vor allem hat sich wieder die Notwendigkeit gezeigt, mit der albernem Bestimmung zu brechen, daß Reservisten während des ganzen Tages, an dem die Kontrollversammlung stattfindet, unter dem Militärrecht stehen. In Würzburg geraten beim Rückweg von der Kontrollversammlung ein Bauer und sein Knecht in Streit; es trifft sich zufällig, daß der Knecht der militärische Vorgesetzte des Bauers war. Zu Hause versetzte der Bauer dem Knecht einen Stoß. Er wurde dafür vor das Kriegsgericht zitiert! (Hört! hört! links.) Das Kriegsgericht erklärte sich allerdings verständigerweise für unzuständig, aber das Reichsmilitärgericht hob dies verhängende Urteil auf! (Lebhafte Hört! hört! links.) Ich selbst habe einmal ein interessantes Exempel angestellt. Ich zog, als ich zur Kontrollversammlung beobachtet wurde, vorher bei allen Instanzen Erkundigungen ein, ob ich an dem Tage — selbstredend nach Schluß der Kontrollversammlung — meinem Verufe als Redakteur obliegen könne. Schließlich wurde mir die salomonische Entscheidung zuteil, ich könne an jenem Tage schreiben, was ich wolle, aber was ich geschrieben, siehe dann unter der Militärgerichtsbarkeit! (Schallende Heiterkeit.)

Fortgesetzt werden Soldaten zu Beschäftigungen verwendet, die mit der militärischen Ausbildung nicht das geringste zu tun haben. Da benutzt man Soldaten, um Wege durch Wälder zu hauen, als ob es keine Waldarbeiter gäbe; da verwendet man vom Stargarder Infanterieregiment 70 Soldaten als Treider! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Offiziere scheinen viele überflüssige Zeit zu haben. Ich las neulich, daß zwei Offiziere als Borträger verwendet

worden. (Schallende Heiterkeit.) Gehört es auch zum militärischen Dienst, daß Offiziere Lanzmeister spielen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe u. Abg. v. Bergen (Sp.) Soldaten werden als Rekruten in Offizierskasernen kommandiert. Und das ist gerade ein martialischer Anblick, wenn Soldaten, mit Hantelrücken bewaffnet, Einkäufe auf dem Markte für Offiziersfamilien besorgen, wird man auch nicht behaupten wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Daß Soldaten während des ganzen zweiten Dienstjahres als Offiziersburken verwannt werden, zeigt, wie leicht man mit der einjährigen Dienstzeit auskommen konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme jetzt zu dem wichtigen Kapitel der:

Soldatenmishandlungen.

(Aha! und amortisierte Lauten rechts.) Als wir in früheren Jahren der parlamentarischen Weisheitslehre wegen und weil wir ein gewisses Zutrauen zur Regierung hatten, daß sie den Mishandlungen energisch entgegenzutreten werde, unser Material über die Mishandlungsfälle nicht vorbrachten, behauptet Herr v. Oldenburg schlanke, wir besäßen kein Material. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ah, Herr v. Oldenburg, wir besitzen genügend Material, und zwar solches, das wir ausschließlich aus militärstammigen Blättern entnommen haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können auch leider nicht umhin, unseren großen Glauben an die energische Bekämpfung der Soldatenmishandlung seitens der höheren Kommandostellen bedeutend einzuschränken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Viel Schuld trägt der Mangel wirklicher Beziehungen zwischen Offizieren und Mannschaft. Dadurch bleiben zahlreiche Uebertretungen der Unteroffiziere den Kompagnieführern unbekannt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Im Gegensatz zu den drakonischen Urteilen gegen Untergebene sind die Urteile gegen die Soldatenführer sehr milde. In Düsseldorf wird ein Soldat zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis und zur Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt, weil er in der Kantine über den Durst getrunken und den Unteroffizier mit dem Schmel geworfen hat. Sein Verhalten ist gewiß nicht zu billigen, aber die Strafe ist zu hoch. Das Kriegsgericht in Magdeburg verurteilte einen Soldaten zu drei Jahren Gefängnis, weil er einen Unteroffizier auf der Straße gestoßen hat.

Sehen wir nun zu, wie Soldatenmishandlungen „gestraft“ werden: In Koblenz hat ein Unteroffizier der Telegraphenbatterie Nr. 3 seine Untergebenen fortgesetzt mishandelt. Sie mußten z. B.

200 mal hintereinander aufspringen;

er ließ ihnen keine Zeit, zu essen;

vor dem schlafenden Ofen mußten sie den Schmel frecken, bis sie zusammenbrachen.

Das hat er so

monatelang

getrieben, und erst als ein Soldat dienstuntauglich wurde, kam die Sache heraus. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte gegen den Soldatenführer sechs Monate Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten und ließ ihm die Vorkell! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er bleibt also Vorgesetzter und kann die Schänderei fortsetzen. Ein Unteroffizier im 51. Infanterie-Regiment in Breslau wird zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt. Er hatte einen Soldaten so mit dem Säbel an den Unterleib gestoßen, daß er erkrankte. Anders wird es erst werden, wenn die Militärbehörde jeden Vorgesetzten, der sich an seinen Untergebenen vergreift, als schuldig behandelt, wie er es verdient. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch einige Worte zu dem

„Kampf gegen den inneren Feind“

der der Armee bekanntlich auch obliegt. Wir haben die unschätzbare Ehre, dieser innere Feind zu sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Freilich ist es ein ungeheurer Widerstand, daß das Volk, welches die Rekruten stellt, welches die Kosten des Militarismus zum größten Teil in der Form indirekter Steuern trägt, als innerer Feind gilt. (Lärm rechts.) Der Herr Kriegsminister hat schon früher einmal gesagt, daß ein Sozialdemokrat nicht zum Unteroffizier befördert wird. Die Sozialdemokratie im Heere daß ihm überhaupt nicht; er will lieber gottesfürchtige Soldaten haben. Seine Absichten sind auch in die Praxis übertragen worden. Kein Soldat wird befördert, von dem bekannt ist, daß er vorher einer freien Gewerkschaft oder gar einem sozialdemokratischen Verein angehört hat. Die Bezirkskommandos schreiben an die Heimatbehörden und erkundigen sich eifrig. So hat sich das Bezirkskommando in Aostibus bei der Heimatbehörde erkundigt, ob ein Gefreiter des Beurlaubtenstandes, der nach der Uebung zum Unteroffizier befördert werden sollte, auch die rechte Anhängerschaft besitze. Die Heimatbehörde erwiderte, Nachteiliges sei über den Betreffenden nicht bekannt, er sei nicht bestraft, aber er sei Anhänger der Sozialdemokratie, so daß ihm die künftige Beförderung abgelehnt. (Sehr wahr! rechts.) Nun, Vaterlandsliebe ist etwas ganz anderes als Anhängerschaft. Jeder Sozialdemokrat, der Soldat wird, muß sich also damit abfinden, daß er die erste Stufe zum Feldmarschall nicht erreicht, daß er nicht Gefreiter wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Darüber sind wir freilich weit hinaus. Was Sie aber nicht verhindern können, das ist, daß die Zahl der sozialdemokratischen Soldaten von Jahr zu Jahr mit dem Wachstum der Industrie steigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und was wir an Aufklärungsarbeit unter den jungen Leuten leisten können, haben wir getan und werden wir tun. Nur ein Weg ist für Sie aus der Soldateska vorhanden: Sie brauchen bloß zu bestimmen, jeder Sozialdemokrat ist vom Dienst mit der Waffe befreit. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) und Sie sollten staunen, wie viele Sozialdemokraten mit einem Male da wären. Leute aus den allerbesten Kreisen würden, wenn sie für tauglich befunden wären, sofort erklären: Ja, aber wir sind Sozialdemokraten! (Große Heiterkeit.) Die Heeresverwaltung muß sich nun einmal mit der Tatsache abfinden, daß das Heer in steigendem Maße sozialdemokratisch durchsetzt wird. Wir treiben keine Organisation in der Kaserne, wir haben die antimilitaristische Organisation nach französischem Muster abgelehnt; wir sagen unseren jungen Leuten: Seid vorsichtig! Denn wir wissen, daß jeder in der Regimentsliste ein rotes Kreuz bekommt, der als Sozialdemokrat gilt. Eine Anzahl Bekannter von mir sind mit diesem roten Kreuz dekoriert worden. (Heiterkeit.) und sie haben den Vorteil davon gehabt, daß sie außerordentlich vorsichtig behandelt worden sind, daß man sie vor allem nicht geprügelt hat! (Heiterkeit.) Wenn wir auch keine Organisation in der Kaserne treiben, so können Sie uns doch nicht daran hindern, daß wir mit allen Kräften dafür sorgen, daß die jungen Leute Sozialdemokraten sind, bevor sie Soldaten sind! Sehen diese dann, wie man in der Kaserne behandelt wird, so werden sie wahrlich niemals mehr Nationalliberale werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Jetzt werden in der Kaserne Vorträge über die Sozialdemokratie von Leuten gehalten, die keine Meinung von der Sozialdemokratie haben. Damit tragen Sie selber die Agitation in die Kaserne. Man macht die Rekruten erst neugierig und veranlaßt sie, ihre Kameraden zu fragen, was denn eigentlich diese verhaßte Partei will. So erreichen Sie das Gegenteil von dem, was Sie beabsichtigen. Jedenfalls wird das Heer in dem Maße, als es mit Sozialdemokraten durchsetzt wird, immer weniger aktionsfähig gegen den inneren Feind. Man wird den Leuten nicht mehr zumuten können, auf Vater und Mutter zu schießen, was sich — nebenbei bemerkt — immer so ausgezeichnet m: den „christlichen Grundgesetzen“ verträgt. Erwarten Sie doch, daß wir immer den Heeresetat ablehnen. Ist das nicht menschlich begreiflich? Sollen wir die Kisten bewilligen, mit denen auf uns geschossen wird? Woher würden die Eindrücke auf das Ausland machen, wenn fortwährend von dem „inneren Feind“ gesprochen wird, der das eigene Volk ist? Ruch da nicht der Gedanke entstehen, Deutschland sei am Rande der Anarchie und innerlich nicht so gefestigt, um den Gefahren einer schwierigen Situation zu trotzen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Militarismus betreibt den Vorkott gegen Gastwirte und Barbieren, wenn sie Sozialdemokraten sind. Ja, selbst dann, wenn diese nur auf Wunsch ihrer Kundschaf sozialdemokratische Zeitungen ausgeben, Gerade die Mittelparteier sollten sich gegen diesen Vorkott wenden, der nicht uns, sondern ihre eigenen Mittelschänder schlägt.

Der Militarismus fördert:

die Kriegervereine

und damit politische Organisationen, die reaktionäre Wahlgruppen darstellen. Beim Kriegervereinsverbandtag in Altenburg war General Wachs angeblich im Auftrage des Kriegsministers anwesend! Wir fragen, ob er tatsächlich im amtlichen Auftrage an den Verhandlungen teilgenommen hat. Jedenfalls stellt die amtliche Förderung der Kriegervereine

eine politische Agitation dar, die in die Kaserne getragen wird. Wir sind mit anderen Gegnern fertig geworden und werden auch mit den Kriegervereinen fertig werden. Jüngst hat der Kriegervereinsverband verlangt, daß den Kriegervereinen von der Heeresverwaltung Gewehre zur Verfügung gestellt würden! Na, dann sollte die Verwaltung schon lieber jedem, der ein Gewehr will, eins zur Verfügung stellen. (Heiterkeit.) Dann hätten wir eine Volksbewaffnung wie in der Schweiz. Aber vielleicht bestehen gewisse Bedenken. Man traut wohl dem Landfrieden oder uns nicht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Man wirft uns ja vor, wir seien eine vaterlandslose Partei. Nun, wir kämpfen ehrlich für den Frieden, das stehende Heer aber ist eine fortwährende Friedensgefährdung. Wenn man eine Waffe zur Hand hat, die man jeden Augenblick anwenden kann, dann wächst die Konfliktsgefahr. Vorhin ist erst wieder erklärt worden, man wolle alles tun, um den Frieden zu sichern. Trotzdem hören wir alle paar Monate, wie hätten nahe vor einem Kriege gestanden. Glauben Sie, daß die Arbeiter irgendeines Kulturstaates daran interessiert sind, über ein anderes Volk herzufallen? Die Völker haben nie Krieg geführt. Die Kriege sind stets geführt worden aus dynastischem Interesse oder im Interesse der bestehenden Klassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So wie wir, denken die Arbeiter aller Militärstaaten: sie sehen im Kriege ein entsetzliches Unglück. Wenn die Völker die Entscheidung über den Krieg hätten, so gehörte er längst der Vergangenheit an. Was hat der französische Arbeiter für ein Interesse am Kriege? Unterliegt er nicht derselben Ausbeutung wie der deutsche Arbeiter? Führt er nicht denselben Kampf wie jener gegen die Unterdrückung durch Staat und Bourgeoisie? (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das arbeitende Volk hat nur einen Feind: das internationale Ausbeutertum, dessen vornehmste Stütze der Militarismus ist, das letzte Mittel gegen das eigene Volk, wenn alle anderen versagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie ist nirgendwo der Feind des Staates, soweit der geographische Begriff in Frage kommt; sie ist stets der Feind der herrschenden Klasse. Diese verfaßt die Verträge, wenn sie sagt, wir kämpfen gegen das Vaterland. Nicht den Staat als solchen, nein, die Gesellschaft, die in dem State herrscht, bekämpfen wir. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Für die arbeitende Klasse ist das Vaterland heute noch ein

Stiefvaterland

Wir trösten es für sie zu einem wirklichen Vaterland machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Man höhet uns, wir wollten, wenn der Krieg erklärt wird erst eine Volksabstimmung veranlassen, ob man sich wehren soll oder nicht. Wenn Deutschland angegriffen wird, dann ist es ganz selbstverständlich, daß es sich zur Wehr setzt. Für einen Angrißkrieg aber sind die Völker nicht zu haben, wenn bei ihnen die Entscheidung liegt. Wir wollen, daß

ein Volksherr, eine Volksherr an Stelle des stehenden Heeres

tritt. Sie stellen sich darunter wohl so eine Art von Schützenverein oder Landsturm vor? Damit bezeichnen Sie nur, daß Sie den Gedanken der Volksbewaffnung nicht begriffen haben. Können Sie erwarten, daß das Volk mit Freude und Liebe seine Schuldschuld tut, wenn es entredet wird, wenn es als innerer Feind behandelt wird? (Große Unruhe rechts.) Damit reizen Sie ihm jede Begeisterung aus dem Herzen. Wir kennen die Stimmung der Klasse genau. Es läge im Interesse der besitzenden Klasse, den Vogen nicht allgütig zu spannen. Wo steht denn eigentlich der äußere Feind, der Deutschland bedroht? Alle vier Wochen hören wir, wir leben mit aller Welt in Frieden. Händedrücke und Küsse werden getauscht und 14 Tage später mehr Soldaten verlangt! Da ist es wohl mit der Friedensliebe nicht gar so arg. Wer soll und aber eigentlich angreifen? Die Revancheseute in Frankreich, die jedes Jahr einmal Madou machen, sind genau so wenig ernst zu nehmen wie unsere Alldeutschen. Wenn es nach denen ginge, würden wir ja alle Augenblicke mit Gott und der Welt und in den Haaren liegen. Frankreich hat sich an den Zustand der Dinge gewöhnt. Nur Rußland käme noch in Frage. Vielleicht sucht die deutsche Bourgeoisie noch einmal in Rußland Hilfe bei den Kosaken, weil das eigene Volk zu unbotmäßig geworden ist! Daß aber Rußland jetzt an Krieg denkt, ist ganz ausgeschlossen. Die Bevölkerung Europas leidet unter den Lasten des Militarismus. Frankreich ist bereits am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Will Deutschland aus seiner Finanzalamität herauskommen, so ist das nur durch Ersparnisse beim Militarismus möglich. Wir müssen ein wirkliches Volksherr haben. (Zuruf des Abg. Graf Oriola.) Wenn der Kriegsminister einmal diese Notwendigkeit anerkennen würde, so wären Sie, Herr Graf Oriola, sofort davon überzeugt. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gambetta, der niemals Offizier war, kämpfte 1870 ein Volksherr aus dem Boden. (Zuruf: Es war schlecht genug bewaffnet!) Glauben Sie denn, wenn wir ein Volksherr haben, wollen wir es mit Hinterhänden andrücken? (Große Heiterkeit.) Ein Volksherr müßte die beste Bewaffnung haben, die es überhaupt gibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man aber den Paradedress beseitigt, so kommt man sicher mit einer weit kürzeren Ausbildungszeit aus. Wir verstehen uns nicht gerade auf 20 Wochen, auch über 40 würde man reden können. Aber darüber ist doch kein Zweifel, daß der gemeine Mann in einem Jahre vollständig ausgebildet werden kann, wenn die Söhne der besitzenden Klasse in einem Jahre so weit kommen, daß sie sogar als Vorgesetzte entlassen werden. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einem Volksherr gibt es natürlich keine glänzenden Uniformen, ebenso wenig würde man da das schneidige Offizierskorps brauchen können, das wir heute haben. Wenn man in einem Lande geordnete Zustände schafft, wenn man dafür sorgt, daß das Volk in seiner Entwicklung nicht aufgehalten wird, wenn man nicht alles davon seht, die Freiheit zu unterdrücken, sondern sie vielmehr entzückt, so wird ein solches Volk, wenn es angegriffen wird, sein Vaterland mit größter Begeisterung verteidigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Ueberzeugung, daß das Volksherr allein die Möglichkeit bietet, einen Angrißkrieg unmöglich zu machen und aus unserer Finanzlamie herauszukommen. Für das stehende Heer aber, das zur Anbelung des Volkes dienen soll, geben wir keinen Pfennig. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Abg. Hänsler (Z.), zur persönlichen Bemerkung: Der Kriegsminister begreife mein gestriges Verhalten als nicht schön, insofern ich gesagt haben soll: auch Vorgesetzten gegenüber sei eine Repräsentation nötig, um Karriere zu machen. Tatsächlich sagte ich: hier und da herrsche eine solche Anschauung, ohne daß ich sie mir zu eigen machte. Ferner soll ich gesagt haben, es seien ganze Wogenabungen unterworfen worden. Tatsächlich habe ich gesagt, die Kontrolle der Militärverwaltung biete keine Garantie dafür, daß solche Dinge nicht vorkommen. Aber daß sie vorgekommen sind, ist Tatsache.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 7 Uhr

Die erste Verschlechterung der Berggesetznovelle.

Am Dienstagabend hielt die Berggesetzkommission des preussischen Abgeordnetenhauses die dritte Sitzung ab. Zur Beratung kam zunächst folgender Antrag der Sozialdemokraten:

„Die Kommission möge beschließen: An Stelle der Bestimmungen in den §§ 80f und 80ia, soweit sie die Sicherheitsmänner betreffen, treten folgende Bestimmungen: Die Bergbetriebe werden in Kontrollbezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein aus der Mitte der beschäftigten Arbeiter gewählter Grubenkontrollleur bestellt. Die Bezirke dürfen nicht mehr als 2000 Mann Beschäftigte umfassen.“

Der Grubenkontrollleur hat die innerhalb seines Bezirkes gelegenen Gruben und Tagebauten sowie deren Nebenanlagen hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit der in ihnen beschäftigten Arbeiter zu kontrollieren und an den Untersuchungen über eingetretene Unfälle teilzunehmen. Die Heeresverwaltung hat den Grubenkontrollleur von dem Zeitpunkt der Unfalluntersuchung rechtzeitig Kenntnis zu geben.

Das Ergebnis seiner Befahrungen hat der Grubenkontrollleur unmittelbar nach Beendigung der Befahrung in ein von der Heeresverwaltung nach den Vorschriften des Oberbergamts zu beschaffendes Jahrbuch einzutragen und der Bergbehörde sofort Abschrift zu erteilen. Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken. Bei der Eintragung darf der Grubenkontrollleur nicht beaufsichtigt werden. Der Betriebsführer hat das Jahrbuch nach jeder Befahrung einzusehen, er ist befugt, seine Bemerkungen zu den Eintragungen zu machen.

Die Jahrbücher sind in einem den Belegschaftsmitgliedern jederzeit zugänglichen Raum zur Einsicht für die Belegschaftsmitglieder und die Bergbetriebsbeamten aufzulegen.

Die Wahl der Grubenkontrollleure ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundzügen der Verhältnismäßigkeit. Dabei kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten, die bis zu einem vom Arbeiterauschuß festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl einzulegen sind, beschränkt werden.

Wahlberechtigt ist jeder Volljährige, im Kontrollbezirke beschäftigte Arbeiter. Wählbar ist, wer 25 Jahre alt ist, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet, die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, 6 Jahre als Pauer und 1 Jahr auf der oder den Gruben des betreffenden Kontrollbezirkes tätig war, in dem er als Kontrollleur gewählt wird. Die Wahlperiode beträgt mindestens 1 und höchstens 3 Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Der Wahltermin ist 4 Wochen vor der Wahl vom Oberbergamt bekannt zu geben und die Bekanntmachung sofort durch Anschlag allen Wahlberechtigten zugänglich zu machen.

Die Grubenkontrollleure erhalten ihre Besoldung aus der Staatskasse.“

Zur Begründung führte der Antragsteller aus, daß dieser Modus der Einführung der Grubenkontrollleure den Absichten des letzten Bergarbeiterkongresses entspricht, an dem die polnischen und sibirisch-dunckerischen Bergarbeiterorganisationen teilgenommen haben. Auch die christliche Bergarbeiterorganisation habe auf dem Kongreß 1906 und der Delegiertenkonferenz 1908 mit den anderen Organisationen gemeinsam beschlossen: „Die Kosten für die Grubenkontrollleure trägt der Staat bezw. das Reich.“ Es ist also das Verlangen nach freigestellten, vom Staate, den Bergbetriebern und Arbeitern unabhängigen Kontrollleuren eine Forderung familiärer Vergütung. Die Abstufung der christlichen ist erst erfolgt nach Erscheinen der Vorlage. Die Freistellung der Kontrollleure sei notwendig wegen der sicher erfolgenden Wahrgelungen.

Vom Zentrum wurde erwidert, daß die Christlichen in einer Denkschrift im Jahre 1901 schon den Standpunkt von heute vertreten hätten. Wenn der Sicherheitsmann im Betriebe siche, habe er mehr Fühlung mit den Arbeitern. Das sind dieselben Motive, die der Minister zum Ausdruck gebracht hat. Der Minister fügte noch hinzu, daß der Zweck der Vorlage sei, Ruhe zu schaffen und ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen!

Hiergegen erklärte der sozialdemokratische Vertreter, daß er diese Zweck der Vorlage nicht verfolge, sondern nur den einen Zweck: Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Vom Zentrum-Bergarbeiterseite betonte man noch einmal recht lebhaft, daß sie mit dem Minister ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in erster Linie erstreben.

Der Antrag der Sozialdemokratie wurde mit offen gegen die sozialdemokratische Stimme abgelehnt.

Dann kam die Beratung des konservativen Vorschlags an die Reihe, der im Prinzip schon in der letzten Sitzung besprochen wurde und heute als Antrag vorlag. Der Antrag sieht vor eine Entsendung der Arbeiterauschüsse aus den Sicherheitsmännern und lautet in dem zur Debatte gestellten Teile:

„Zunächst unmittelbar, spätestens aber innerhalb 8 Tagen nach erfolgter Wahl der Sicherheitsmänner wählen die letzteren aus ihrer Mitte die Mitglieder des Arbeiterauschusses.“

Die Antragsteller führten aus, daß es ausgeschlossen sei, mit einem Arbeiterauschuß von 15 Mann gut zu arbeiten. Allerdings sei im Ruhrgebiet noch kein Sozialdemokrat in den Arbeiterauschuß gewählt; sie bezweifelten auch, daß eine positive Mitarbeit mit Sozialdemokraten möglich sei. Sie wollten zum Ausdruck bringen, daß die Betriebsräte auch das Recht haben, in den Arbeiterauschuß Mitglieder hineinzuwählen. Werden die Betriebsräte — was zweifellos der Fall sein wird — dazu über, ihrerseits Mitglieder zu ernennen, dann könnten 22 Auschusssmitglieder herauskommen. Das sei viel zu viel; mehr als 5 Mitglieder dürfen die Arbeiter nicht wählen. Falls das Recht der Ernennung durch die Betriebsräte weg, dann hätte der Betriebsführer nur noch das Recht, zu wählen; die konservativen bezweckten mit dem Antrag, auch den politischen Einfluß auf den Arbeiterauschuß zu beseitigen. Die ernannten Mitglieder des Arbeiterauschusses seien dann die Sicherheitsmänner gegen die Sozialdemokratie!

Die Nationalliberalen halten diesen Grundgedanken für sehr annehmbar; man mache nicht Gesetze für feindschädliche Zustände. Die große Zahl der Mitglieder sei vernünftigermaßen unzugänglich; deshalb müsse das Recht der Arbeitgeber gewahrt werden.

Mit den Anträgen erklärten sich auch die Freikonservativen einverstanden: Man könne allenfalls den Betriebsführern die Entscheidung darüber lassen, ob sie einen größeren Ausschuß haben wollten.

Dem Zentrum war dieser Vorschlag nicht annehmbar; die Zahl 5 für den Ausschuß sei zu niedrig. In so kleinen Ausschüssen erblinden die Bergarbeiter keine Erfüllung ihrer Forderungen. Daß der Betriebsführer Arbeiterauschusssmitglieder ernennen kann, sei die Ausschüsse fällen.

Auch der Minister hielt es für das Zweckmäßigste, die Reklamationsvorlage anzunehmen, die ja auch durch Bildung von Bohr- und kleineren Ausschüssen die Handhabe biete. Der Betriebsführer mit größeren Ausschüssen sei empfehlenswerter. Bei Erörterung von Sicherheitsfragen müßte ohnehin der gesamte Ausschuß berufen werden. Die Bezahlung für die Kontrolle müsse auf alle Fälle den Betriebsführern zufallen, denn eine außerordentliche Befahrung könne sehr wohl im Interesse der Grube und ihrer Sicherheit liegen. Im Saargebiet und in Oberschlesien arbeite man mit großen Ausschüssen sehr gut. Der Antrag der Konservativen bedeutete also eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Eventuell sei er mit fakultativer Anordnung einverstanden, nicht aber mit Zwang. Das System der ernannten Mitglieder verliere sein Recht mit der Schaffung der Sicherheitsmänner.

Trotz alledem wurde der konservative Verschlechterungsantrag mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Erster deutscher Jugendgerichts-Tag.

Die Verhandlungen vom Mittwoch waren, genau genommen, nur ein „Anhängsel“ zum Jugendgerichts-Tag; sie bestanden lediglich in einer Aussprache der Jugendgerichtshelfer. Den Vorsitz führte diesmal Professor von Soden, Mitglied des Präsidiums der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“. Er hob einleitend hervor, in unserem öffentlichen Leben sei es etwas völlig Neues, aber sehr Zukunftsvolles, daß dem beruflich tätigen Beamten eine freiwillige Hilfsarmee — dem Jugendrichter die Jugendgerichtshelfer — zur Seite treten.

Das Referat über das Thema „Wie organisiert und übt man am zweckmäßigsten die Schulaufsicht nach der Hauptverhandlung?“ wurde gegeben vom Direktor Dr. Volligkeit, Frankfurt a. M. Sollte die Schulaufsicht auch Positives schaffen, so müsse sie nach den Ursachen der Kriminalität der Jugendlichen forschen. Wege zu ihrer Beseitigung suchen und die hierzu geeigneten Persönlichkeiten auswählen. Er wünscht für die notwendigen Ermittlungen berufsmäßige Kräfte, freiwillige aber für die eigentliche Schulaufsicht. Diese erfordert Vertrauen zu dem guten Kern, der in jedem Kinde noch steckt. Als Organisationsform der Schulaufsicht eigne sich besonders die Berufsvormundschaft bezw. Berufspflegschaft. Notwendig sei im Interesse der auswärtig unterzubringenden Jugendlichen ein Uebereinkommen aller deutschen Organisationen für Jugendgerichtshilfe zum Zweck gegenseitiger Hilfe bei Ermittlungen wie bei der Schulaufsicht. Die Schulaufsicht über jugendliche Landkinder, die einen Hauptzulauf zur Kriminalität bilden, sei erschwert durch die Zersplitterung der deutschen Fürsorgeerziehungsgesetzgebung.

Hieran schloß sich ein Referat des Redakteurs Kroner, Berlin über die Frage, wie dem Schematismus in den Berichten der Jugendgerichtshelfer zu begegnen sei.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Aus der großen Reihe der Redner seien hier nur diejenigen herausgehoben, die bemerkenswertere gaben. Hl. Köpp, Beamtin der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“, will freiwillige Helfer aus allen Kreisen des Volkes nicht missen und erwartet eine Ueberbrückung der Gegensätze von der Einsicht, daß nicht die Menschen, sondern unsere Verhältnisse verurteilt seien. Dr. Blod, Vertreter der Charlottenburger Jugendgerichtshilfe, erörtert die Vorzüge berufsmäßiger Helfer. Lehrer Frauendienst, Vertreter des Erziehungsvereins für geistig zurückgebliebene Kinder, spricht von der besonderen Schwierigkeit, diesen Kindern Arbeit zu schaffen, und empfiehlt für sie die Einrichtung von Lehrwerkstätten. Herr Redes, Bureauchef des Vereins zur Besserung der Strafgefangenen, tadelt das Vorurteil, das überall und namentlich im Handwerk den Straftatigen und auch den Fürsorgezöglingen entgegengebracht werde. Frau Wendland, Geschäftsführerin vom „Erziehungsbeirat für schulentlassene Frauen“, führt aus, Mädchen seien nach Bestrafung wegen Diebstahl noch schwerer als nach Bestrafung wegen Unzucht unterzubringen. Ein Herr Schröder hat gegenüber all diesen Rufen nach Arbeit für die Straftatigen und Wiederaufzurichtenden den Ruf, den Segen der — Religion zu preisen und die evangelischen Jünglingsvereine zu empfehlen, deren Geschäftsführer er ist. Professor Heilborn, Vorsitzender eines Verbandes von Jugendhelfern, verspricht sich und der Gesellschaft von seiner Tätigkeit den ersten sozialen Ausgleich. Der Arbeiter werde sich sagen: „Da sieht man doch, daß die besitzende Klasse noch ein Herz hat.“ Ein Vertreter aus Darmen, Herr Makull (?), stellt das Ziel auf, durch rechte Jugendhilfe das Jugendgericht überhaupt überflüssig zu machen.

Lehrer Agard, Rixdorf, der durch seine Bemühungen um die Aufstellung des Glend's erwerbstätiger Schulkinder bekannt geworden ist, empfiehlt, sich die Hilfe der Lehrer zu sichern. Eine von ihm eingebrachte Resolution, durch die der Jugendgerichts-Tag erklären soll, die Forderung der Volksschullehrer, als Schöffen bei Jugendgerichten zugelassen zu werden, sei im Interesse der Entwicklung der gesamten Fürsorgebewegung zu unterstützen, wird vom Vorsitzenden weber zur Debatte gestellt, noch auch nur verlesen, weil das in diesem Stadium der Verhandlungen — bei einer bloßen Aussprache der Helfer über ihre Erfordernisse und Wünsche — nicht mehr angängig sei. Amtsgerichtsrat Wilmröder, Frankfurt a. M., meint, gerade unter Lehrern finde man doch auch manchmal sehr rückständige Anschauungen über Verwahrlosung der Kinder. Aus den Reihen der anwesenden Lehrer antwortete erregte Zwischenrufe: „Das ist eine Beleidigung für den Lehrerstand!“ Agard hielt fest, daß jeder Lehrer das Recht haben müsse, Schöffe zu werden, wenn auch nicht jeder Lehrer sich zum Schöffen eigne. Er zieht dann seine nicht zugelassene Resolution zurück. Dieser Zwischenfall, der sich durch seinen etwas stürmischen Verlauf merklich aus den ganzen Verhandlungen der drei Tage heraushebt, war die einzige Gelegenheit, wo auch mal über die Schöffen der Jugendgerichte ein paar Worte gesagt wurden. Was hätten die Teilnehmer des Jugendgerichts-Tages geantwortet, wenn gar einer verlangt hätte, man solle die Jugendgerichtsschöffen hauptsächlich aus derjenigen Gesellschaftsschicht nehmen, deren Nachwuchs leider für die Jugendgerichte in Frage kommt, aus der Arbeiterbevölkerung!

Aus dem letzten Teil der Debatte sei nur noch erwähnt, daß Hl. Thella Friedländer, Berlin Unterbringung der Mädchen auf dem Lande empfahl. Die Frau eines Großgrundbesizers aus Pommern — eine Verwandte des Reichskanzlers, wenn wir richtig verstanden haben — habe ihr gesagt: „Wir sind sozialgesinnt, wir haben gute Herzen, wir würden die Mädchen nehmen, aber wir bekommen sie ja nicht.“ Nachdem die Rednerin diesen Schmerzschrei aus dem guten Herzen einer sozialgesinnten Großgrundbesizersfrau zum besten gegeben hatte, wurde Schluß gemacht.

In einer letzten Ansprache erinnerte noch Geh. Ober-Regierungsrat Krohne, vortragender Rat im Ministerium des Innern, an Bessings Wort: „Ein Kind will Liebe.“ Mit ihr allein könne in der Jugendfürsorge der Sieg errungen werden. So klang „stimmungsvoll“ der Erste deutsche Jugendgerichts-Tag aus, auf dem von der Hauptursache der Kinderkriminalität, von der wirtschaftlichen Misere der Arbeiterklasse, so wenig die Rede gewesen war.

Nach zwei Druckfehler war der Bericht über die Dienstagverhandlungen entfallen worden. Hl. Dr. Duensing hat erklärt, ohne Mittel finde die ganze Jugendgerichtshilfe (nicht: Hilfe) herab zu einer Spiegelfechterei, und die Erziehungsanstalten will Pastor Seiffert, Straußberg nicht „mittelalterlich“ stellen (nicht: schalten) lassen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz des 1. Reichstags-Wahlkreises Remscheid-Bennet-Neimann tagte am letzten Sonntag zu Eberfeld. Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Vertrieb waren bis auf Neimann sämtliche Orte des Kreises mit insgesamt 68 Delegierten, darunter eine Anzahl Genossinnen. Den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr gab Parteisekretär Faure. Im Gegensatz zu dem Bericht, der auf der letzten Konferenz gegeben worden mußte, war diesmal über einen erfreulichen Aufschwung zu berichten. Trotz der Krise ist eine erhebliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. In Listenmitglieder waren vorhanden am 1. Juli 1908: 2461; am 1. Oktober: 2893 und am 1. Januar 1909: 3019. Darunter sind 300 weibliche Mitglieder. Im letzten Halbjahr ist also ein Gesamtzuwachs von 558 Mitgliedern zu verzeichnen. Ein besonders erfreulicher Aufschwung ist ersichtlich, wenn man die zahlenden Mitglieder in Betracht zieht. Davon waren vorhanden: am 1. Juli 1908: 2288; am 1. Oktober 2291; am 1. Januar 1909: 2607 Mitglieder, also eine Zunahme von 409 zahlenden Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen zahlenden Mitglieder ist mit 250 gleich geblieben. Mit Einschluß von 21 000 Volkstafelmitgliedern wurden insgesamt 121 000 Schriften und Flugblätter verbreitet. Wahlen zu den Gemeindekollegien fanden in 3 Orten statt. Unsere Stimmzettel sind erheblich gestiegen. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen in den Mitgliedschaften betrugen 5900,45 M., davon erhielt die Kreisliste 3750,97 M. Der, wie schon kurz gemeldet, einstimmig als Reichstagskandidat proklamierte Genosse Wihl. Dittmann, Frankfurt a. M. war früher im benachbarten Wahlkreis Solingen in der Redaktion des dortigen Parteiprogams tätig.

Eine stark besuchte Kreisparteierversammlung für den 14. sächsischen Reichstagswahlkreis (Vorna-Rochlitz) tagte am Sonntag in Froburg. Im Geschäftsbericht wurde konstatiert, daß unter der Wirkung der Krise, die die Industrie im 14. Kreise besonders hart getroffen hat, die Mitgliederzahl von 1881 auf 1848 zurückgegangen ist.

Als Reichstagskandidat wurde einstimmig wiederum der Genosse Schöpplin aufgestellt.

Zur Diskussion über den Entwurf des Organisationsstatuts.

Es wird uns geschrieben: Große Ausstellungen sind an dem Entwurf nicht zu machen und auch nicht gemacht worden. Das außerordentlich umständliche Ausschlußverfahren ist in glücklicher Weise vereinfacht worden. Ich möchte den Bestimmungen aber noch einen, nach meiner Auffassung sehr wichtigen Paragraphen beigefügt wissen, der ungefähr lauten müßte:

Der Parteivorstand hat das Recht, ohne daß ein Antrag gestellt wird, den Ausschluß eines Parteimitglieds zu verfügen, welches während der Dauer des Kampfes um bestimmte Forderungen oder um Abwehr bestimmter Maßnahmen, öffentlich für einen dem Parteiprogramm oder der allgemeinen Parteauffassung bezüglich des Kampfsobjekts entgegengegesetzten Standpunkt vertritt.

Der Ausschluß ist sofort im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und der örtlichen Parteileitung sowie dem Ausschlußbeschlüssen mit kurzer Begründung mitzuteilen.

Winnen einer Woche nach Mitteilung kann der Ausgeschlossene Berufung an die Kontrollkommission einlegen. Die Berufung ist in der nächsten Sitzung der Kontrollkommission zu verhandeln. Wird der Ausschluß dort bestätigt, so steht dem Ausgeschlossenen das Recht zu, drei Monate nach Beendigung des Kampfes und ohne dann an eine Frist gebunden zu sein, ein Schiedsgerichtsverfahren gegen sich zu beantragen. Diesem Antrag ist ohne Befürwortung einer Parteinstanz zu entsprechen.

Die Begründung für eine solche Bestimmung liegt geradezu in der Luft. Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß gerade in den Momenten, in denen sich die Partei im Kampf befindet „Wahrheitssucher“ sich finden, die unter dem Triumphgeschrei der Gegner plötzlich ihr militaristisches, marinistisches, koloniales Herz, oder ihre Abneigung gegen gewisse direkte Steuern entdecken. Hier ist rasches, scharfes Eingreifen notwendig, um die Kampfkraft der Partei nicht zu schädigen. Wie oft ist der öffentliche Kampf in Versammlungen und Zeitungen nicht schon in unberechenbarer Weise durch solche Disziplinlosigkeit geschädigt worden. Bürgerliche Gegner, die in ihrer Entscheidung schwankend sind, werden sich sofort endgültig für den unserer Parteauffassung feindlichen Standpunkt entscheiden, wenn sie sehen, daß in unseren eigenen Reihen sich Befürworter solchen Verhaltens befinden. Nach Erledigung des Kampfes kann dann der Betroffene ein ruhiges Abwägen seines Verhaltens herbeiführen, wenn er dazu noch Lust hat. Die Bestimmung im Statut allein, wird schon manchen davor bewahren, gerade in kritischen Zeiten sein Licht auf den Scheffel zu stellen. Als Leitmotiv für meine Anregung sei ein Wort Viktor Adlers variert: „Lieber mit der Partei irre gehen, als gegen die Partei Recht behalten.“

Ueber den Ueberfall auf den Landtagsabgeordneten Genossen Kollwagen berichtet die „Frankfurter Tagespost“: Vor einigen Tagen wurde Landtagsabgeordneter Genosse Kollwagen in Augsburg von einem gewissen Alfred Gottschling meuchlings überfallen und schwer mißhandelt. Die Verletzungen demnach waren sehr stark. Blutverlust, sind aber voraussichtlich nicht gefährlich, wenn eine durch Glas splitter hervorgerufene Beschädigung des einen Auges nicht dauernde Folgen hinterläßt. Das Attentat traf den Angegriffenen ahnungslos. — Der Alfred Gottschling ist in Nürnberg und Hof nicht unbekannt. Er soll wegen fortgesetzter Stänkereien gegen Genossen aus der Partei ausgeschlossen werden. Deshalb der Groll des Attentäters gegen Genossen Kollwagen als Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins Augsburg.

Pöbelliches, Verächtliches usw.

Die Justiz im Kampfe gegen die Arbeiterkasinos. Eine neue Perspektive eröffnet sich jetzt den Arbeitern des Gerichtsbezirks Halle a. S. in ihrem Kampfe um Versammlungsrecht. Man verweigert der Sozialdemokratie auf dem Lande fast durchgängig die Säle zu Versammlungen. Um sich verammeln zu können, gründeten die Arbeiter schließlich Arbeiterheime, Kasinos usw. und trafen sich in eigenen Kellern oder Wohnungen von Parteigenossen. Das paßte weder der Polizei, noch den Wirten, die die Großkassen „unversammelter Arbeiter“ gern nehmen. Die Vorstände dieser Organisationen wurden wegen Verletzung der Schankkonzessionspflicht und Vergehens gegen das Gewerbebetriebsgesetz bestraft. Damit begnügt man sich nun neuerdings nicht mehr, sondern man will nun auch sämtliche Mitglieder der Arbeiterkasinos wegen Verletzung der Schankkonzessionspflicht an den Tragen nehmen. Der Anfang wurde am Montag in zwei Schöffengerichtssitzungen zu Halle gemacht, in denen vier Angeklagte zu Geldstrafen von 40 bis 20 M. verurteilt wurden. Die interessante Urteilsbegründung besagt unter anderem: Der eigentliche Schankgewerbebetreibende sei der Verein selbst, da aber der Verein nicht die Rechte einer juristischen Person besitzt, so habe nicht nur der Vorstand, sondern jedes einzelne Mitglied. Alle Mitglieder der Arbeiterkasinos machten sich strafbar, denn von der Schankkonzessionspflicht seien lediglich die Offizierskasinos und die Kantinen befreit.

Die Presse vor der Revisionssitzung. Wegen Verleumdung von Polizeibeamten ist am 12. November v. J. vom Landgericht Halle a. S. der Genosse Ernst Däumig, damals am „Volkswort“ für Halle, zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt worden. Er hatte einen ihm zugegangenen Bericht abgedruckt, wonach einige Polizeibeamte sich bei der Verhaftung eines betrunklenen Tummelanten unanständig benommen haben sollten. — Die Revision des Angeklagten wurde am 15. März vom Reichsgericht verworfen.

Die rote Kreuzschleife.

Der Genosse Dilling in Götting hatte bei der Beerdigung eines verunglückten Kameraden einen Kranz mit roter Schleife getragen. Informativ veranwortl.: H. Bloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

am Grabe auch eine kurze Widmung gesprochen, obgleich der Geistliche das verboten hatte. Genosse Dilling kam deswegen unter Anklage. Das Schöffengericht in Götting erkannte auf Freisprechung, weil in dem Vorangehen in einem Leichenzuge, dem Tragen eines Kranzes mit roter Schleife und einer kurzen Ansprache am Grabe keine außergewöhnliche Veranstaltung zu erkennen sei. Es ist sehr vernünftig, wenn so die Geistlichkeit zur Toleranz erzogen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht vor dem Unterhause.

Am Freitag, den 19. d. Mis., kommt im Unterhause die von Geoffrey Howard mit Unterstützung einer Anzahl Liberalen und Arbeiterabgeordneten eingebrachte „Vollstreckungs-Bill“ in zweiter Lesung zur Verhandlung. Nach diesem Entwurf soll das Wahlrecht allen erwachsenen Männern und Frauen gegeben werden mit der einzigen Einschränkung einer dreimonatigen Sehaftigkeit vor dem 15. Juli eines jeden Jahres.

Mit diesem Gesetz wäre so ziemlich die äußerste Grenze der Demokratisierung des Wahlrechts erreicht, denn — nicht bloß: ein Mann eine Stimme, sondern auch: eine Frau eine Stimme, ohne Rücksicht auf Vermögen, Stellung, Bildung usw., gleichgültig, ob verheiratet oder nicht. Es bleibt allerdings die Einschränkung bezüglich der Sehaftigkeit. Die in der Arbeiterbewegung tätigen Frauen, wie die Genossinnen Glaser, Bondfield, Macarthur und andere haben in einem Schreiben an den Abgeordneten Howard und die anderen Träger der Bill ihr volles Einverständnis mit derselben zum Ausdruck gebracht. Anders die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Diese erklären sich bekanntlich für die Vorschläge Stangers. Danach soll nur das gegenwärtig und in der Zukunft für die Männer bestehende Wahlrecht entsprechende Anwendung auf die Frauen finden. Es würde das zu den 7 1/2 Millionen Männern, die jetzt in England das Wahlrecht besitzen, nur weitere 1 1/2—2 Millionen Frauen fügen. Die Mehrzahl der Arbeiterinnen bliebe ausgeschlossen. Die Befürworter dieser Bill behaupten, daß so alle Klassen und Schichten der Bevölkerung — in besonders hoher Zahl auch die Arbeiterinnen — vertreten seien, ohne daß man den Wählerkörper so umfangreich gestalte wie bei jenem. Ferner wird gegen Howards Entwurf noch ins Feld geführt (auch von vielen Freunden), daß, wenn er auch das Unterhaus passieren würde, er im Hause der Lords doch zu Fall gebracht werden würde.

Lesende.

Pankow. Freitag, den 19. März, 8 1/2 Uhr, bei Clemen, Bollantstraße 123.

Adlershof. Jeden dritten Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kaul, Bismarckstr. 16.

Rummelsburg. Freitag, den 19. März, 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Vortrag. Genosse Wagle.

Groß-Lichterfelde. Infolge eingetretener Hindernisse diesmal nicht am 19., sondern erst am Freitag, den 26. März, im „Raiserhof“.

Steglitz. Freitag, den 16. April, 8 1/2 Uhr — nicht am 19. März — bei Rohmann, Schloßstraße 117. Vortrag. Kommunalpolitik.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg. Montag, den 22. März, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Ertel, Pfarrstr. 74.

Versammlungen.

Märzgedanken.

Der Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis hatte zum Dienstabend fünf große Volksversammlungen veranstaltet, dem Andenken der revolutionären Märzlage gewidmet. „Märzgedanken“ stand auf der Tagesordnung in allen Versammlungen. Die Erinnerung an jene Tage der Freiheitskriege, die in der Arbeiterchaft lebendig geblieben ist, wurde gefeiert, aber die „Märzgedanken“ wollten nicht nur in der Vergangenheit, sie beschäftigten sich auch lebhaft mit unseren gegenwärtigen Verhältnissen. Und gerade in Preußen, wo die Arbeiter den Kampf um ihre politische Gleichberechtigung, den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht mit Energie aufgenommen haben, da müssen sie um die Märzzeit der Stürme vom Jahre 1848 lebhaft denken, als das Volk die politische Freiheit forderte, die ihm heute noch nicht geworden ist. Aus allen Reden in den veranstalteten Versammlungen klang es heraus, und mit Beifall wurde es aufgenommen, wenn die Redner versicherten, daß die Arbeiterchaft nicht ruhen und rasten würde, bis ihr die politische Gleichberechtigung im Kampfe mit den anderen Parteien zugesprochen worden ist. Die Arbeiterchaft ist mündig geworden und fähig, ihre Rechte selbst zu verteidigen; sie wird beiläufig, herabgewürdigt durch das Dreiklassenwahlrecht. Die Arbeiterchaft ist verraten worden durch das liberale Bürgertum, welches in feiger Angst vor der selbstbewußt auftretenden Arbeiterchaft schon gewonnene Freiheiten der Reaktion wieder preisgab. Es ist in unseren Tagen selbst reaktionär geworden, es spielt Reaktionspartei und steht im Bunde mit den Feinden aller politischen Freiheit der Arbeiterklasse gegenüber. Diese aber weiß, daß sie nur auf sich und die eigene Kraft angewiesen ist. Das Bürgertum hat keinen Mut mehr, weil es keine Ideale mehr hat. Der Arbeiterchaft ist die Aufgabe zugefallen, Hüter der politischen Freiheiten zu sein, soweit solche vorhanden sind, und für ihre Rettung und Erweiterung Sorge zu tragen. Und die Arbeiterklasse ist sich ihrer großen Aufgabe in vollem Maße bewußt geworden. Sie ist bereit, um ihre Rechte zu kämpfen, sie ist entschlossen zu siegen.

Ein Teil der Reden, die im allgemeinen dasselbe zum Ausdruck brachten, war geschichtlichen Reminiscenzen gewidmet, die mit sichtlichem Interesse von den Zuhörern aufgenommen wurden. Da wurde an das Versprechen einer Verfassung für Preußen, wie es der König Friedrich Wilhelm III. gegeben hatte, erinnert, ein Versprechen, welches zu halten das Volk erst mit Donnerstimme den König mahnen mußte. Da zogen die Märztage in Frankreich, in Oesterreich und in deutschen Landen an dem geistigen Auge der Versammelten vorüber. Manche Redner verteilte länger bei dem 18. März von Berlin und feierte das revolutionäre Erwachen des Volkes, welches sich nicht länger narren lassen wollte.

Als Redner für die fünf Versammlungen waren gewonnen die Reichstagsabgeordneten Genossen Albrecht-Halbe-Halbesleben, Emmel-Wahlhausen, Eichhorn-Durlach-Worbeim, Sidenbrand-Stuttgart, Lehmann-Biesbaden. Der Besuch war überall ein guter, mit Ausnahme der Brauerei Friedrichshain, wo der große Saal verhältnismäßig schwach besetzt war. Genosse Lehmann sprach dort. In dem „Arania“-Saal, Brangelstraße, hielt Genosse Eichhorn, in „Sansjoui“ Genosse Sidenbrand einen Vortrag. Bei Litzin sprach Genosse Albrecht, bei Docker in der Verberstraße Genosse Emmel. Zahlreich waren auch die Genossinnen aus dem 4. Kreis in allen Versammlungen zu sehen. — Die Redner fanden überall freudige Zustimmung, wenn sie zum Schluß ihrer Ausführungen zu eifriger Arbeit für unsere Partei aufforderten, die größer und härter werden müsse, um ihre Mission erfüllen zu können. Es gilt für Jeden von uns, „Märzgedanken“ weiter zu tragen, die vielen Tragen und Gleichgültigen aufzurütteln, „der Freiheit Märzjaat“ auszustreuen, um Märzgedanken ringsum neu ersehen zu lassen.

Eingegangene Druckchriften.

Die letzten Tage von Pompeji. Bd. 1 u. 2. Von G. L. Valzer. — Bücher des Deutschen Bundes. Bd. 55/56. Deutsches Haus, Leipzig. Panerungsgeschichten von G. Wied. 3.50 M. 4. Nummer Berlin, W. 15. Brüche und Widersprüche von Karl Kraus. Preis geb. 3.50 M., geb. 4.50 M. 4. Langen in München. Biologisches Praktikum für höhere Schulen von B. Schmid. Geb. 2 M., geb. 2.50 M. B. G. Teubner, Leipzig. Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung, Mittwoch, den 17. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Breitenbach. Die

zweite Beratung des Bauetats

wird fortgesetzt beim Titel: „Gehalt des Ministers“. Es findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Kalkewitz (L.) verlangt eine Entschädigung der Fischer, die durch den Großschiffahrtskanal Berlin-Stettin und durch die Regulierung der Oder geschädigt sind.

Unterstaatssekretär Goetz von der Brüggen: Es ist schwer festzustellen, welcher Schaden durch die Bauarbeiten am Kanal und welcher durch andere Ursachen entstanden ist. Trotzdem hat die Regierung wiederholt schon Schadenersatz geleistet. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt worden sind, so liegt das nicht an der Regierung, sondern teilweise auch an den hohen Forderungen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Fehlbender (Z.) erwidert Minister v. Breitenbach: Es ist richtig, daß die staatlichen Baubeamten, die als Schiedsrichter tätig sind, nur Reisekosten und Tagegelder bekommen. Es schweben jedoch Verhandlungen, daß ihnen außerdem noch für ihre schiedsgerichtliche Tätigkeit eine Entschädigung gewährt wird.

Abg. Hausmann (natl.) wünscht die Errichtung von Talsperrern an der Eder und der Diemel und eine Beschleunigung des Baues des Schutthafens in Hameln.

Minister v. Breitenbach erwidert, daß die Arbeiten schon im besten Gange seien und nach Möglichkeit beschleunigt würden.

Abg. Kändler (fr. Sp.): Meine politischen Freunde sind immer dafür eingetreten, wenn Mittel gefordert wurden, um die Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten zu verbessern. Jedoch meine ich, daß in jedem Falle die Bedürfnisfrage geprüft werden müßte.

Abg. Graf Spee (Z.) verlangt eine Entschädigung für die Landbesitzer, die durch die Regulierung des Rheins geschädigt wurden.

Abg. Wiemse (Z.) teilt für eine größere Verwendung des Bausteinbaus bei öffentlichen Bauten ein, hierdurch würden auch ganz bedeutende Ersparnisse erzielt.

Ein Regierungskommissar: Die Staatsbauverwaltung bevorzugt stets das einheimische Material bei allen öffentlichen Bauten. Ich verweise Sie nur auf die letzten öffentlichen Bauten in Berlin und Charlottenburg, die Technische Hochschule usw.

Abg. v. Böhndorf-Röpin (L.): Durch die Boggerarbeiten werden die Fischer oft geschädigt. Die Boggermeister müßten darauf hingewiesen werden, alle mögliche Rücksicht auf die Fischer zu nehmen. Der sehr oft wertvolle ausgebagerte Boden könnte ferner nutzbringend verwendet werden, indem man ihn den Anliegern zur Verfügung stellte.

Abg. Dr. Barenhorst (L.): Es ist sehr bedauerlich, daß die Strohdächer auf dem Lande

so abnehmen. Die Strohdächer haben den großen Vorzug, daß sie im Sommer das Haus kühlen und im Winter erwärmen. Ich möchte deshalb den Minister bitten, sich des alten Strohdaches wieder anzunehmen. Die alten Strohdächer mögen ja vielleicht feuergefährlich gewesen sein, in neuerer Zeit hat man es jedoch verstanden, die Strohdächer feuer sicher zu gestalten. Ein hübsches Dach ziert jedes Haus. Wir alle freuen uns, wenn wir hübsche junge Damen sehen. (Heiterkeit.) Wenn aber die jungen Damen so riesengroße Hüte tragen, wie sie jetzt Mode sind, dann wird auch hier das schöne Bild verunstaltet. (Heiterkeit.)

Minister v. Breitenbach: Die Strohdachfrage hat jetzt ein ganz anderes Gesicht bekommen, denn jetzt ist es gelungen, durch ein neues Imprägnierungsverfahren die Strohdächer feuer sicher zu machen. Man muß aber erst mal Erfahrungen abwarten, ob dieses neue Verfahren sich behähren wird. (Beifall.)

Hiermit schließt die allgemeine Besprechung. Es folgt die

Beratung der Anträge bezüglich des Bauarbeiterschutzes.

Die Abgg. Borgmann (Soz.) und Genossen beantragen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeiterschutzes vorzulegen, der insbesondere die Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse vorzieht.“

Die Abgg. Dr. Hise (Z.), Bruff (Z.) und Trimborn (Z.) und Genossen beantragen:

„Die Regierung zu ersuchen: a) im Bundesrat auf Verlegung eines Gesetzentwurfs oder auf Erlass einer Bundesratsverordnung zum Zweck eines wirksamen Schutzes der Bauarbeiter unter Heranziehung von Arbeitern als Baukontrolleure einzuwirken; b) für den Fall der Ablehnung seitens des Bundesrates selbst eine solche Regelung im Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung durchzuführen.“

Abg. Leinert (Soz.)

Begründet den sozialdemokratischen Antrag: Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen, denn er ist von der allergrößten Wichtigkeit. Bisher ist auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes fast nichts geschehen. Wir haben sogar nicht mal eine sachmännische Bauaufsicht, sondern die Polizeibeamten, die alles Mögliche kontrollieren, werden auch zur Baukontrolle herangezogen. Nur in einigen großen Städten haben die Behörden Sachmänner zur Baukontrolle herangezogen. Der ganze Bauarbeiterschutz in Preußen stützt sich bisher nur auf polizeiliche Bestimmungen. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht, und deshalb verlangen wir eine gesetzliche Regelung. Der Antrag des Zentrums genügt uns nicht, denn dieser will die Frage auf dem Wege einer Bundesratsverordnung regeln. Eine so wichtige Frage kann nicht auf dem Wege der Verordnung, sondern nur gesetzlich geregelt werden. Was der Zentrumsantrag fordert, steht unseren Intentionen nicht entgegen, im Gegenteil, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat das schon seit Jahren gefordert. Auch gegenwärtig liegt im Reichstag ein Antrag Albrecht vor, der verlangt, daß

Bezirkskommissionen

aus 10 Personen gebildet werden sollen, von denen fünf von den Arbeitgebern und fünf von den Arbeitern zu wählen sind. Den Vorsitz soll ein Mitglied des Reichsverwaltungsamtes führen. Die Wahl soll auf drei Jahre erfolgen, und es sollen zu gleicher Zeit Erfahrungen gemacht werden. Von diesen Kommissionen sollen Unfallverhütungsvorschriften ausgearbeitet und nachher noch geprüft werden. Es ist also nicht ein besonderes Verdienst des Zentrums, daß es seinen Antrag hier eingebracht hat, sondern die Sozialdemokratie hat das seit jeher verlangt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun den Arbeiterschutzausschuss beklammert sich gegenwärtig die Regierung eigentlich gar nicht. Sie überläßt die Frage des Arbeiterschutzes vollständig den Berufsgenossenschaften. In Preußen ist auch die Gewerbeinspektion von der Baukontrolle vollständig ausgeschlossen. Die Berufsgenossenschaften aber sind nicht die Organisationen, denen man das wichtige Gebiet der Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften überlassen darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kontrolle ist deshalb auch sehr mangelhaft. Die Berufsgenossenschaft wendet bei einer Gesamtausgabe von 170 Millionen Mark und bei einer Ausgabe für Verwaltungsgel-

osten von über 13 Millionen Mark im ganzen Deutschen Reich nur 1607 000 M. für Unfallverhütungsvorschriften auf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die preussische Baugewerksberufsgenossenschaft beträgt die Summe gar nur 178 400 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine so winzige Summe, daß man aus ihr ohne weiteres folgern muß, daß die Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften durch die Berufsgenossenschaften eine absolut unzulängliche ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Kontrolle haben die Berufsgenossenschaften technische Aufsichtsbeamte angestellt. 1905 gab es deren 298, 1906 233 und 1907 wiederum 298. Die preussische Baugewerksberufsgenossenschaft hat 51 solcher Beamten. Nun würde ich gegen diese Zahl absolut nichts sagen, wenn diese Aufsichtsbeamten nicht zugleich auch noch Rechnungsbearbeiter wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von den 51 haben 49 die Bücher der Arbeitgeber zu kontrollieren. Da ist es kein Wunder, wenn die Baugewerksberufsgenossenschaft infolge dieser ungenügenden Kontrolle zu dem Schluß kommt, daß 52,9 Proz. der Unfälle auf die eigene Schuld der Arbeiter oder auf die Schuld der Mitarbeiter zurückzuführen seien, daß 41,8 Proz. der Unfälle auf Zufälligkeiten oder auf unheimliche Betriebsgefahren entfielen und daß nur 3,3 Proz. mangelhaften Geräten zuzuschreiben seien. Ich wundere mich nur, daß man auch für den mangelhaften Zustand der Gerüste die Arbeiter nicht verantwortlich gemacht hat. Ich finde es geradezu gewisslos, mit solchen Zahlen die Öffentlichkeit irreführen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die nordöstliche Baugewerksberufsgenossenschaft hat gleich-

bewußt die Öffentlichkeit getäuscht!

Sie hat Bauten in ihrem Bereich untersuchen lassen und dann gesagt: eigentlich seien ja nur 900 Bauten revidiert worden, weil aber auf jedem Bau Anhänger verschiedener Gewerbe arbeiteten, seien nicht 900, sondern 2000 oder sogar 4500 Betriebe untersucht worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wegen einer derartigen bewußten Täuschung der öffentlichen Meinung müssen wir entschieden Einspruch erheben. Es gibt im Deutschen Reich keinen einzigen Bundesstaat, in dem die Berufsgenossenschaften, vor allem die Baugewerksberufsgenossenschaft, einen solchen Einfluß auf den Bauarbeiterschutz haben als in Preußen. Die Regierung erläßt zwar Verordnungen, aber sie beziehen sich nur auf sanitäre Vorschriften. Für die Unfallverhütung selbst hat die Regierung noch so gut wie keine Bestimmungen erlassen. Nach einer Erklärung der Regierung, die sie vor mehreren Jahren in diesem Hause abgegeben hat, sind für sie die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften maßgebend. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das der Fall ist, dann hat die Regierung aber noch nichts unternommen, um die von den Berufsgenossenschaften aufgestellten Unfallverhütungsvorschriften selbst zu kontrollieren. Sie überläßt auch die Kontrolle ausschließlich den Berufsgenossenschaften. Das ist ein Arbeiterschutz, den wir nicht für richtig halten und dessen Beseitigung wir unbedingt fordern müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1903 sind durch einen Runderlaß des Ministers die Polizeibehörden aufgefordert worden, dem Arbeiterschutz ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Ich richte an die Regierung die Frage, welchen Erfolg dieser Runderlaß gehabt hat. Derartige Erlasse werden ausgegeben, aber von ihren Ergebnissen erfahren wir nichts. Durch einen Erlaß vom 5. Februar 1905 sind die Grundzüge für die Arbeiterfürsorge bei den Bauarbeiten an Wasserstraßen festgesetzt worden. Auch hier möchte ich wissen, welchen Erfolg dieser Erlaß gehabt hat. Es ist ja sehr traurig, daß der preussische Staat sich bei der Kontrolle des Bauarbeiterschutzes lediglich auf die Berufsgenossenschaften, die die Interessen der Unternehmer vertreten, verläßt. Die Berufsgenossenschaften sind arbeitereindliche Institutionen, und der preussische Staat hat weder die Kraft noch den Willen, die Unternehmer anzuhalten, die Arbeiterschutzbestimmungen durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist meine Behauptung begründet, daß der preussische Staat die Menschenleben nicht in genügender Weise würdigt. Die Berufsgenossenschaften gehen außerordentlich tendenziös vor. Die hannoversche Baugewerksberufsgenossenschaft hat im vorigen Jahre eine Kontrolle der Bauten vornehmen lassen, dabei aber in einem geheimen Erlaß die technischen Aufsichtsbeamten angewiesen, besonders darauf zu achten, welche Erfahrungen sie darüber machen könnten, inwieweit die Arbeiter selbst die Unfallverhütungsvorschriften übertreten. Es wäre viel besser und wichtiger gewesen, wenn die Anweisung dahin ergangen wäre, genau zu kontrollieren, ob auch alle Einrichtungen auf den Bauten zur Verhütung von Unfällen vorhanden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seitens der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz in Hamburg wurde 1908 im ganzen Deutschen Reich eine

Revision sämtlicher Winter- und Sommerbauten

vorgenommen. Die Ergebnisse sind in einem dicken Buche zusammengestellt worden, das den Behörden eingeschickt worden ist. Diese Erhebungen der Zentralkommission sind natürlich den Berufsgenossenschaften sehr unangenehm, und deshalb hat die hannoversche Baugewerksberufsgenossenschaft an die Arbeitgeber ein Schreiben gerichtet,

die Kontrolleure der Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs anzuzeigen und die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Vorgehen der Unternehmer gegen Arbeiter, die für Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen sorgen, überlasse ich dem Urteil der dreitesten Öffentlichkeit. Warum sträubt man sich denn eigentlich gegen die durchaus wohlgemeinte Kontrolle der Arbeiter? (Abg. Kahardt ruft: Spitzeltum!) Wo das Spitzeltum existiert, das sollten Sie doch eigentlich ganz genau wissen! Spitzel können nur dort sein, wo man unanständige Sachen zur Ausführung bringt. Hier aber sollen Arbeiter, die in ehrlicher Weise für ihre Kollegen eintreten, Spitzel sein? Es ist sehr nett, daß Herr Kahardt eine derartige Bezeichnung für die Bauarbeiterkontrolleure erfinden hat, denn die Antwort der Bauarbeiter draußen wird er zu hören bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will einfach

weil man die ungeheuerlichen Unterlassungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes verbergen will.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat der Minister 1907 einen neuen Erlaß herausgegeben, in dem er sagt, daß für das platte Land und die kleinen Städte von dem Erlaß polizeilicher Bestimmungen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge auch jetzt noch abgesehen werden könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man einen derartigen Erlaß in die Welt hinausgehen läßt, dann beweist man damit, daß man

nicht den christlichen Willen zur Durchführung der Arbeiterfürsorge hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie sich einmal

die Berichte über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter bei Bahnbauten

geben. Sie werden aus ihnen entnehmen, eine wie ungeheuerliche Menschenverachtung auf dem Lande geübt wird. In der Nähe von Hannover haben Maurerverband und Bauarbeiterverband bei Bahnbauten Arbeitsverhältnisse entdeckt, die eines kulturstaatlichen unwürdig sein sollten. Die Baracken befanden sich in einem Zustande, in dem man nicht Menschen bringt, sondern der sehr merkwürdig war als der Zustand eines Schweinstalles. Von dem Bauarbeiter war keine Rede. Allerdings waren es ausländische Arbeiter, die unter diesen kulturwidrigen Verhältnissen arbeiten muß, .. kommen aber dann die Arbeiterorganisationen und greifen

ein, dann wirft man ihnen vor, daß sie hehnen! Wir verlangen Arbeiterkontrolleure, wie wir sie für den Bergbau verlangt haben. Die Arbeiter haben sich allerdings schon selbst helfen müssen und eigene Kontrolleure angestellt. Bei einer Kontrolle des Regierungsrats Hartmann unter Zuziehung eines solchen Arbeiterkontrolleurs in Frankfurt a. M. hat sich herausgestellt, daß die Kontrolle der Berufsgenossenschaften absolut unzureichend war. Man sagt, die Arbeiter verstehen die statistischen Berechnungen nicht. Nun, viele Unternehmer kennen sie auch nicht. Die hohe Schulbildung allein tut es nicht, mehr wert ist eine jahrelange Erfahrung. Die Unfallrenten, die schließlich gezahlt werden, erweisen wahrhaftig die gesunden Glieder nicht. Wer die zahlreichen Unglücksfälle, die sich ereignet haben, ansieht, muß erkennen, welches Unglück und Elend aus dem mangelhaften Arbeiterschutz entstanden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Natürlich verlangen wir auch, daß die Arbeiterkontrolleure das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Wir ersuchen Sie deshalb, den Antrag Borgmann anzunehmen, aber bei dem Antrag dürfe die Bestimmungen unter a und b, welche den Weg der Berordnung vorsehen, insofern abzulehnen, denn die Veränderung auf dem Wege der Berordnung kann keinen wirksamen Arbeiterschutz bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter müssen wissen, auf welche gesetzlichen Bestimmungen sie sich verlassen können. Wir bitten deshalb, ein Reichsgesetz zum Schutze der Arbeiter zur Durchführung zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach:

Ich muß der Auffassung des Abg. Leinert widersprechen, daß die Staatsverwaltung den Gefahren, welchen die Arbeiter ausgesetzt sind, gewissermaßen mit verchränkten Armen und passiv gegenüberstehe. Ich muß Einspruch dagegen erheben, daß der Bauarbeiterschutz in Preußen völlig im argen liegt und daß sich niemand darum kümmere. Bei allen Unfällen, die sich ereignen, darf man nicht unterlassen, zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Unfälle auf die Nichtachtung der Gefahren von Seiten der Arbeiter zurückzuführen ist. (Sehr richtig! rechts.) Durch die ständige Panzerung gewöhnt sich der Arbeiter an die Gefahren und achtet sie nicht. Anträgen gegenüber, wie sie die Abgg. Borgmann und Hise heute eingebracht haben, hat sich die Staatsregierung bisher ablehnend verhalten. Die Regierung ist auch heute nicht in der Lage, einen veränderten Standpunkt einzunehmen. (Bravo! rechts.) Eine solche Regelung würde auch nicht Rechnung tragen den örtlichen und klimatischen Verhältnissen. Viel zweckmäßiger sind darin

bewegliche Polizeiverordnungen,

die je nach dem Bedürfnis einer Fortbildung unterliegen. Wegen einer Änderung der Kontrolle durch Einführung von Arbeiterkontrolleuren besteht nach wie vor grundsätzliche Bedenken. (Sehr richtig! rechts.) In erster Linie ist die Erziehung maßgebend, daß der Arbeiter mangelnd technischer Vorbildung als Kontrolleur nicht geeignet ist. Für die Kontrolle sind notwendig Kenntnisse auf konstruktivem Gebiete, Kenntnisse der statischen Berechnung, des Schiffsbaus usw. Alle diese Kenntnisse fehlen dem Arbeiter. Ferner würde

„Der soziale Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“

— die Verhältnisse sind schon jetzt sehr zugespitzt — gefährdet werden. Es würde sich hieraus eine Verschiebung des Gleichgewichts zuungunsten der Arbeitgeber vollziehen. (Sehr gut! rechts.) Dieser Verschiebung des Gleichgewichts kann die Regierung nicht zustimmen. Wir haben auch Widerpruch erhoben, als es galt, durch Einführung der Streiklausel eine Verschiebung des Gleichgewichts zuungunsten der Arbeiter durchzuführen. Endlich sind wir überzeugt, daß die Sozialdemokratie sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, diese Kontrolleure ausschließlich als ihre Organe zu betrachten. (Sehr richtig! rechts.) und versuchen würde, einen schärferen Druck auszuüben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Tatsache ist allerdings, daß in Bayern Arbeiterkontrolleure eingeführt sind. Diese geben aber nicht aus Wahlen der Arbeiter, sondern aus Wahlen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hervor. Aus dieser Einrichtung kann man bisher aber keineswegs den Schluß ziehen, daß sie besonders günstig wirke. Die Zahlen, die bisher vorliegen, beweisen eher das Gegenteil. Danach kommen auf 100 000 Arbeiter in Preußen 1902: 65 Verunglückte, 1907: 74,2 Verunglückte, dagegen in Bayern 1902: 116 Verunglückte, 1907: 105 Verunglückte. (Hört! hört! rechts.) In der Gesamtgegenüberstellung ergeben sich 1907 für Preußen: 757 Fälle, für Bayern: 1119. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Felsch (L.):

Jedes Wort des Abg. Leinert war beinahe mützig. Das sind wir ja von den Sozialdemokraten gewohnt; sie kümmern sich nicht um die amtlichen Zahlen, sondern greifen sich Zahlen aus der Luft. Es liegt auch der Sozialdemokratie gar nicht an einer Verbesserung der Baukontrolle, sondern sie will nur Arbeiterkontrolleure, um ihre Macht zu vergrößern. (Sehr richtig!) Mit der Einführung von Arbeiterkontrolleuren würden wir das ganze Baugewerbe der Macht der Sozialdemokratie unterstellen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben jetzt fast schon 7000 Millionen für Arbeiterschutzesgesetzgebung ausgegeben. Leider haben sich aber die Hoffnungen, die man auf die Arbeiterschutzesgesetzgebung gesetzt hat, nicht erfüllt. Die Unzulriedenheit der Arbeiter ist heute größer als je. Wir haben so gut wie nichts erreicht; die Kluft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist immer größer geworden. Was der Abg. Leinert über die Unfälle sagte, war alles falsch und übertrieben. Viele Unfälle werden von den Arbeitern selbst herbeigeführt. Es mag den Sozialdemokraten ja nicht unangenehm sein, dies zu hören, aber es ist so. Wenn der Antrag angenommen würde, so würde das nur bedeuten, daß die Baubetriebe den Sozialdemokraten ausgeliefert würden. Die anderen Betriebe würden dann folgen. Wenn die Regierung dem Antrage zustimmen sollte, dann würden die Pluten der Sozialdemokratie über ihrem Haupte zusammenschlagen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Sozialdemokraten einstimmig abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Heine (natl.): Wir sind gern dafür, daß der Bauarbeiterschutz streng gehandhabt wird, aber wir sind nicht dafür, Arbeiterkontrolleure einzustellen; deswegen werden wir gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Abg. Fehr v. Jellig (L.): Meine politischen Freunde werden sowohl den sozialdemokratischen als auch den Zentrumsantrag glatt ablehnen. Wir erblicken in diesen Anträgen geradezu eine nationale Gefahr!

Die bisherigen Arbeiterschutzeinrichtungen sind durchaus ausreichend.

Abg. Dr. Schupp (fr. Sp.): Meine Freunde werden beiden Anträgen zustimmen. Schon im Reichstage haben wir ähnliche Anträge eingebracht. Allerdings muß man nicht glauben, daß mit der Anstellung von Arbeiterkontrolleuren die Unfälle abnehmen werden. Ich bedaure dagegen sehr, daß der Abgeordnete Leinert den Arbeitgebern solche schweren Vorwürfe gemacht hat. Es wird auf beiden Seiten gesündigt. Wenn man Arbeiterkontrolleure aufstellt, dann müßten allerdings sämtliche politischen Bestrebungen ausgeschaltet werden. (Lachen rechts.) So groß wie der Abgeordnete Felsch meinte, ist die Macht der Sozialdemokratie noch nicht. Wenn man das rote Gespenst aber an die Wand malt, wie es Herr Felsch tat, dann fördert man die Sozialdemokratie. Bekämpfen kann man sie nur dadurch, daß man die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Deshalb werden wir für die Anträge stimmen. Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Leinert: Herr Felsch hat meine Zahlen für falsch erklärt. Die Zahlen aber, die ich anführte, waren amtliche Zahlen und der amtlichen Statistik entnommen.

Sodann wird der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Auch der Zentrumsantrag wird abgelehnt.
Der Titel „Gehalt des Ministers“ wird bewilligt.
Beim Titel „Gehalt des Unterstaatssekretärs“ findet eine längere Debatte über die rigorose Kündigung der Regierungsbauern statt, wobei Minister v. Breitenbach eine Widerlegung der bestehenden Forderungen bringt.
Beim Kapitel „Bauverwaltung“ wird Abg. Hammer (L.) dem Minister Staatssozialismus vor, weil die Bauverwaltung bei dem Hofbau in Westfalen eigene Arbeiter angestellt und nicht die dort wohnenden Handwerker beschäftigt habe!
Ein Regierungskommissar: Der Verwaltung ist von diesen Vorfällen nichts bekannt. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um das Handwerk zu fördern.
Das Kapitel wird bewilligt.
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. (Außerdem Eisenbahnetat.)
Schluß 1 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

3. Sitzung, Mittwoch, den 17. März.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.
Frhr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.
Vizepräsident a. D. Becker-Röllin: Am 20. November vorigen Jahres gehörte unser hochverehrter Präsident Frhr. v. Mantuffel diesem Hause 25 Jahre an. Da wir damals nicht versammelt waren, bietet sich erst heute Gelegenheit, ihm unsere Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. (Lebhaftes Bravo.)
Präsident Frhr. v. Mantuffel spricht seinen Dank aus.
Auf der Tagesordnung stehen
sämtliche Besoldungsvorlagen für die Beamten, Lehrer und Geistlichen, die Steuererlasse und das Wohnungsgeldzuschußgesetz.

v. Buch: In feierlicher Stunde ist dem Abgeordnetenhaus vom Ministerpräsidenten der Dank für die Erledigung der Besoldungsvorlage ausgesprochen worden. Ich kann mich diesem Dank nur mit sehr weit gehenden Beschränkungen anschließen. (Sehr richtig!) Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses waren ein wenig erfreuliches Blatt in der Geschichte unserer inneren Staatsverwaltung und in der Entwicklung unseres Parlamentarismus.

(Sehr richtig!) Die Beamten haben vielfach vergessen, daß sie königliche Beamte sind. Die Parlamente haben vor allem die Rechte der Steuerzahler zu wahren und müssen daher zu weitgehenden Forderungen streichen. Das Abgeordnetenhaus aber hat bei der Besoldungsvorlage nur erhöht und nur einmal herabgesetzt. (Hört! hört!) Es hat sich viel zu sehr von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen. Für uns ist natürlich jetzt die Situation unangenehm, nachdem Regierung und Abgeordnetenhauses sich geeinigt haben. (Sehr richtig!) Die Regierung hätte doch wirklich auch daran denken sollen, daß sie im Herrenhause einen Widerstand finden würde! (Lebhafte Zustimmung.) Dann wäre auch eine Gewähr dafür gegeben, daß die unbedingt notwendige Disziplin unter der Beamenschaft wiederhergestellt worden wäre.

Gehälter zu erhöhen und die Bezahlung dem lieben Gott und den Sozialdemokraten zu überlassen (Weiterleit.), ist sehr leicht.

(Weiterleit.) Deshalb wenden wir uns ja auch gegen die Nachlässigkeiten, weil wir nicht wollen, daß die Zukunft für die Gegenwart bezahlt!

Jeder Mensch muß das, was er ausübt, auch selber aufbringen! (Sehr richtig!) Der Gedanke der Gesellschaftsteuer war gut und hätte vom Abgeordnetenhaus nicht verworfen werden sollen. Vielleicht denkt das Reich an die Einführung dieser Steuer, bei der man nicht von der „Ärte des armen Mannes“ und von „Mittelstandsbesitzenden auf Aktien“ sprechen kann. (Sehr richtig!) Einer gründlichen Revision bedürfen die Gehaltsbezüge der Beamten. Wer Beamter ist, hat seine ganze Kraft dem Staate zu widmen und nicht bei Dritten zu arbeiten. Die Herabsetzung der Steuerzuschläge auf Einkommen von 1200 M. begrüße ich mit Freuden. Wer verdient, soll auch mitzahlen! (Sehr richtig!) Nur so wird es möglich sein, den maßlosen und übertriebenen Forderungen entgegenzutreten. Leider sind die Zuschläge nur für drei Jahre bewilligt worden. Aber das liegt daran, daß

das gesetzgeberische Talent der Gegenwart nicht sehr hoch ist. Man erläßt Gesetze, die man teilweise selbst nicht versteht. (Weiterleit.) Die Ausdehnung des Kinderprivilegiums ist eine Verbesserung. Bei der Novelle zum Einkommensteuergesetz kann man auch angeht die ihr vom Abgeordnetenhaus gegebenen Fassung von einer übermäßigen Belastung der minderbemittelten Schichten nicht reden. Je mehr die Zuschläge wachsen, desto mehr wächst bei den Steuerzahlern die Reizung, die Unwahrheit zu sagen. Das Reich ist auf altpreussischen Traditionen aufgebaut, es kommt im Wachsen, wenn wir an diesen Traditionen festhalten! Deshalb mahne ich Sie, an diesen bewährten Traditionen festzuhalten. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Den letzten Worten des Vorredners kann ich mich nur anschließen. Ich habe mich im Abgeordnetenhaus nach Kräften bemüht, diese altpreussischen Traditionen hochzuhalten. Der Agitation einzelner Beamtenkategorien bin gerade ich scharf entgegengetreten. Ich muß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses insofern in Schutz nehmen, als es doch weit zurückgeblieben ist hinter den viel zu weitgehenden Forderungen einzelner Beamtenkategorien, vor allem der Lehrerschaft. Zu danken ist das der Einigung aller Parteien von rechts bis links.

Es freut mich, daß Herr v. Buch die Gesellschaftsteuer für eine gute Steuer gehalten hat. Aber vor der Übertragung der Gesellschaftsteuer auf das Reich muß ich doch auf das Schärfste warnen. Das wäre der erste Schritt, dem Reich Konzeptionen auf dem Gebiete der direkten Steuern zu machen. (Sehr richtig!) Daß die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Steuerzuschläge nicht auf die Dauer bestehen bleiben können, ist auch die Ansicht der Staatsregierung. Der Wohnungsgeldzuschuß konnte von Preußen nur provisorisch geregelt werden, weil die Regelung im Reich noch bevorsteht und Preußen mit dem Reich konform gehen muß. (Beifall.)

Kirchenrat Dr. Kopp: Ich kann dem Abg. v. Buch darin nicht Recht geben, daß das Abgeordnetenhaus und die Regierung den übertriebenen Forderungen der Beamten sich gebeugt und nur Erhöhungen über die ursprüngliche Vorlage hinaus beschlossen hätten. An der Vorlage betr. die Verbesserung der katholischen Geistlichen 3. B. ist nichts geändert worden.

Kürstl. Reichsrat: In vielen Punkten bin ich mit Herrn v. Buch durchaus einverstanden. Ramens meiner ganzen Diözese muß ich hier aber feierlichen Protest erheben gegen die Ausnahmestellung, die sich gegen die katholischen Geistlichen meiner Diözese richtet. Sie ist einer jener vergifteten Pfeile — ich nehme keinen Anstand, das zu erklären — die in der Kulturkampfszeit gegen uns geschleudert wurden.

Ministerialdirektor v. Clappius verteidigt die Ausnahmestellung der katholischen Geistlichkeit in Posen und Westpreußen. Gerade durch die katholischen Geistlichen sind die Solol- und Strobdörfer weitgehend unterstellt worden. Auch der Schulstreik wurde von der katholischen Geistlichkeit gefördert. Unter diesen Umständen konnten wir diesen Geistlichen nicht dieselben Bezüge gewähren wie den anderen Geistlichen. Hoffentlich braucht diese Ausnahmestellung nicht dauernd aufrecht erhalten zu werden. (Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm: Die Geistlichen predigen von den Kanzeln, daß deutsch protestantisch und polnisch katholisch sei. Die Maßnahme richtet sich nicht gegen die Bischöfe, sondern nur gegen die Geistlichen. Möchten aber die Bischöfe aus ihr den Mut schöpfen, in Zukunft diesen Geistlichen scharfer entgegenzutreten als bisher. Die Ausnahmestellung ist der

erste Schritt auf einem Wege, den die Regierung längst hätte beschreiten sollen. (Beifall.)

Professor Hillebrand - Breslau: Das Abgeordnetenhaus hat an der ursprünglichen Regierungsvorlage wichtige Änderungen vorgenommen, die nach vielen Richtungen eine Verbesserung darstellen. Aber gegen manche Einzelheiten müssen doch schwere Bedenken geäußert werden. Da ist vor allem die neue schwere Belastung der Kommunen zu nennen, vor allem der kleinen Kommunen. Die erheblichen Mehraufwendungen für die Lehrer müssen notwendigerweise zu einer Zurücksetzung der anderen Kulturaufgaben führen. Eine Erhöhung der Lehrergehälter an und für sich erkennen wir als berechtigt an, wenn wir auch die Agitation in Lehrerkreisen diesfalls nicht billigen können. (Beifall.)

Oberbürgermeister Lenke-Wagdeburg: Daß eine Erhöhung der Beamtenbezüge notwendig war, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Aber die Art des Zustandekommens der Besoldungsvorlage muß doch gerade vom Standpunkt der Kommunen zu mancherlei Bedenken führen. Sie greift tief ein in die Interessen der kommunalen Schulverbände. Wie hat man die Kommunen bei dieser wichtigen Angelegenheit behandelt! Im Vorjahr hat man uns noch kein Wort gesagt, daß diese Vorlage hier kommen würde. Infolgedessen hatten die Kommunen ihre Haushaltspläne für 1900 bereits aufgestellt, ehe diese Besoldungserhöhungen mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden waren. Die an sich zu begründende Ausdehnung des Kinderprivilegiums bringt z. B. der Stadt Wagdeburg eine Mindereinnahme von 110 000 M. Dafür haben wir nicht den allgeringsten Ersatz, während die Regierung sich für den Ausfall an den Steuerzuschlägen schadlos hält. Die Kommunen aber dürfen solche Zuschläge nicht erheben!

Am 1. April tritt das Sozialsteuergesetz in Kraft, die Staatszuschüsse werden uns mit rückwirkender Kraft entzogen, das Kinderprivilegium wird ausgedehnt und die Steuerzuschläge werden doch auch von den Mitgliedern der Kommunen erhoben! Wo soll das hinaus? Der Staat beruht auf den Kommunen, und wenn diese leiden, dann muß auch der Staat leiden. (Sehr richtig!) In dieser Form darf daher die Vorlage nicht Gesetz werden! (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Als die Regierung im Abgeordnetenhaus gegen die allzu weitgehenden Beamtenforderungen auftrat, da stand sie ganz allein, da herrschte im Walde der großen Kommunen tiefes Schweigen. Damals hätten uns die Herren unterstützen und uns nicht heute bekämpfen sollen, wo wir einer vollendeten Tatsache gegenüberstehen. Geradezu verwunderlich ist, wie der Vorredner sagen konnte, die Kommunen seien auf die rückwirkende Kraft nicht vorbereitet gewesen. Sie ist feierlich zu Beginn der Landtagssession angekündigt worden. Von den neuen Lasten des Lehrerbefoldungsgesetzes entfiel nur der siebente Teil auf die Kommunen. Da kann man doch nicht von einer großen Schädigung der Kommunen sprechen. Wenn das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, nur da Staatszuschüsse zu gewähren, wo ein Bedürfnis vorliegt, so entspricht das nur der Gerechtigkeit. Ist es etwa gerechtfertigt, einer Stadt wie Berlin einen festen Staatsbeitrag in Höhe von 435 000 M. zu gewähren? Ich gönne den Großstädten alles Gute. Aber sollen wir Städte wie Köln, Frankfurt a. M. oder Düsseldorf Staatszuschüsse für die Erhaltung der Schulen bewilligen? Wird an dem Grundsatz des Abgeordnetenhauses gerüttelt, daß nur leistungsschwache Gemeinden unterstützt werden sollen, dann wird die Gefahr der Besoldungsflotten heraufbeschworen, die für die Großstädte viel größer ist als die Entziehung der Staatszuschüsse. (Beifall.)

Graf Hart von Wartenburg: Auch nach der Erhöhung der Lehrergehälter werden die Lehrer nicht zufrieden sein. (Sehr richtig!) Der Resolution des Abgeordnetenhauses auf Erhöhung der Gehälter der Mittelschullehrer sollte die Regierung bald nachkommen. Das entspricht nur der Billigkeit, nachdem man jetzt die Gehälter der Volksschullehrer sehr erhöht hat. Bei der Besoldungsvorlage selbst bedauere ich, daß keine gehaltliche Verbesserung der Regierungsbediensteten erreicht ist.

Ministerialdirektor Schwarzkopff:

Die Staatsregierung würde es tief bedauern, wenn dem Lehrerbefoldungsgesetz hier Schwierigkeiten bereitet würden, denn es handelt sich um die Berechtigung eines Notstandes. Es ist gesagt worden, die Lehrer würden nie zufrieden werden. Nun, ich verfolge die Stimmung unter der Lehrerschaft sehr genau und kann sagen: die Stimmung ist nach der Verabschiedung der Vorlage im Abgeordnetenhaus eine wesentlich ruhiger geworden. Die Regierung geht daher die feste Zuversicht, daß das Herrenhaus an einigen Meinungsverschiedenheiten das eminent wichtige Gesetz nicht scheitern lassen wird.

Können nun die Kommunen die neuen Lasten tragen? Wir verkennen nicht, daß die ganze Besoldungsreform die Kommunen schwer treffen wird. Aber gerade die kleinsten Gemeinden haben wenig Grund zur Klage. Die Staatsregierung stellt den Schulverbänden bis zu 25 Schulstellen die gesamten Mehrkosten zur Verfügung. (Bravo!) Was die Großstädte anlangt, so ist ihnen bisher in der Tat in Form der Staatszuschüsse ein Geschenk gewährt worden. Und zum Vergleich haben wir das Geld wirklich nicht. (Weiterleit.) Es ist schwer zu beweisen, daß die großen leistungsfähigen Gemeinden unterstützt werden müssen. Für den Etat von Berlin spielen 435 000 M. ebensowenig eine Rolle wie die 110 000 M. Staatszuschuß für Hannover und die 100 000 M. für Frankfurt a. M. Das sind alles reiche Gemeinden, die selbst zahlen können. Es muß gelingen, die Bedenken der Kommunen zu zerstreuen. Der Staat wendet erhebliche Mittel auf, während die Kommunen nur einen verschwindenden Teil zu tragen haben. (Beifall.)

Graf v. Hofenthal-Hohenpriesnitz: Die Erhöhung der Bezüge der evangelischen Geistlichen ist ein Kunstwerk gesetzgeberischer Vollarbeit: es berücksichtigt alle Interessen. Das ist herzerfrischend für jeden, dem das Wohl der Kirche am Herzen liegt. Gerade in der gegenwärtigen Zeit wissen Staat und Kirche zusammenzuarbeiten, wo Materialismus und Materialismus und noch mehr die antichristlichen Führer der Sozialdemokratie gegen die Kirche arbeiten. Auch radikale Theologen suchen die Gemeinden zu überreden. Dr. Reine hat uns einmal ein Lied davon gesungen, welche Verheerungen Naedel und Niesche in der christlichen Jugend anrichten, und hat uns aufgefordert, Schulter an Schulter mit dem Replerbund für eine wahre, echte Biologie einzutreten. Für diesen Kampf bedürfen wir eines adrechten besoldeten Pastorenstandes. Wir freuen uns auch über die Erhöhung der Ruhegehälter der Geistlichen und die Bereitstellung von Mitteln zur Verrückung der armen Pfarrerrwitwen. Vergessen sind die Pfarrer, die in der inneren Mission und im Ausland tätig sind. Was bedanken wir nicht Mannern wie Widern, Stöder und Wodschlawing! (Sehr richtig!) Was bedeutet Kultur ohne Christentum? Die Kirchenregierungen sollten den in äußerer und innerer Mission tätigen Pfarrern zum mindesten Ruhegehälter gewähren. (Beifall.)

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 1 1/2 Uhr: Schlußberatung des Antrages Grafen Kirchbaß betreffend Stellungnahme gegen jeden weiteren Ausbau der Reichsberufungsinstanz, Besoldungsvorlagen (Fortsetzung), keine Vorlagen.
Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Subkommission des Reichstags.

(33. Sitzung, 17. März.)

Die Subkommission begann heute mit der

Beratung des Marineetat,

sam dabei aber nicht über die Erweiterung der allgemeinen Frage hinaus. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, v. Tirpitz, nahm die Gelegenheit wahr, um in längeren Ausführungen die von dem Vizeminister a. D. Galtzer gegen die Marineverwaltung erhobenen Vorwürfe der ungeschickten Organisation zurückzuweisen und zu begründen, daß

in unserer Marineverwaltung alles aufs Beste besetzt

sei! Admiral Galtzer hätte reden sollen, als er noch im Dienste war, und nicht, nachdem er ausgeschieden ist! Hebrigen habe Galtzer sich nicht in einer Stellung befunden, die ihm in allen wichtigen Dingen den zu einer sachgemäßen Würdigung erforderlichen Einblick gewährt hätte.

Der Staatssekretär erörtert dann

die Möglichkeit eines Seekriegs mit England

und welche Lasten Deutschland hierbei einzuschlagen hätte, wobei er der Befestigung Helgolands und dem Ausbau der Unterseeboote einen bedeutenden Wert beimißt.

Der Zentrumsabgeordnete Graf v. Oppersdorf regt an, den Wettlauf mit England einzuschränken, was vom Abgeordneten Erzberger lebhaft unterstützt wird. Letzterer verweist darauf, daß nach den Berichten über die gestrige Sitzung des englischen Unterhauses der Lord der Admiralität erklärt habe, daß die englische Regierung bei der deutschen eine Verhandlung über die Stärke der Kriegsstärke beider Länder angeregt, aber keine Gegenliebe gefunden habe! Er wüßte zu wissen, wie die Sache sich verhalte. Mit der Behauptung des Reichsanzlegers im Plenum des Reichstages, daß eine internationale Verständigung über diese Frage nicht angeregt worden sei, stände diese Erklärung des englischen Lords nicht in Widerspruch, denn der Reichsanzleger habe von einer internationalen Verständigung gesprochen, während hier nur von einer Abmachung zwischen zwei Staaten die Rede sei. Er verlange, daß man dem Gedanken einer

Kontingentierung beim Bau von Kriegsschiffen

näherträte.

Abgeordneter Semler fragt entsetzt, ob der Sitzkrieg auch in der Marineverwaltung eingeführt werden solle! Durch das Flottengesetz sei die Zahl der zu bauenden Schiffe festgelegt und müsse innegehalten werden. Abg. Erzberger nimmt nochmals das Wort und weist darauf hin, daß unsere Weigerung, über die Zahl der zu bauenden Kriegsschiffe mit England ein Abkommen zu treffen, uns wirtschaftlich von großem Schaden sein könne, weil England dann durch die ihm auferlegten Flottenlasten gezwungen werden würde, zum Schutzsystem überzugehen, was unsere Ausfuhr nach dort ganz empfindlich schädigen würde. Was nütze uns dann — so rief Erzberger aus — eine große Kriegsstärke, wenn unsere Exportindustrie daniederliegt und unsere Arbeiter beschäftigungslos sind! Dann sind wir zweimal geschlagen!

Zum Schluß der Sitzung gab es noch ein amüsantes Zwischenstück: Der konservative Abgeordnete Dräpfer, ein medienburgischer Beamter, hielt eine schmeichele Rede gegen unsere herrliche Kriegsstärke und erklärte feierlich, daß wir wirtschaftlich nicht in der Lage wären, neben der stärksten Landmacht die zweitstärkste Seemacht zu sein. Das sei einfach unmöglich, wenn wir uns nicht verbluten wollten. Besser sei es, die Landarmee zu vermindern, denn auf dieser beruhe unsere Kraft; für die vielen Schiffe lieber ein Armeekorps mehr! Doch als Herr Dräpfer geredet hatte, erhob sich sein Fraktionskollege Hans Edler Herr zu Pulitz, um gemessen, aber nachdrücklich zu erklären, daß sein Vorredner nur in seinem eigenen Namen und nicht in dem der konservativen Fraktion gesprochen habe!

Erzberger ersuchte den Staatssekretär noch, die amtlichen Berichte aus dem englischen Parlament zu beschaffen, damit festgestellt werden könne, was dort in bezug auf die Einschränkung des Baues von Kriegsschiffen gesagt worden sei.

Nächste Sitzung Donnerstag, Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Die Arbeitskammerkommission

fürte in ihrer Mittwochsitzung die erste Lesung der Vorlage zu Ende. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten zu den Kapiteln „Kostenaufwand“ und „Geschäftsführung“ eine Anzahl von Anträgen eingebracht, die auf eine wirkliche Selbstverwaltung der Kammern abzielten.

Der § 23 der Regierungsvorlage ermächtigt die Gemeinden, durch Bestimmungen im Ortsstatut die auf sie entfallenden Kostenanteile zurückzufordern. Ein Antrag der Sozialdemokraten fordert die Streichung dieses Paragraphen, da, wie begründet von den Antragstellern ausgeführt wurde, die Kosten der Erhebung und Beitreibung der auf die Arbeitnehmer und Arbeitgeber entfallenden Kostenanteile voraussichtlich höher sein werden als die Kosten, die die Kammern für ihre Tätigkeit ersordern. Der Antrag wurde abgelehnt; angenommen wurden dagegen Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums, die die Kostenerhebung zu regeln versuchen. Nach dem § 25 der Vorlage soll der Haushaltsplan der Kammern die Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, ebenso die Aufwendungen, die im Haushaltsplan nicht vorgeesehen sind. Auch diese Bestimmungen wollte ein sozialdemokratischer Antrag gestrichen wissen, um den Kammern ein möglichst großes Maß von Selbstverwaltung zu sichern. Die Mehrheit der Kommission lehnte indes auch diesen Antrag ab.

Die Verwaltung und Führung der Geschäfte der Arbeitskammer wolle ein weiterer sozialdemokratischer Antrag einem Verwaltungsausschuß übertragen, der gemäß § 29 der Vorlage von der Arbeitskammer gewählt werden und dem mindestens je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören sollte. Obgleich in der ersten Lesung im Plenum des Reichstages mehrere Parteien die Notwendigkeit betont hatten, den Kammern die größtmögliche Selbstverwaltung einzuräumen, fand auch dieser sozialdemokratische Antrag, der der Autokratie des Reichstages bedeutende Einschränkungen geben hätte, keine Annahme. Abgelehnt wurde auch der Antrag, der Hälfte der Kammermitglieder das Recht auf Einberufung einer Sitzung zu gewähren.

Der § 29 der Vorlage bestimmt, daß die Arbeitskammern berechtigt sein sollen, Ausschüsse zu bilden und mit besonderen Aufgaben zu betrauen. Es ist darin nicht ausgeprochen, daß den Ausschüssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören müssen. Die Diskussion über einen sozialdemokratischen Antrag, der einen Zusatz in diesem Sinne anfügen wollte, ergab eine Erklärung der Regierungsdirektoren, nach der es gestattet sein soll, zur Vorbereitung besonderer Aufgaben auch imperatorische Ausschüsse einzusetzen! Sollen also besondere Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrgenommen werden, so ist die Kammer berechtigt, einen Ausschuß, bestehend aus Arbeitnehmern, zur Vorbereitung der zu ergreifenden Maßnahmen zu bilden!

Eine längere Debatte entspann sich beim § 31 der Vorlage, der als Regel die

Oeffentlichkeit der Sitzungen

vorschreibt. Anträge der Konservativen und Nationalliberalen verlangten, daß nur für Ausnahmefälle die Sitzungen öffentlich sein sollten. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte das Prinzip der Oeffentlichkeit, verlangte aber auch ausdrücklich, daß nicht der Vorsitzende, sondern die Kammer über Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzungen entscheiden soll. Die Abstimmung ergab die Ablehnung sämtlicher Anträge und Beibehaltung des § 31 in der Fassung der Regierungsvorlage.

Zum § 39 wurde auf Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums beschlossen, daß in der Geschäftsordnung der Arbeitskammern vorzuschreiben ist, daß die Abstimmung geheim stattfindet, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder das verlangt.

Der § 40 wurde dahin abgeändert, daß anstelle der Landeszentralbehörde der Bundestrat ermächtigt sein soll, in Ausnahmefällen die Aufsichtsbehörden der Arbeitskammern zu bestimmen.

Der § 43 nimmt die Betriebe der Geores- und Marineverwaltung vom Gesetz aus. Ein sozialdemokratischer Antrag will diese Ausnahmestimmung gestrichen wissen, um den Ar-

bettern der Heeres- und Marineverwaltung eine Interessenvertretung in den Kammern zu ermöglichen. Auch dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt, nachdem die Regierungsvertreter erklärt hatten, daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrages das ganze Gesetz gefährde.

Auf eine Anfrage des Genossen Sebazing, ob die Kammern berechtigt sein sollten, zur Beratung gemeinsamer Fragen zusammenzutreten, erklärte Ministerialdirektor Caspar, daß die sachliche Gliederung nur ein Zusammenzutreten gleichartiger Gewerbebezüge zulasse, eine gemeinsame Beratung der Kammern verschiedener Gewerbebezüge aber verbiete.

Die zweite Lesung soll am Mittwoch, den 24. März, beginnen.

Die Finanzkommission des Reichstags

Lam am Mittwoch nicht einmal mit der Generaldiskussion der Weinsteuer vorlage zu Ende. Genosse Dr. David als Korreferent bezeichnete die Weinsteuer als ein Glied in der Kette der indirekten Steuern, das aber dadurch für die Sozialdemokraten nicht annehmbarer werde, daß man die Weinsteuer als Besteuerung eines Luxusgetränks bezeichne. Luxussteuern sind unrationell. Wollte man dem Luxus wirklich an den Aragen, so sei es einfacher und rationeller, direkt den Geldbeutel zu beizen. Nationalökonomisch unrationell sei es auch, immer mehr menschliche Arbeitskraft auf die Kontrolle und Erhebung indirekter Steuern zu verwenden, wodurch sie der Produktion entzogen werden. Das widerspricht den allgemeinen nationalen volkswirtschaftlichen Interessen.

Auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage eingehend, weist David eine Reihe von Widersprüchen und Unstimmigkeiten nach, so namentlich, daß der Zivildienst, die reichen Weintrinker, die feinsten Weine in Fässern im Keller lagern haben, zu treffen, gar nicht erreicht werde, während der kleine Weinkonsumant aus dem Mittelstande, der sich den Wein flaschenweise kauft, von der Flaschensteuer wie auch von der Zuschlagsteuer, also zweifach, getroffen wird. Wo bleibt bei solcher Gesetzgebung die Vernunft und die Gerechtigkeit? Der wirklich Reiche wird durch das Gesetz nicht erreicht, sondern der Mittelstand wird wieder ganz besonders hart getroffen. Dazu sind auch die kleinen und mittleren Weinbauern zu rechnen. Dem kapitalkräftigen Händler wird es ein Leichtes sein, die Hauptlast der Steuer auf den wirtschaftlich schwachen Produzenten abzuwälzen; die Vorlage bietet diesem nicht die geringsten Garantien. Daß die Steuer einen Rückgang des Konjunktur Folge haben wird, gibt die Regierung selbst zu; sie nimmt jedoch an, daß sich dieser Rückgang nur auf die ersten Jahre beschränken werde. Dieser Rückgang wird aber den Winzern schwere Wunden schlagen und einen Preisrückgang zur Folge haben. Daher auch der Sturm der Entrüstung unter den Weinbauern, was um so erklärlicher ist, als deren Existenz schon seit Jahren eine schwer bedrückte ist. Das geht auch aus dem Rückgang der Weinbergpreise hervor, die in den letzten Jahren um 20 bis 30 Proz. gefallen sind, wie David aus einwandfreiem Material nachweist. Diese Situation durch das Steuergesetz zu verschärfen, sei ein an den kleinen Weinbauern verübtes schreckliches Unrecht, und wenn die tonangebenden Kreise der Agrarier dabei mitmachen, so ist das um so schlimmer, als diese sich stets ihres Wohlwohls für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe rühmen. Jedenfalls werde die Sozialdemokratie bei ihrer ablehnenden Haltung verharren.

Ministerialdirektor Kühn steht auf dem Standpunkt, daß sich gegen die Vorlage im Prinzip nichts einwenden lasse, wenn auch Einzelheiten verbesserungsfähig sein mögen.

Graf Kaas hat die Weinsteuer vorlage mit Freuden begrüßt und wundert sich nur, daß dies bei den Sozialdemokraten nicht auch der Fall sei, wie die Rede Davids erkennen lasse. Wichtig sei, was David behauptet habe, daß ein Rückgang im Weinbau und ein Preisrückgang für Weinberge eingetreten sei, aber dafür seien die schließlichen Weinpreiserlöse in jüngster Zeit verantwortlich zu machen; da werde aber das neue Weingesetz bessernd wirken. Dadurch, daß die Regierung sich auf die Besteuerung der Flaschenware beschränkt habe, bleibe allerdings die „feinen Familien“, wie sie David bezeichnet habe, ungehindert. So auch er, der sich seinen Wein in Fässern schicken lasse. Aber er empfinde es als nicht gerecht und das um so weniger, als er doch gern bereit sei, auch seinen Teil zur Weinsteuer beizutragen!

Ministerialdirektor Kühn erklärt, daß der Bundesrat die Frage der allgemeinen Weinsteuer reichlich erwogen, aber der ungeliebten Schwierigkeiten halber von diesem Vorschlag Abstand genommen habe. Die Kontrolle sei nicht so schwierig und kostspielig wie angenommen werde.

Kaas von der Wirtsch. Ber. ist mit dem Grafen Rantich völlig einverstanden, auch bezüglich der Verwunderung über die Stellung der Sozialdemokraten zu der Vorlage, und tritt ebenfalls für eine allgemeine Weinsteuer ein. Daraufhin erklärt der Bundesratsvertreter für Württemberg, daß seine Regierung dem vorliegenden Entwurf nur zugestimmt habe unter der Garantie der Beschränkung auf die neue Flaschensteuer, aber jeden Versuch einer allgemeinen Weinsteuer sich ganz entschieden widersetzen und auf ihren Schein bestehen werden.

Hormann von den Freisinnigen und Dr. Weber von den Nationalliberalen sind Gegner der Vorlage, müssen aber beide bekennen, daß sie nicht ihre ganze Fraktion hinter sich haben.

Der Schatzsekretär Sydow bezeichnet als Ausgangspunkt der Vorlage die Erwägung, daß man, da Bier und Branntwein besteuert werden, am Wein, dem Getränk der Wohlhabenden, nicht vorbeigehen könne. Wäre das geschehen, so würde die Regierung gerade von den Gegnern der Vorlage, den Sozialdemokraten, als Beschützerin des Besten gelobdankt werden sein.

Der Reichsparierler Schulz entwirft sich stillos über die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten, die er als Ungerechtigkeit empfindet. Das Volk würde es einfach nicht begreifen, wenn man den Wein steuerfrei lasse.

Dr. Fischer vom Zentrum erklärt, daß das Zentrum freudig für eine Weinsteuer stimmen würde, wenn es möglich wäre, die Konsumenten besserer Weinsorten — so für 6—8 M. und mehr die Flasche — ordentlich zu treffen. Dazu sei aber die Vorlage nicht geeignet. Anlässlich der Erörterungen der letzten Wochen habe das Zentrum sich entschlossen, um einer Förderung der Arbeiten der Finanzkommission nicht hindernd im Wege zu stehen, sich abwartend zu verhalten und bei der Abstimmung über § 1 in erster Lesung sich der Stimme zu enthalten.

Genosse Dr. David wendet sich zunächst gegen den mehrfach laut gewordenen Vorwurf der Inkonsequenz, weil wir nicht für die Weinsteuer zu haben seien, trotzdem Bier, Branntwein und Tabak so hohe Steuern aufbringen müßten! Wir sind als Gegner aller indirekten Steuern auf Vermittel nur konsequent, wenn wir auch diese als Rechtfertigungsteuer anzusprechende Weinsteuer ablehnen. Wir sind für jede direkte Steuer, die den Besitz trifft: die Nachsteuer, die progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, und deshalb verlage der Entwurf, daß wir die reichen Weintrinker unbesteuert lassen wollen.

Dierrich ist gegenüber der württembergischen Regierung der Meinung, daß die gegebene Zusicherung so gut wie gar keinen Wert habe.

Der württembergische Bundesratsvertreter bemerkt, daß seine Regierung mit ihrer Zustimmung ein schönes Opfer gebracht habe, aber auf ihr „moralisches Reservatrecht“ werde und müsse sie bestehen, und sei er überzeugt, daß der Bundesrat nicht verlangen werde, daß sie auf ihren „Schein“ verzichte.

Nachdem Kaas seiner Verwunderung über die Haltung der freisinnigen Württemberger Ausdruck verliehen, die Sozialdemokraten angerempelt und Paasche und Schleichardt sich für ihre Person gegen Graf Rantich nochmals für die Vorlage ausgesprochen, letzterer den notwendigen Winzern die notwendigen Schnapsbrenner gegenübergestellt, die sich oftmals das Geld zur Entrichtung der Brennsteuer pumpen müßten, auch sein Bedauern über den geringen Zoll auf ausländische Weine geäußert, wird die Debatte abgebrochen, um morgen fortgesetzt zu werden.

Die Kommission für das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen hat die zweite Lesung beendet und den Bericht fertiggestellt. Voraussichtlich wird sich aber das Plenum erst nach den Osterferien damit beschäftigen. Für die Bauarbeiter hat die Kommission eine Verbesserung beschlossen. Es soll der rückständige Lohn bis zur Höhe von zwei Wochen (auch bei Akkordarbeiten) ein unbefristetes Vorschub vor allen übrigen Forderungen haben. Natürlich nur dann, wenn der Bauarbeiter seine Forderung rechtzeitig angemeldet hat. Im übrigen ist das Gesetz recht unbefriedigend ausgefallen. Für das ganze Reich soll für Baugeldempfänger die Aufsichtspflicht eingeführt werden, damit festgestellt werden kann, ob und inwieweit die Baugelder bestimmungsgemäß verwendet werden. Die übrigen Vorschriften des Gesetzes gelten nur in denjenigen Landesstellen, wo sie durch landesherliche Verordnung eingeführt werden — voraussichtlich also nur in den paar Großstädten, sowie daß der Bauwindel von Antikwegen in die Vororte und die mittleren Städte getrieben wird!!

Zur Durchführung des Gesetzes ist eine neue Behörde vorgesehen: Das

Bauschöffensamt.

Die Einrichtung und Zusammenfassung ist aber wieder den Einzelstaaten und den Ortsstatuten überlassen, so daß zur Bekämpfung des überall gleichen Bauwindels ein sehr unentschiedenes Gesetz herauskommt.

Die Kommission für das Reichsbankgesetz hielt am 16. d. M. eine Nachsitzung. Es lagen zwei Abänderungsanträge vor. Der Silberkredit will der Reichsbank darüber billiges Gold beschaffen, daß es aus dem Reservefonds der Reichsbank die Hälfte (etwa 32 Millionen Mark) herausnimmt und dem Reiche überweist. Er möchte gleichzeitig das Grundkapital durch Ausgabe neuer Anteile um 50 Millionen erhöhen. Der Antrag, für den nicht einmal die Konservativen eintraten, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Kaas wollte den Reingewinn der Bank in folgender Weise verteilen: Zunächst 3 1/2 Proz. Dividende an die Anteilhaber, von dem Rest 75 Proz. an das Reich, 10 Proz. an den Reservefonds und die übrigen 15 Proz. wieder an die Aktionäre. Der Antrag wurde von den Sozialdemokraten lebhaft unterstützt. Genosse Singer erklärte, wir wollten ein Bankgesetz schaffen, kein Gesetz für die Bankiers. Der Antrag wurde schließlich mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Antisemiten, Konservative und der Pole, dagegen mit den Liberalen auch die Herren vom Zentrum, die eine überraschende Rücksicht auf das Großkapital bewiesen. Ein weiterer Antrag, für die Dividende der Anteilhaber eine Höchstgrenze von 6 Proz. festzusetzen, fand nur die Unterstützung der Sozialdemokraten und Antisemiten.

Die Osterferien des Reichstags.

Der Seniorenkongress des Reichstags beschloß am Mittwoch, die Osterferien am 1. April beginnen zu lassen und die erste Sitzung nach Ostern auf den 20. April festzusetzen.

Gewerkchaftliches.

Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften.

In allen Industrien beginnt sich trotz entgegengelegter Prophezeiungen der wirtschaftliche Rückgang immer deutlicher auszuprägen. Und es sind nicht nur die Gewerbe, die durch ihre Herstellung der wichtigsten Lebensbedürfnisse am innigsten mit der schnell wechselnden Konsumfähigkeit des Volkes verbunden sind, die unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Daniederliegen zu leiden haben. In allen Branchen macht sich das gleiche bemerkbar. So zeigt zum Beispiel auch das polygraphische Gewerbe von 1907 zu 1908 eine deutliche Verschlechterung der allgemeinen Lage.

In den folgenden Bismern sind die Arbeitsverhältnisse des Deutschen Buchbinderverbandes, des Gewerkschafts der graphischen Verufe, weiterhin des Buchdruckerverbandes, des Verbandes der Buch- und Steindruckereihlsarbeiter, des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, Photographen- und Lithographenbundes (beide sind jetzt mit den Lithographen und Steindruckern verschmolzen), des Gutenbergbundes und der Hornstecher- und Xylographenorganisation nach ihren eigenen Angaben an das Reichsstatische Amt zusammengestellt.

Als Wichtigstes ergibt sich, daß die Mitgliederzahl dieser Organisationen 1907 im Jahresmittel 107 888 betrug, im Jahre 1908 dagegen 111 419! Also hat die schlechte Zeit bis jetzt noch keine Verluste an Mitgliedern gebracht. Die Arbeitslosigkeit ist seit dem ersten Quartal 1907 fortgesetzt gestiegen. Fälle von Arbeitslosigkeit gab es im ersten Quartal 1907 rund 9300, dann 10 800, 14 800 und 13 000. Das erste Vierteljahr 1908 begann mit 11 900, dann stieg die Zahl auf 13 200, 16 900 und 15 800. Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit ist demnach fortgesetzt gestiegen. Im Jahresmittel ergibt sich für 1907 auf 100 Mitglieder 47,2 Fälle von Arbeitslosigkeit, 1908 dagegen 60,6! Die Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg von 731 020 auf 1 053 239. Wird ein durchschnittlicher Lohn von 25 M. angenommen, so ergibt sich für 1908 ein Lohnverlust von rund 4 1/2 Millionen Mark! Ein Drittel davon wurde gedeckt durch die von den Organisationen ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen, die in dem Jahre die runde Summe von 1 1/2 Millionen Mark erreichten. 1907 war es nur rund eine Million, die zu diesem Zwecke verbraucht wurde. Gegenüber diesen Leistungen der Arbeiterorganisationen erscheint die Lust der Regierung, der Arbeitslosigkeit zu steuern, bedenklich gering. Und, was überdies selbstverständlich ist, auch die Länge der einzelnen Fälle von Arbeitslosigkeit hat von 1907 auf 1908 stark zugenommen. Im erstgenannten Jahre kamen auf einen Fall 15 Tage, 1908 waren es 18,2 Tage im Durchschnitt. Unter 100 Mitgliedern waren 60,6 im Durchschnitt 18,2 Tage arbeitslos; dies ist das wirtschaftliche Resultat des Jahres 1908 für das polygraphische Gewerbe.

Zu beachten bleibt dabei besonders, daß die in Frage kommenden Arbeiter sehr gut organisiert sind. Es bleiben aber immer noch genug Unorganisierte übrig, denen kein Schutz und keine Hilfe zur Seite steht. Was ist aus all diesen Unglücklichen geworden? Ob die Regierung es wagen wird, darauf eine Antwort zu geben, erscheint sehr fraglich.

Deutsches Reich.

Kiel im Dunkeln?

Infolge der Unklarheit der Kohlenhandelsverhältnisse ist der Kohlemangel bereits so weit gestiegen, daß die städtischen Elektrizitätswerke ihre Abnehmer darauf aufmerksam machen, daß sie wahrscheinlich in den nächsten Tagen gezwungen sein werden, die Lieferung von elektrischem Strom einzustellen. Die Folge würde sein, daß Hunderte von Betrieben die notwendige Kraft nicht mehr erhalten würden, daß in Hunderten von Wohnungen und Läden das elektrische Licht erlöschen und selbst die städtischen Theater und viele Lokale den Betrieb einstellen müßten, weil es der Firma Dieberichsen gelang, den Hafenarbeitern den Lohn zu verweigern, worauf sie mit Recht Anspruch haben.

Daß die Kommitität in der Stadt Kiel durch das Vorgehen der hiesigen Kohlenimporteure einen hohen Grad erreicht hat, beweist folgender Vorgang:

Im Gefängnisgebäude hängt seit einigen Tagen ein Plakat aus mit der Aufschrift:

„Arbeitswillige werden angenommen im Kohlenkontor Ringstraße gegen günstige Entlohnung.“

Außerdem wurden Handzettel mit der gleichen Aufschrift in jeder Gasse herumgereicht. Jedoch auch dieser Versuch zeitigte nur ein negatives Resultat.

Achtung, Herren- und Damenschneider!

Da sich unsere Kollegen in Baden-Baden gegenwärtig in einer Lohnbewegung befinden und die Unterhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu keinem annehmbaren Resultat führen, auch kein Entgegenkommen von denselben zu erwarten ist, ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, Baden-Baden so lange zu meiden, bis wir an dieser Stelle den Abschluß eines günstigen Resultats melden können.

J. K. der Tarifkommission
Albert Röter,
Stefanienstr. 33 III, Baden-Baden.

Auch die Damenschneider und Schneiderinnen Hamburgs stehen vor einer Lohnbewegung. Der im Jahre 1906 abgeschlossene Tarifvertrag, der am 31. März d. J. abläuft, ist von beiden Seiten gekündigt bzw. bereits aufgehoben worden, da die Arbeitgeber den Vertrag nicht innehielten, statt Teilweise teilweise Stücklöhne einzuführen und statt Werkstattarbeit die Heimarbeit bevorzugen.

In Sektionsversammlungen sind sich die Damenschneider und Schneiderinnen darüber bereits einig geworden, daß der neu abzuschließende Tarif (sowohl hinsichtlich der Löhne als auch in der Verkürzung der Arbeitszeit Verbesserungen enthalten und den Preisverhältnissen angepaßt werden müsse, zumal die gezahlten Löhne in Hamburg bedeutend niedriger als in anderen Großstädten sind, wie an einigen drastischen Beispielen gezeigt wurde.

Die Verkünder des Bergarbeiterverbandes vor Gericht.

Der Bergarbeiterverband hat eine Anzahl Prozesse anzustrengen müssen, um dem Verleumdungsfeldzuge die Spitze abzubrechen, der seit Jahresfrist gegen den Verband geführt wird. Am Dienstag sollten einige dieser Klagen vor dem Schöffengericht verhandelt werden. In zwei Fällen kam es zu einer Aussetzung, weil die Angeklagten nicht erschienen waren; im dritten Fall handelte es sich um das ehemalige Verbandsmitglied Spaniol, der dem Untersuchungsrichter Protokollfälschung vorgeworfen hatte. Es kam zu einem Vergleich, wonach der Angeklagte erklärt, daß er den Vorwurf, die Protokollfälschung hätten im betreffenden Ausschluß-

urteil den Sachverhalt absichtlich falsch dargestellt, nicht aufrecht erhalten könne, die betreffenden Äußerungen nehme er unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Der Vergleich wird in der „Bergarbeiterzeitung“ und im „Bergknappen“ veröffentlicht.

Trotz der bisherigen Freistellungen wird der Bergarbeiterverband noch weitere Klagen durchsetzen müssen, da die Zentrumsblätter nach dem Muster des „Bergknappen“ noch immer ihren Forderung gegen den Verband mit dem spanischen „Material“ fortsetzen.

Ausland.

Auf dem Wege zur Einheit.

Zu Frankreich beziehen zurzeit drei Nationalverbände von Arbeitern der Metallindustrie, die der Former, Mechaniker und Metallarbeiter. Außerdem gibt es noch eine große Anzahl lokaler Vereinigungen, die einem Nationalverband noch nicht angeschlossen sind. Auf dem letztjährigen Metallarbeiterkongress in Marseille wurde nun ein Komitee eingesetzt mit dem Auftrage, innerhalb sechs Monaten einen gemeinsamen Kongress einzuberufen. Als einziger Punkt der Tagesordnung wurde bestimmt, die Einigungsfrage zu behandeln. Das Komitee beruft jetzt den „Einigungs-Kongress“ für den 12., 13. und 14. April nach Paris ein. — Hoffentlich gelingt es, eine Verständigung zwischen den drei Konkurrenzverbänden herbeizuführen.

Tarifvertrag schwedischer Staatsbahnarbeiter.

Wie wir Anfang dieses Jahres berichteten, waren die im schwedischen Staatsdienst tätigen Arbeiter verschiedener im Bau befindlicher Eisenbahntinten längere Zeit ausgeperrt. Verhandlungen zwischen ihrer Organisation und der Staatsbahnverwaltung hatten schon seit Oktober vorigen Jahres stattgefunden, konnten aber zu keiner Einigung führen, weil man den Arbeitern allgemein die zehnstündige Arbeitszeit aufzuheben wollte sowie einen Stundenlohn von nur 28 Öre. Die Arbeiter setzten den ihnen ausgezwungenen Kampf mit aller Energie fort und sorgten auch mit Erfolg dafür, daß die Staatsbahnverwaltung trotz der im Lande herrschenden Arbeitslosigkeit keinen Erfolg bei der Ausgesperrten und Streikenden finden konnte. Im Februar wurden die Verhandlungen wieder angeknüpft, und es ist demnach auch endlich Anfang März zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der königlichen Eisenbahnverwaltung und dem Schwedischen Eisenbahnbauarbeiter-Verbande gekommen, der auf drei Jahre Geltung hat, bei dreimonatiger Kündigungsfrist. Die regelrechte Arbeitszeit ist für das Sommerhalbjahr auf 10 Stunden täglich, an den Sonnabenden jedoch auf 7 Stunden, also die Woche auf 67 Stunden festgesetzt, und im übrigen den Verhältnissen entsprechend für drei Monate auf 52, für die übrigen drei Monate auf 46 Stunden die Woche. Der niedrigste Lohn für die ungelerten Bahnbauarbeiter beträgt 35 Öre die Stunde, also 10 Öre mehr als zuerst geboten wurde, und ist für die Landesstelle mit teneurer Lebenshaltung auf bis zu 40 Öre bemessen. Für die Holzarbeiter und Sämiede im Bahnbau sind die Stundenlöhne den Teuerungsverhältnissen entsprechend auf 43 bis 55 Öre festgesetzt. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert, womit eine besonders wichtige Forderung der Arbeiter erfüllt ist. Für Überzeit- und Sonntagsarbeit sind Zuschläge von 50 und 100 Prozent festgesetzt. Außerdem bietet der Vertrag noch eine Reihe anderer nützlicher Bestimmungen, wie die, daß der Staat gute Wohnstätten für die Arbeiter errichten muß in Gegenden, wo es daran fehlt, für deren Heizung und Reinigung zu sorgen hat, und daß die Preise dieser Wohnungen nicht von der Bahnbauverwaltung allein sondern durch Vereinbarung mit den Arbeitern festgesetzt werden. Bei größeren Arbeitsplätzen müssen auch Unterkunfts- und Sammelräume für die Arbeiter errichtet werden, wo, ebenso wie in den Wohnstätten, auf Staatskosten Zeitungen gehalten werden; welche darüber hat allerdings die betreffende Verwaltung zu bestimmen, jedoch nach Anhörung der Wünsche der Arbeiter.

Die Staatsbahnverwaltung hatte viel Wert darauf gelegt, ein allgemeines dauerndes Streikverbot durchzusetzen; ein derartiges Verbot ist nun allerdings in die Vertragsbestimmungen aufgenommen, beschränkt sich jedoch auf die Dauer des Tarifvertrages. Im übrigen sind für die Erledigung von Streitigkeiten Regeln festgesetzt, die geeignet sind, eine unparteiische Entscheidung so viel wie möglich zu sichern.

Soziales.

Für die Einführung der Vermittelfreiheit

erklärte sich das Stadtparlament in Frankfurt a. M. Es nahm infolge des dauernden Drängens unserer Genossen auf Einführung der Vermittelfreiheit am Dienstag mit großer Mehrheit zum Etat einen Antrag des Schulausschusses an, in dem gesagt wird: Die Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß im gegenwärtigen Augenblicke die Einführung der Vermittelfreiheit mit Rücksicht auf die finanzielle Lage Schwierigkeiten verursacht, daß aber die prinzipielle Einführung der Vermittelfreiheit auf die Dauer nicht zu umgehen sein wird, und ersucht den Magistrat, baldmöglichst Bedacht darauf zu nehmen, wann die erforderlichen Mittel hierfür bereitgestellt sein werden.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Mühlstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Donnerstag, den 18. März cr., abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

aller Gruppen

im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:

1. Der mit den übrigen in den Brauereien Berlins und Umgegend vertretenen Organisationen abgeschlossene Kartellvertrag.
2. Organisationsangelegenheiten.

Kollegen! In dieser Versammlung soll eine für unsere Organisation hochwichtige Entscheidung getroffen werden, darum, Kollegen, erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung.

Kollegen! Agitiert für Massenbesuch dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

46 eigene Fisch-Dampfer

Schellfisch!



Kabeljau!

Diese beiden prachtvollen, schmackhaften Fischarten wurden in dieser Woche in großen Mengen gefangen.

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

verkaufen wir:

ff. großer Schellfisch i. Anschnitt per Pfd. 35 Pf.

" " Kabeljau " " " 25 "

Alle anderen Fischarten in großer Auswahl billigst.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Hauptgeschäft: BERLIN C., Bahnhof Börse 8/10.

Verkaufsstellen:

S. Prinzenstraße 94.

O. Schlos. Bahnhof, Bög. 8/9.

N. Invalidenstr. 131.

O. Große Frankfurter Str. 85.

W. Potsdamer Straße 112a.

NW. Wilsnacker Straße 57.

Spandau, Brostraßen 54.

Tegel, Treskowstraße 14.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelagene, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brienzler Straße, Mühl-Str. u. Holländer- und Thuner Straße.

Herren-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen (Wollstoffe, feinste Fadstoffe, Stämmgarne, Cheviots, neueste Muster von 5 R. an per Meter, reine Wolle.

Ludwig Engel, Brenzlauer

Str. 23, II. (Alexanderplatz).

Spezialität: Frühjahrsausgang, komplett nach Maß „Napoleon“

R. 36, — neueste geit. Muster, reine Wolle. Sommerpaletot „Weltberühmt“ nach Maß R. 32, — unerreicht.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!

Wer — Stoff — hat

fertige Herren- ohne Konkurrenz anzug, 20 R. 2 Anpr., feinste Zus. für aut. St. bekommt gold. Medaille.

Ludwig Engel, Brenzlauer

Str. 23, II. (Alexanderpl.) Begr. 1892

Spezialität: Frühjahrsausgang, komplett nach Maß „Napoleon“

R. 36, — neueste geit. Muster, reine Wolle. Sommerpaletot „Weltberühmt“ nach Maß R. 32, — unerreicht.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!

Gewerkschaftslokal.

Große Zufahrt. Nähe Stettins, großer Saal und Gemüsegarten, großer Parkteil mit viel Nebenräumen. Gebäude massiv, sehr preiswert (sogar zu verkaufen). Offerten unter „P. 9796“ befördert Daube & Co., Berlin SW. 19.

Achtung! Seedleaf!

Wisconsin-Savana

Wollblatt, leicht, braun, hochf. Qualität per Pfd. M. 1.50.

Hamburger Rohtabak-Haus

Hengioß & Maak

(Vertr.: Alb. Schulz)

Filiale: BERLIN N., Brunnenstr. 190.

Möbel

kaufen Sie

am billigsten

direkt in der

Fabrik

Stallschreiber-

straße 57

am Moritzplatz,

Hof-Fabrikgeb.

R. Harnack,

Tischlermeister.

Teilzahlung.

Andreasgarten

Andreas-Str. 26. Andreas-Str. 28.

Empfehle meine Räume zu Versammlungen u. Festlichkeiten jeder Art.

Freudenlogis, Regiebahn, Prompte Bedienung.

Großer Mittagstisch.

Donnerstag und Freitag frei, passend für Vereine. Jeden Sonntag: Tanz bei freiem Eintritt. — Den geehrten Vereinen und Gesellschaften bitte mich bestens empfehlen. Franz Morkowski.

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Meltons u. s. w.

Nur eigene Erzeugnisse!

36.— 33.— 30.— 28.— 10 50
26.— 24.— 22.— 20.— Mark
18.— 16.— 14.— 12.—

Prüfungs-Anzüge

Moderne gemusterte Webarten. Tausende Exemplare neuester Geschmacksrichtungen

Nur eigene Erzeugnisse!

36.— 33.— 30.— 28.— 10 Mk.
26.— 24.— 22.— 20.—
18.— 16.— 14.— 12.—

Zur Einsegnung

Wäsche, Hüte, Handschuhe Cravatten, Hosenträger usw. zu besonders niedrigen Preisen

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben gesondert

Vorzüglichste Maßarbeit, sehr preiswert!

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurterstr. 20 □ Vom April ab Schöneberg, Hauptstr. 10.

Der Frühjahrs-Katalog und der Livree-Katalog No. 36 auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Bester Metallputz

TANTE

mit dem PUTZTELLER



Blechflasche mit Putzteller von 25 Pfg. an.

Überall käuflich.

Alleinige Fabrikanten Gebrüder Kroner Berlin O. 17.

Möbel- und Polsterwaren

reell, zu soliden Preisen empfiehlt

H. Strelow, Tischlermeister.

Eigene Werkstatt im Hause. — Gegründet 1890. 497L.

RIXDORF, Richardstr. 116, am Denkmal.

Augen auf!

Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlin gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)

Monats-Jackett-Anzüge . . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge . . . 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots . . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen . . . 2,50, 3,00 M.

Große Abteilung neuer Garderobe

J. Wand

Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116

an der Andreasstraße.

2. Geschäft: Chausseestraße 69

gegenüber der Liesenstraße.

3. Geschäft: Brunnenstraße 179

an der Invalidenstr.

Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

Möbel

Polsterwaren, komplette Wohnungs- u. Küchen-Einrichtungen, Herren- und Damen-Garderobe, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Bilder, Uhren, Gas- und Petroleum-Kronen, Sport- und Kinderwagen

auf Kredit

an jedermann eventl.

Ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung

Möbel- u. Waren-Kredit-Haus

S. Dorn

Alte Schönhauser Str. 3

am Tor.

Esst Honig!

Gar. reiner Bienenhonig br. 10 Pfund-Postdose frko. nach jeder Poststat. Mk. 6,50 5 Pfunddose franko . 4.—

Versand-Gesellschaft Magdeburg 90 Postf. 164.

Piano, erster Hoflieferantenfirma, weit unter Wert sofort verkauft. Französischer. 15, I. r.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

Landberger Viertel.

Begirt Nr. 357, Teil III.

Der Mitgliedsbeitrag zur Nachfrist, daß unser Genosse, der Töpfer

Louis Weigand

Löbestr. 20

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Freitag, den 19. März, nachm. 3 Uhr, vor der Leichenhalle des Georgenkirchhofes, Landberger

Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

216/13 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer

Deutschlands.

Filiale Berlin.

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Mit-

teilung, daß der Kollege

Louis Weigand

(Begirt Osten)

am 16. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Frei-

tag, den 19. März, nachm. 3 Uhr, vor der Leichenhalle des Georgen-

kirchhofes, Landberger Allee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

192/9 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

Charlottenburg.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß der Genosse, Walter

Gottlieb Twiefel

(2. Gruppe)

verstorben ist. 250/6

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 18. März, auf dem

dem Luisenkirchhof, Jüsten-

brunner Weg, statt.

Der Vorstand.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Kollege, der Bärten-

macher

Franz Galikowski

am 15. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Freitag, den 19. März, nach-

mittags 4 Uhr, vor der Halle

des Thomas-Kirchhofes in Her-

dorf, Hermannstraße, aus statt.

80/18 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht,

daß meine liebe, gute Frau und

Tochter

Anna Woller

geb. Henze

nach kurzem Krankenlager am

Dienstag, den 16. März, früh 8 Uhr

verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Karl Woller als Gatte.

W. Maria Henze a. Mutter.

Die Beerdigung findet Freitag-

nachmittags 3½ Uhr auf dem Friedhof

des Friedhof, Friedrichsfelde, statt.

Hygienische

Reinigungs- u. Desinfektionsmittel.

Neuester Katalog

empfehlen wir. Acate u. Prof. grad. u. Dr.

H. Unger, Gummiwarenfabrik

Carlin NW. Friedrichstraße 91/92

Husten, Heiserkeit

beseitigen

wunderbar leicht

und schnell

die berühmten

Hustentropfen

von

Otto Reichel.

Nur echt mit

Marke

„Medico“.

Bl. 50 Pf. u. 1 R.

Vor Nachahmungen jeder Art

sei jedoch dringend gewarnt.

In den meisten Drogerien und bei

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Möbel

Schulz

Reichenberger Str. 5,

Gediegene Arbeit.

Außerst billige Preise.

Rund 750

Ratenzahlung.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beckow-Storkow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 21. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Volkshause zu Charlottenburg, Rosenstraße 3, die Generalversammlung des Kreises statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Anträge zur Generalversammlung Groß-Beckins.
4. Sonstige Anträge.

Die Delegierten der einzelnen Wahlvereine, die mit Mandaten versehen sein müssen, sind in folgender Anzahl zu entsenden: Rixdorf 16, Charlottenburg und Schöneberg je 6, Köpenick, Nowawes und Treptow-Baumschulenweg je 4, Adlershof, Steglitz und Wilmerdorf je 3, alle übrigen Vereine 2 Delegierte.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet.

Als Gäste haben nur Mitglieder Zutritt; Mitgliedsbuch legitimiert.

Zweiter Wahlkreis. Am Dienstag, den 23. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale von Riem, Halensee 13/15, ein Vortrag mit Lichtbildern über: „Die badische Revolution“ statt. Vortragender: Reichstagsabgeordneter Adolf Ged. Eintrittskarten à 10 Pf. sind bei den Abteilungs- und Bezirksführern sofort zu entnehmen. Offene Kasse findet nicht statt. Da etwas Gutes geboten wird, ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Charlottenburg. Der Lesabend für die 3. Gruppe findet nicht heute, sondern erst am Freitag, den 19. d. Mts., bei Kirchhoffstr. 9, statt.

Wilmerdorf-Halensee. Am Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr, findet für Halensee eine Handzettelverbreitung zu der am Sonntag, den 21. März, stattfindenden Versammlung statt. Die Genossen des 1. und 2. Bezirks haben sich bei Venzel, Kurfürstendamm, diejenigen des 3. Bezirks bei Wegner, Johann-Georgenstraße 13, rechtzeitig einzufinden.

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Fredebeck bei M. Gierke statt. Tagesordnung: Bericht von der Gemeindevertreterkonferenz und von der Kreisgeneralversammlung. Ausschlussanträge. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Am Sonntag, den 21. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Palm die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Der Vorstand.

Lehrzahn. Am Sonnabend, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Walle, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Kasse. 2. Bericht von der Gemeindevertreterkonferenz. 3. Delegiertenwahl für Groß-Berlin. 4. Parteiangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Spandau. Heute Donnerstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, Volksversammlung im Lokal von Fritz Böhle, Havelstraße 20. Tagesordnung: „Der achtzehnte März und der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht“. Referent: Redakteur Genosse Bernuth-Berlin.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr findet bei Gröndler, Gassestr. 24, der Les- und Diskutierabend statt.

Wilmersdorf. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im „Paradiesgarten“ eine Volksversammlung statt. Genosse Udo-Wilshin referiert über „Die Bedeutung des 18. März“.

Bernsdorf. Die Märzfeier findet heute abend im Lokal von Koser statt. Die Genossen wollen für zahlreiche Besuch Sorge tragen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die wilde Jagd.

Die berufsmäßig strampelnden Kraftmenschen oder noch mehr ihre Manager, die an der bis aufs äußerste angespannten Leistungsfähigkeit des Radrennfahrers schweres Geld verdienen, haben in Berlin einen Sporttrummel arrangiert, der in seiner Exzentricität weit über die Sportkreise hinaus Beachtung findet. Sie wollen hinter dem „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“ nicht zurückbleiben und verpflanzten die Mode eines Sechstagesrennens von New York nach Berlin, nach dem Winter-Solodrom in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten. Auf den ersten unschuldigen Blick ein wunderhübsches Schauspiel, diese geschmeidigen, fehnigen, in bunten Dreg gekleideten Gestalten, die wie die wilde Jagd in langer Pace über die Holzbahn fliegen. Munter spielt von hoher Empore die Kaballeriemusik starke Marsche, eine angenehme Abwechslung in dem zeitweise stark einseitigen Sportbilde. Die Vögel, für den gepfefferten Lichtmarkpreis erreichbar, die nummerierten Plätze, die Galerien und der Sattelplatz, auch der der Presse zur Verfügung gestellte erste Rang weisen bald klaffende Lücken, bald sind sie dicht gefüllt, je nach der Tages- oder Nachtzeit. Denn auch die ganzen sechs Nächte hindurch wird gestrampelt und nicht selten dazu auf dem Olymp, wenn irgendein Fahrer einen nicht kommentmäßigen Spurt versucht, wütend getrampelt. Ach, dieses Publikum! Gemischt aus allen möglichen Elementen. Echte Sportbegeisterte, die nicht weichen und wanken von ihrem Platz, jeden kleinsten Vorsprung ihrer Spezialfreunde mit lautem Hallo und Entgleisungen oder falsche Vorstöße mit protestierendem Geschrei begleiten. Sie sind eingeschworen auf Rad und Holzbahn wie die Fahrer selbst, achten auf alles und jedes — die peinlichsten Kritiker der Rennleitung. Da unten auf dem Sattelplatz die große, ab und zu stulende Korona des intimeren Radportzirkels. Die Versuchstarnadel der Fahrradfabriken, in flatternden Schlafmänteln posierend oder sich ruhend nach der Ablösung in dem wie Hundehütten aussehenden Bretterlojen, die sechzig Helfer der dreißig besten Rennfahrer der Welt, Manager und Rundenzählern, mit Notizblock und Bleistift argwöhnig die Fahrer betrachtend, die besorgten Gattinnen und andere Herzallerliebste der Strampelbrüder, anfeuernd und wohl auch bedauernd, unermüdliche großschänkelige Sportfernen, die vom Radrennen so viel Ahnung haben wie der Argarier vom Guxenfasal, und last not least neben gewerksmäßigen Kaulenzern des vornehmen Westens jene schönen und weniger schönen, vollbusigen und schmalbrüstigen, riesenbüchelten

Frauengestalten, die überall dabei sind, wo es etwas zu erobern gibt — alles das schwirrt bunt und aufgeregter durcheinander. Hunderte, denen es namentlich in den Frühstunden, beim frühen Morgenlicht und ohne Musik, zu langweilig wird, recken sich gähmend vom stundenlang geduldig behaupteten Platz, andere Hunderte und Tausende strömen hinzu. Und das alles, um die Kerzen aufzupolieren... um mit gierigen Augen sich zu berauschen, wie dreißig Menschen, denen außer der Sportlehre freilich auch ein Dagen Gold winkt, ihre Gesundheit sträflich aufs Spiel setzen. Wie der Wind, in mörderischem Tempo, saust das bunte Rudel von fünfzehn Fahrern, während die andere Hälfte frische Kräfte sammelt, über die in unheimlicher Glätte schillernde Bahn. Jetzt läutet bei der Richtertribüne im Innenraum scharf und schrill die Glocke, überläßt von wildem Schreien aus tausend Reihen — ein gefährlich aussehender Massensturz! Fünf, acht Fahrer wälzen sich im Änuel am Boden. Aber es ging glimpflich ab, nur Hautabschürfungen und Beulen, die zählen hier nicht. Selbst Magenkrämpfe, Schulterverrenkungen, Handverstauchungen, Kopfstoßen bedeuten nicht allzu Tragisches für die abgestumpften Kerden der Berufsfahrer und ihres Anhangs. Nur weiter, unaufhaltsam weiter, daß keine Runde verloren geht, ungenützt keine Viertelstunde. Immer „aufholen“, Stück für Stück, Meter um Meter, Runde um Runde, bald in aufregendem Endkampf kurz vor dem allstündlichen Pistolenschuß mit mächtigem Tritt in die Pedale, bald zielbewußt mit glänzender, halbstundenlanger Führung, die keinen Hinterrum passieren läßt. Neues Schreien, Johlen, Pfeifen. Das sportkundige Stammpublikum der weiten Halle sieht den nicht ganz koscheren Fahrern scharf auf die Finger, hat eine „Schiebung“ entdeckt und protestiert noch schneller als die Glocke. In wenigen Sekunden ist die Ordnung wiederhergestellt, dann geht die wilde Jagd, mit lauten Hurufen gehend, in rasendem Tempo von neuem los. Zwei Favoriten haben den Zwischenfall ausgenutzt. Wie der Blitz stoßen sie vor das Feld, gewinnen mit mächtigem Spurt eine Runde, noch eine Runde. Da... in der Kurve, schon wieder eine kleine Sensation. Ein Schlapper, der Letzte im Felde, hängt fast besinnungslos nur noch an der Maschine. Wie ein Saal kippt er um, wird von schnell hinzuspringenden Helfern aus den roten Streifen gezerrt. Der Sportmod, eleganter und gewöhnlicher, heult und jubelt vor Schadenfreude. Der Kerbenstapel ist für die nächste halbe Stunde wieder mal befriedigt. Wann gibt's den ersten Knochenbruch? Wird einer der wilden Renner sich den Schädel zerschmettern? Grausig wär's, aber ein Schauspiel, das nicht angesehen zu haben man sich rühmen kann...

Und dieser verheerete Mord, der lauernde Selbstmord... nennt sich Sport! Wie heißt's doch? Wo der Sport aufhört, Sport zu sein, fängt die Verriidtheit an. Rein, solche wahnsinnige Fegerei, in der Methode liegt, ist kein Sport mehr. Es ist ein Spielen mit der kraftstahlenden, vollstümlichen und volksdienlichen Grundidee, die durch jeden vernünftigen, in den Grenzen der Menschennatur bleibenden Sport geht, ein freventliches Spiel mit eigenem und fremdem Leben.

Die Wohnungssequete der Ortskrankenkasse der Kaufleute.

Die Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin hatte mehrere Jahre hindurch bei ihren Mitgliedern Wohnungssequeten aufgenommen und veröffentlicht. Der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine hatte sich veranlaßt gefühlt, gegen die Verwendung von Mitteln der Kasse für diese Sequete bei der städtischen Gewerbe-Deputation Einspruch zu erheben. Der Magistrat Berlin hatte aber diese Einsprüche vom 22. April und 17. Juli 1907 nach Prüfung der Verhältnisse und weil unzulässige Kosten nicht erwachsen waren, zurückgewiesen. Der Oberpräsident v. Trost zu Solz hat dann eine Beschwerde des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine gegen die Entscheidung des Berliner Magistrats gleichfalls zurückgewiesen. Daraufhin hat der Handelsminister auf eine neue Beschwerde des genannten Landesverbandes den Magistratskommissar angewiesen, der Ortskrankenkasse die weitere Vornahme von Wohnungssequeten unter Strafandrohung zu untersagen.

Gegen diese Verfügung des Magistratskommissars hatte die Ortskrankenkasse im Verwaltungswege Einspruch erhoben mit dem Erfolg, daß der Bezirksausschuß in seiner Sitzung vom 2. d. M. sowohl die Verfügung, als auch die Strafandrohung als unwirksam erklärt hat.

Herr Holz, der Fortbildungsschullehrer a. D., der vom Stadtschulrat Michaelis im beschleunigten Verfahren seines Amtes enthoben wurde, hat das Bedürfnis gefühlt, sich öffentlich zu verteidigen. Diesem Zweck sollte eine „große öffentliche Volksversammlung“ dienen, die von seinen Freunden aus dem antisemitischen „Reichsbund der Deutschen Reformpartei“ einberufen worden war, um gegen die „liberale und sozialdemokratische Kampfwelt“ zu protestieren. Daneben wollten die Antisemiten dieser Couleur wieder mal die Gelegenheit benützen, ein neues Wässerchen auf ihre dürftig klappernde Mühle zu leiten. Die Versammlung war zu Dienstag, am 9. März abends, nach dem „Germania“-Etablissement in der Chausseestrasse einberufen worden, doch hatte eine Notiz im „Reich“ gemahnt, die Freunde möchten möglichst zeitig kommen, damit nicht die Leute des Stadtschulrates Hoffmann, den man ebenso wie Herrn Holz eingeladen habe, im voraus den ganzen Saal füllen könnten. Nach 9 Uhr war der „weiße (also nicht der große) Saal“ noch recht spärlich besetzt — und als um 10 Uhr die Versammlung endlich eröffnet wurde, ließen sich noch keine 100 Personen heranzählen. Auch die Kellame, die in den Schulen durch Zirkulare für diese Veranstaltung gemacht worden war, hatte nichts genützt. Nur wenige der Lehrer hatten die darin ausgesprochene „leise Hoffnung, daß die Berliner Lehrer der Sache ihres Kollegen ihre Teilnahme nicht versagen werden“, erfüllt. Doch 20 Pf. Eintrittsgeld gefordert wurden, war weder in der Zeitungsnotiz noch im Zirkular gesagt worden, sonst wär's gewiß noch leetere im Saal geblieben.

Das einleitende Referat des Herrn v. Rosch war belanglos. Erwähnung verdient höchstens die von ihm abgegebene Versicherung, Herr Holz habe in dem Schüleraufsatz den einen Satz, der ihm den Hals brechen sollte, und sicherlich in dieser Hinsicht böswillig hineinpraktiziert worden sei, völlig übersehen; das habe Herr Holz selber gesagt, und er würde gewiß nicht so „kreuzbäumlich“ sein, so etwas stehen zu lassen. Erwähnung verdient des desfalls, weil es hinterher den Schneidermeister Donner nicht hinderte, begeistert zu erklären, alle deutschen Männer hätten Herrn Holz dafür zu preisen, daß er „den Mut gehabt hat, den Satz stehen zu lassen“. Der Referent hatte nichts davon gesagt, doch just in dem fraglichen Satz ein Wort mit roter Tinte aus-

gestrichen worden ist. Ein Lehrer ging in der Diskussion auf diesen Umstand ein, und er teilte mit, Herr Holz habe dem Direktor der betreffenden Fortbildungsschule erklärt, diese Streichung rühre nicht von ihm her. Herr Holz, der schließlich selber das Wort ergriff, wiederholte vor der Versammlung diese Erklärung. Er hob hervor, das Wort sei zweimal durchgestrichen, während er die Gewohnheit habe, nur einmal zu durchstreichen. Er könne nicht mal bestimmt sagen, ob er den Aufsatz selber unterschrieben habe. Es seien „sämtliche“ Hefte verglichen worden, aber in keinem habe sich Ähnliches gefunden. Hier befindet Herr Holz sich denn doch in einem Irrtum. Vor uns liegt ein Heft eines seiner damaligen Schüler, da finden wir in einem Aufsatz vom 28. Januar 1908 ein Wort zweimal durchgestrichen, in einem Aufsatz vom 17. Februar 1908 ein Wort zweimal unterstrichen, in einem Aufsatz vom 16. März 1908 ein Wort zweimal unterstrichen. Bei diesem Schüler beginnt der Aufsatz vom 8. Februar 1908 über „Die Verwaltung der Stadt Berlin“ so (buchstabengetreu): „Wenn wir uns die Frage vorlegen, ist die Verwaltung der Stadt Berlin eine gute so können, wie sie vertrieben worden.“ Das erinnert doch recht auffallend an den Aufsatz jenes anderen Schülers, der Herrn Holz „eine Halle gestellt“ haben soll. Dort heißt es: „Die Verwaltung der Stadt Berlin ist die denkbar schlechteste.“ Von den Vaterlandswerrätern“ sieht allerdings in dem uns vorliegenden Heft nichts. Aber daß Herr Holz im Unterricht die „kräftigen“ Ausdrücke liebt und dadurch auch den Aufsatz seiner Zöglinge beeinflusst, wird er selber zugeben. Als Probe sei aus dem Heft folgender Satz angeführt, den wir in einem Aufsatz „Braucht Deutschland ein starkes Heer und eine starke Flotte?“ finden: „Es ist von einschneidendem Werte für jeden jungen Mann, wenn er ein paar Jahre seine Knochen zusammennehmen muß, was man unter dem Namen drillen bezeichnet. Hier lernt er solide leben, wird dersh angefaßt und bekommt mächtig zu essen. Dadurch erzieht Deutschland eine kräftigen Nachwuchs.“ Der ganze Holz! Dieses Heft ist bei der Unternehmung nicht berücksichtigt worden. Eine Einforderung aller in Betracht kommenden Hefte war auch gar nicht möglich, weil viele der Schüler von 1908 jetzt nicht mehr zu erreichen sind. Trotzdem erklärt Herr Holz auch in einer Zuschrift, die das „Reich“ ihm veröffentlicht: „In keinem Heft ist auch nur ein Anflug an eine politische Denkung gefunden worden.“ Es sollte einmal offiziell bekanntgegeben werden, wieviele Hefte überhaupt noch zusammengebracht werden konnten. Der Stadtschulrat Michaelis sprach im Rathaus nur von „einer ganzen Reihe Hefte“. Jene Holzhefte, überaus langatmige Zuschrift, die wir jetzt im „Reich“ finden, war auch uns zugewandten, wir glaubten aber aus ihrer ganzen Form fast den Schluß ziehen zu sollen, daß sie nicht aus der Feder eines Lehrers herrühre, sondern eine Kopiflation sei. Herr Holz erklärt darin, in habe er im Unterricht auf die Schüler politisch eingewirkt, nie habe er in seinen Deutschen Jugendbund „patriotische Denkungen hineinzutragen versucht“. Auch das wiederholte er in der Versammlung, und ein Herr Alfred Diller, Vorsitzender des „Deutschen Jugendbunds“, bestätigte es ihm. Dieser Herr Diller erzählte, er selber habe auch die Versammlungen der sozialdemokratischen Jugendorganisation öfters besucht, bis man in einer Abteilungsversammlung „die Tür gewiesen habe, weil man wußte, daß dort bemerkenswerte Sachen zu erfahren wären“. Derselbe Herr Diller wies den Vorwurf, daß er etwa die sozialdemokratische Jugendorganisation habe bespitzeln wollen, weit von sich.

Eine wenig beneidenswerte Rolle spielten in der Versammlung die Lehrer, die sich eingefunden hatten. Herr v. Rosch rief: „Wenn die Berliner Lehrer sich nicht auf die Seite von Holz stellen, dann sind sie — (hier machte er eine Pause) — sehr klug!“ Als einige Lehrer hierdurch und durch ähnliche Bemerkungen sich beleidigt fühlten und entrüstet sich wehrten, erklärte Herr v. Rosch sich schließlich für einen — „stillen Bewunderer der Lehrerschaft“.

Die Gemeindefschulen werden mit Beginn des Sommerhalbjahres 1909 wieder um einige vermehrt werden. Gegenwärtig bestehen 295 Gemeindefschulen, von denen mehrere wegen ihrer übermäßigen Klassenzahl ein sogenanntes Filial (eine einem besondern Leiter unterstellte Gruppe von Klassen) haben. Die katholische 294. Schule im Schulhause Christburger Straße 7—11 und die katholische 277. Schule im Schulhause Greifenhagener Straße 29 waren bisher halb Knaben- und halb Mädchenschule, beide werden aber zum April in Schulen nur für Mädchen umgewandelt, unter Belassung in ihren bisherigen Heimen. Neben ihnen werden in denselben Schulhäusern zum April zwei katholische Schulen geschaffen, die nur für Knaben bestimmt sind, eine 296. Schule im Hause Christburger Straße 7—11 und eine 297. Schule im Hause Greifenhagener Straße 29. Freilich bedeutet das nicht viel mehr als eine Zerlegung der 294. und der 277. Schule die beide zu groß geworden sind, in je zwei selbständige Schulorganisationen, wobei dann die Knabenklassen für sich und die Mädchenklassen für sich zusammengefaßt werden und je ihren eigenen Rektor bekommen. Die 299. Schule ist bis auf 24 Klassen angewachsen, und zur 277. gehören jetzt sogar 26 Klassen, größer dürfte man beide da nicht werden lassen. Schon so werden nicht mehr allzuviel neue Klassen hinzugefügt zu werden brauchen, um die neuen Schulen, die 296. und 297., in der üblichen Weise „füllen“ zu können. Die 275. Schule für Mädchen im Mietshause Schönhauser Allee 103 und die 292. Schule für Knaben und für Mädchen im Mietshause Koloniestrasse 8 haben jede ein Filial. Das Filial der 275. Schule wird zu einer neuen 298. Schule für Mädchen ausgestaltet, und aus dem Filial der 292. Schule soll eine neue 299. Schule nur für Knaben werden, wofür dann die 292. in eine Schule nur für Mädchen umgewandelt wird. Die neuen Schulen bleiben in ihren bisherigen Heimen neben den Schulen, als deren Filial sie bisher galten. Auch hier hat die Einrichtung der „neuen“ Schulen nicht so viel zu bedeuten; denn das Filial der 275. Schule hat schon jetzt 15 Klassen (neben den 18 eigenen Klassen der 275. Schule), und das Filial der 292. Schule besteht aus 9 Klassen (neben 18 eigenen der 292. Schule). Von sonstigen Neuigkeiten ist noch zu berichten, daß das katholische Filial der 298. Schule (Frankfurter Allee 4) fortan zur 247. Schule (Rigaer Straße 81) gehören soll, und daß der letzte Rest der „überflüssig“ gewordenen ehemaligen 17. Schule für Mädchen im alten Schulhause Adlerstraße 67 — ein paar Klassen, die noch als Filial der im Schulhause Streiber Straße 42 befindlichen 207. Schule für Mädchen geführt werden — zu Ostern aufgelöst wird. Nebenbei wollen wir schließlich noch bemerken, daß in dem Entwurf des Gemeindefschulrats für 1909, der soeben erst von der Stadtverordnetenversammlung festgesetzt worden ist, zum April fünf neue Schulen versprochen wurden. Wie man sieht, sind aus den „fünf“ im Handumdrehen vier geworden — vier, die obenein nur bedingungsweise als „neue“ Schulen gelten können.

Unerbittlich.

Die gegenwärtige Krise beruhen viele Abzahlungsgechäfte, um gegen Kunden, die infolge Arbeitslosigkeit mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben, recht schroff vorzugehen. Die Sachlage ist überall die gleiche. Der Kunde ist mit zwei aufeinander folgenden Malen ganz oder teilweise zurückgeblieben und hat somit seine Vertragspflichten nicht erfüllt. Darauf klage beim Amtsgericht auf Zahlung der Restschuld oder Herausgabe der Sachen.

Auf Grund des Vertrages erfolgt dann Verurteilung mit sofortiger Vollstreckung. Die Restsumme kann der Verurteilte nicht zahlen und so soll man ihm in den meisten Fällen die Sachen ab, oft ohne noch einen Pfand dazulassen. Man rechnet die gezahlte Summe als Abnutzung auf, vielfach reicht der gezahlte Betrag nicht einmal dafür und so kommt es, daß der Besetzte nicht nur die Sachen los wird, sondern abendte noch zugunsten muß. Es kommt auch vor, daß sich der Inhaber des Abzahlungsgegenstandes mit seinem Kunden einigt und vorläufig auf Weiterzahlung eingeht. Wird dann aber eine Rate ausgelassen, dann wird das erstirbte Urteil vollstreckt. Und das geschieht alles von Rechts wegen, auf Grund eines richterlichen Urteilspruches. So erging es kürzlich einem Tischler M., der von dem Möbelhändler Scheidt in der Dresdener Straße 8 Gegenstände im Werte von 560 M. entnommen hatte. 380 M. hatte M. abgezahlt. Arbeitslosigkeit hinderte ihn, seine Zahlungen so einzuhalten, wie vereinbart, und das Ende vom Liede war Klage, Verurteilung und Pfändung. Die gezahlten 380 M. rechnete der gute Mann folgendermaßen auf: Vertrag, Stempel 10 M., Hin- und Rücktransport 18 M., Benutzung der Sachen 88 M., Entwertung derselben 278 M. Klager habe noch zu fordern 9 M. und Herausgabe der Sache.

Ein anderes Bild: Der Arbeiter P. in Nixdorf entnahm von der Firma Julius Wlogau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Große Frankfurter Straße 137, Sachen im Werte von 688 M. Nachdem er 358 M. gezahlt hatte, kam er in Rückstand infolge Arbeitslosigkeit. Und nun begann daselbe Spiel: Klage, Verurteilung, Pfändung der Sachen. Die Rechnung, die Julius Wlogau aufstellte, war: Transportkosten 12 M. Für Benutzung und Entwertung der Sachen 348 M. Wlogau trug die Kosten wegen nur auf eine Teilforderung von 60 M. oder Herausgabe der Sachen. Das Endresultat ist auch hier: P. ist seine Sachen los und auch seine 358 M., die er innerhalb 1 1/2 Jahren gezahlt hat.

Wlogau wie Scheidt sind in ihrem Rechte, wenigstens nach der formellen Seite hin; moralisch aber wird jeder Mensch das Verfahren mißbilligen. Wir wissen sehr wohl, daß viele Abzahlungsgegenstände oft böse hineingelegt werden, indem Leute Gegenstände auf Leihvertrag entnehmen und dieselben sofort wieder verschärfen. Wir wissen auch, daß in solchen Fällen die Abzahlungsgegenstände bei eventuellen Klagen noch die Kosten hinterherwerfen. Und deshalb machen auch wir einen Unterschied in den Reklamen, solchen, die aus Bösartigkeit nicht zahlen, und solchen, die infolge Unglücks in der Familie oder Arbeitslosigkeit nicht zahlen können. In solchen Fällen, wie den letzteren, von dem Buchstaben des Vertrages Gebrauch zu machen und eine augenblickliche Notlage der Kunden für sich auszunutzen, ist ein Verhalten, das aufs entschiedenste verurteilt werden muß.

Eine Lehre aber mögen alle diejenigen, die genötigt sind, zu einem Abzahlungsgegenstand zu gehen, daraus entnehmen und die besetzt darin, sich ja genau anzusehen, was sie unterschreiben. Der Passus mit den zwei aufeinander folgenden Klagen ist für viele schon verhängnisvoll geworden und deshalb empfiehlt es sich, auf Streidung dieses Punktes zu dringen und sich nicht damit zu beruhigen, es wird mit den Vertragsbestimmungen doch nicht so genau genommen. Die an den Amtsgerichten sich tagtäglich abspielenden Prozesse beweisen das Gegenteil.

Änderung in der Berliner Postverwaltung. In der inneren Gliederung der Postverwaltung von Berlin tritt am 1. April infolge einer Änderung ein, als das Postamt SW.13 in der Alten Jakobstr. 169/170 in eine Zweigstelle des Postamts SW.68 in der Lindenstraße umgewandelt wird. Das Postamt 13 war bisher ein selbständiges Postamt 1. Klasse. Auf den Verkehr mit dem Publikum hat die Änderung keinen Einfluß.

Neue Omnibusverbindungen. Zwischen der westlichen Leipziger und der südlichen Friedrichstraße besteht zurzeit keine direkte Omnibus- oder Straßenbahn-Verbindung. Dieser viel empfundene Mangel wird am 1. April d. J. beseitigt. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft legt die Linie 28 „Potsdam-Ostbahnhof“, welche durch den Tiergarten fährt, vom Potsdamer Platz aus durch die Leipziger und Friedrichstraße über das Hallesche Tor. Dadurch erhält auch die südliche Friedrichstraße direkte Pferdeomnibusverbindung mit der Wälderstraße.

Ferner wird die direkte Verbindung der nördlichen Potsdamer Straße (Potsdamer Brücke) mit der Königsgräber Straße (Hallesches Tor) dadurch hergestellt, daß die von Schöneberg durch die Potsdamer Straße kommende Omnibuslinie 16 vom Potsdamer Platz aus durch die Königsgräber Straße über das Hallesche Tor in die Belle Alliance-Straße bis zum Kreuzberg geführt wird.

Reinsäure fiel gestern vormittag in Berlin und der Umgegend, abgesehen von großen Mengen von Schnee und Eis in den Straßen, auf den Plätzen, Plätzen und Seen vorhanden ist. Besonders in den Vororten liegt der Schnee noch dergestalt.

Das Schicksal einer bronzenen Kriegdenkmünze.

Der Invalide August V., jetzt 66 Jahre alt, war in den Kriegsjahren 1870/71 acht Monate zur Mobilmachung eingezogen und hat schlecht und recht als Obergefreiter seine Pflichten als Vaterlandsverteidiger erfüllt. Zur Belohnung erhielt er am 1. Dezember die vom Kaiser und König von erbeuteter Kanonenbrönze gestiftete Kriegdenkmünze für Kombattanten ausgehändigt. Infolge seiner mangelhaften Lage glaubte V. im Vorjahre ein Gesuch einreichen zu sollen, in welchem er um die Gewährung eines Ehrensoldes nachsuchte. Vom Vorgesetzten erhielt er ablehnenden Bescheid mit der Begründung, „weil er nicht als Feldzugsteilnehmer im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei“. Zwar sei V. im Feldzuge gegen Frankreich eingezogen worden, habe aber nicht die französische Grenze überschritten. Ein Gesuch an den Minister des Innern wurde gleichfalls ablehnend beantwortet. Darauf wandte sich V. an den Staatssekretär des Reichsministeriums — der Gesuchsteller gehörte seinem Militärverhältnis entsprechend dem 22. Seebatalion an — und erhielt hier gleichfalls einen vom 22. Januar 1909 datierten ablehnenden Bescheid.

Weiter aber heißt es in diesem ministeriellen Schreiben: „Im übrigen wird noch bemerkt, daß Ihnen die Kriegdenkmünze aus Bronze (statt aus Stahl) seinerzeit erteiltlich verliehen worden ist. Ihnen somit ein Anspruch auf Anerkennung als Kriegsteilnehmer im Sinne des Gesetzes nicht erwachsen kann.“

Wiso in dem Augenblick, da der Invalide ein Unterstützungsgesuch einreicht, stellt man an den obersten Stellen fest, daß V. 33 Jahre lang die Kriegdenkmünze aus Bronze zu Unrecht getragen hat, er hätte nur eine solche aus Stahl bekommen sollen. Und soll wundern, was nun werden wird. Wird nun ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet werden, um dem V. die bronzenen Denkmünze zu entziehen und wie wird man sich dazu stellen, ihm die fehlende Medaille dafür zu überreichen, die er wie jetzt festgestellt wird, zu Recht zu erhalten hätte. Vielleicht sind noch einige hundert Stück von diesen Medaillen übrig geblieben.

Sum Fall Händrich wird der Magistratsratsoffizial zu melden: „Die vom früheren Stadtverordneten Händrich von dem Richter gezahlten 300 M. sind nicht zu Zahl- oder Agitationszwecken benutzt worden, sondern, wie einwandfrei festgestellt worden ist, dem Richter schon vor längerer Zeit von H. zurückgesandt worden.“

Hiernach hätte Händrich vor Gericht die Unwahrheit gesagt, indem er behauptete, er habe die 300 M. dem Vorstand der freisinnigen Partei zugesandt. Wenn Händrich wirklich das Geld nicht für sich behalten, sondern dem Richter zurückgesandt haben sollte, warum sieht er dann dem Gericht die Erzählung von der Ablieferung der Gelder an die freisinnige Partei an? Sonderbar mutet die ganze Erklärung über den Verbleib der 300 M. an.

Unter den Rädern des Stadtbahnzuges.

Bei Einsteigen in einen fahrenden Zug ist gestern morgen die 25 Jahre alte Arbeiterin Frieda Hingz aus der Pultufer Straße 82, die in Pantow in einer Zigarrenfabrik beschäftigt war, tödlich verunglückt. Um nach ihrer Arbeitsstelle zu gelangen, wollte sie um 8 1/2 Uhr auf dem Bahnhofs Gesundbrunnen in ein Weiteil dritter Klasse des Vorortzuges 231 einsteigen, nachdem sich dieser schon in Bewegung gesetzt hatte. Hierbei fiel sie zwischen zwei Wagen auf das Gleise hinab. Man brachte den Zug bald wieder zum Stehen und holte die Verunglückte, die bewußlos auf den Schienen lag, auf den Bahnhofsplatz herauf. Ein Wagnarz konnte aber nur nach ihrem Tod feststellen. Außerordentlich war sie an der rechten Stirnseite verwundet.

Durch einen Absturz mit dem Gerüst verunglückten gestern drei Arbeiter am Lessingtheater, die eine Leitung montierten. Eine der beiden Leitern, zwischen denen das Gerüst angebracht war, hatte aus, und abse drei Arbeiter stürzten in die Tiefe. Während zwei glimpflich davon kamen, erlitt der dritte, der 29 Jahre alte Arbeiter Karl Münster aus der Müllerstraße 80, so schwere innere Verletzungen, daß er mit einem Krangelord nach der Charité gebracht werden mußte. Münster ist verheiratet.

Bei einer Konfirmationsfeier vom Tode überrascht wurde gestern der Töpfermeister Püschel aus der Philippstraße 9. Nach der Teilnahme an der kirchlichen Feier war er zu einem Nachbarn eingeladen worden. Als man sich gerade zu Tisch gesetzt hatte, sank Püschel, vom Herzschlage gerührt, tot vom Stuhle.

Verhaftet wurde gestern die Schauspielerin Wode aus der Kriftstr. 46, die noch wie vor unter dem Verdacht steht, bei dem Brand in ihrer Wohnung ihre Hand im Spiel gehabt zu haben.

Ein gewerkschaftlicher Heiratsschwinder ist von der Kriminalpolizei wieder einmal festgenommen worden. Ein schon schwer bestraffter Alfred Krüger aus der Hildomstraße betrieb einen Schwindel eigener Art. Er trat nicht selbst als Freier auf, sondern spielte den Vermittler. In mehreren Zeitungen machte er bekannt, daß ein Polizeibeamter in geförderter Stellung eine Schneiderin oder ein besseres Dienstmädchen mit etwas Geld zur Frau suche. Gegen hundert Bewerberinnen meldeten sich. Krüger besuchte eine nach der anderen und stellte sich als Wirt des Beamten vor. Dieser sei dienstlich verhindert, selbst zu kommen, und schickte ihn, damit er sich vorläufig einmal nach seiner Zukünftigen umsehe. Jeder erzählte er, daß gerade sie seinem Auftraggeber am besten gefallen habe. Er versprach auch, bei dem Freier, der ein schöner Mann mit gutem Einkommen sei, ein gutes Wort einlegen zu wollen. Zum Schluß bat er um 8 bis 5 M. für seine Bemühungen, weil er auch ein armer Teufel sei. Man gab ihm gern das Geld. Aus der Beschreibung des Schwinders, eines 40 Jahre alten hageren Mannes mit blonder Perücke und Spitzbart, sah die Kriminalpolizei sofort, daß sie es mit ihrem alten Bekannten Krüger zu tun hatte, und nahm ihn fest. Die betrogenen Mädchen haben sich noch lange nicht alle gemeldet.

Todesfall vom Automobilbus. Von einem verhängnisvollen Geschehnis wurde gestern abend der 33 Jahre alte Stadtreifende Erich Leon aus der Krausenstr. 15 betroffen. Er hatte auf der Heimfahrt vom Alexanderplatz einen Automobilbus benutzen wollen. Als er an die Haltestelle kam, fuhr gerade ein Omnibus ab. Er sprang schnell nach, glitt jedoch vom Trittbrett ab und stürzte so heftig mit dem Hinterkopf auf das Straßenpflaster, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Man trug den Verunglückten nach der Unfallstation in der Reibelstraße, wo der Arzt aber nur noch den inzwischen eingetretenen Tod konstatieren konnte. Die Leiche wurde ins Schauhaus eingeliefert.

Unter dem ortsfälligen Tagelohn bezahlt die deutsche Reichspostverwaltung gewisse Kategorien von Angestellten. Man sollte es kaum für möglich halten, daß im Betriebe der Postverwaltung in Berlin noch Tagelöhne von 2 Mark 70 Pfennig gezahlt werden. Und doch ist dies der Fall, und zwar in dem in der Köpenicker Straße befindlichen Posthof. Dort entsieht man Leute, die als Wadewärter, Lampenreiniger und dergleichen beschäftigt sind, bei einer gefühlvollen Arbeitszeit mit diesen selbst den ortsfälligen Tagelohn hinter sich lassenden Sätzen. Nach zwei Jahren steigt der Lohn um 20 Pf. bis zu dem Höchstlohn von 3,50 M. Eine wahrhaft färsliche Entlohnung durch die Reichspostbehörde.

Feuerwehrbericht. Am Dienstagabend um 11 Uhr kam im Spezialitätenbier in der Kommandantenstr. 79 (Oberlands Theater) Feuer aus. Bei Anbruch der Feuerwehr brannte dort der Fußboden im Zuschauerraum des Theaters. Das Publikum blieb aus während der Anwesenheit der Feuerwehr ruhig auf seinen Plätzen. Gestern früh brannten Leuten und Karren usw. in einer Wohnung in der Driesener Straße 27. In der Essener Straße 24 mützte ein Viehhöfenbrand gelöscht werden. Ferner hatte die Feuerwehr in der Camphausenstr. 11, Charlottenstr. 84, Grenadierstr. 4 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Nichtenberg.

Stadtverordnetenwahl. Eingemeindungsfragen, Wertzuwachssteuer, Staatsmergen, alles das gab der am Dienstag, den 16. März abgehaltenen Stadtverordnetenwahl das Gepräge. Nach Erledigung mehrerer Verhandlungen kam zunächst die Hundsteuer an die Reihe, die schließlich der Empörung der Mittelstandspolitiker zum Opfer fiel. Damit war schon eine kleine Wende in den Staat geschaffen. Und aller Voraussicht nach wird auch die geplante Schenkungssteuer abgelehnt werden. Eine lange Debatte rief der Antrag hervor, die Stadt Berlin mit annähernd 100 000 M. zu den Volksschulasten in Nichtenberg heranzuziehen. Genosse Grauer trat für freundschaftliche Verhandlungen mit Berlin ein. Stadtv. Dirsch vertret denselben Standpunkt. Rittergutbesitzer Heeder hielt ein Verhandeln mit Berlin für aussichtslos. Genosse Düwelle regte die Wahl einer Kommission an, die mit Berlin in der Frage verhandeln, ferner in Verbindung mit anderen Vororten Vorarbeiten erledigen soll, die für gesetzgeberische Anträge, welche die Schaffung eines Groß-Berlin zum Ziele haben, notwendig erscheinen. Auf Antrag des Genossen Grauer wurde demgemäß beschlossen. Die Magistratsvorlage fand Annahme. Bestimmend dafür waren rechtliche Gründe. Eine von unserer Seite eingebrauchte Interpellation betreffend Einführung einer Wertzuwachssteuer förderte eine Antwort des zweiten Bürgermeisters zugute, aus der bekannt wurde, daß er bereits vor mehreren Monaten dem Magistrat einen fertigen Entwurf unterbreitet habe. Weil man aber noch nicht habe übersehen können, daß zur Bilanzierung des Staats neue Steuern notwendig würden, habe der Magistrat sich ablehnend verhalten. — Eine sehr weitsichtige Kommunalpolitik! — Genosse Wehlt widersprach einem Antrage, der die Umwandlung einer Lehrerinnenstelle an der höheren Mädchenschule in eine Lehrerstelle forderte. Unberührt von den Darlegungen des Redners, der die Ungerechtigkeit solcher Maßnahmen nachwies, stimmten die bürgerlichen Vertreter dem Antrage zu. Bürgermeister Dr. Anger gab sodann einige Erläuterungen zum Etat. Er verheimlichte nicht, daß die — rechtliche Bilanzierung außerordentlich schwierig gewesen sei, und daß man mit einiger Besorgnis in die Zukunft

bliden müsse, wenn auch Bestimmtheit nicht am Platze sei. Stadtverordnetenvorsteher Plonz benutzte die Gelegenheit zu einer Rede, in der er in recht wirkungsvoller Weise den Gedanken der Schaffung eines Groß-Berlin propagierte und auch in der Frage der Einführung der Wertzuwachssteuer sich nicht mehr unbedingt ablehnend verhielt. — Genosse Düwelle schloß die Sitzung finanztechnischer Kritik an. Die kommunale Finanzpolitik sei infolge früherer Sünden durchaus ungefund. Der Etat sei aufgebaut auf Pumpschwund. Die städtischen Werke seien zu sehr als ein Rückgrat der kommunalen Wirtschaft betrachtet und ausgenutzt worden. Um hohe Ueberschüsse zu erzielen, habe man seit Jahren bedeutende Ausgaben, die nicht der Erhöhung der Produktivität der Werke dienten, sondern nur der Abstellung von Betriebsstörungen, die aus Fehlern bei der Anlage resultierten, durch Anleihen gedeckt. So sollten auch jetzt wieder 120 000 M. durch Anleihen gedeckt werden, die eigentlich aus Betriebsmitteln der Elektrizitätswerke entnommen werden müßten. Es handle sich um Summen für Reparaturen und für Befestigung der Fundamente. Diese Arbeiten seien die Folge von großen Fehlern bei der Anlage. Noch schlimmer sei, daß auch die Unkosten für Umbauten usw., die nur in ganz beschränktem Maße die Leistungsfähigkeit der Werke steigerten, regelmäßig aus Anleihen bestritten würden. Unzulässig sei auch die bisher besorgte Praxis zu minimalen Abschreibungen. Er (Redner) halte eine Quote von 4 Proz., einschließlich Amortisation für das investierte Kapital, für die unterste Grenze des Zulässigen, besonders dann, wenn die Werke so wie in Nichtenberg ausgenutzt würden. Rechnet man jedoch mit einer so minimalen Quote, dann ergebe sich für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk ein Zuwenig in den Abschreibungen von rund 160 000 M. Trotz erheblicher Neuinvestitionen habe man die Abschreibungen gegen die Vorjahre noch reduziert. Auf solche Weise könne nicht weiter gewirtschaftet werden. Die Bilanzierung des Staats würde diesmal weniger schwierig sein, wenn man nach dem Willen der Sozialdemokraten die Wertzuwachssteuer bereits eingeführt hätte. Das habe der Magistrat verhindert, obwohl die Majorität der Stadtverordnetenversammlung schon vor einem Jahre sich für die Einführung der Steuer erklärte. Eine der Ursachen, weshalb nicht nur Nichtenberg, sondern viele Kommunen nun in Finanznöten sich befänden, sei die leudische Wirtschaftspolitik zugunsten der Agrarier. Diese Politik losse der städtische Bevölkerung — Arbeiter und Unternehmern — ungezählte Millionen, und darunter müßten auch die Kommunen leiden. Jetzt bleibe nichts anderes übrig, als neue Steuerquellen zu erschließen. Niemand habe einen besseren Vorschlag machen können, so werde die zwingende Rat zur Wertzuwachssteuer greifen lassen. Der zweite Bürgermeister Dr. Anger glaubte, den Vortour der Pumpschwund zurückweisen zu müssen, erklärte aber, auf das Tatsachenmaterial Düwells nicht eingehen zu können. Er sei der Ansicht, für die städtischen Werke brauchten überhaupt keine Abschreibungen vorgenommen zu werden, weil die Kommune ein sicherer Kreditnehmer sei. Düwelle replizierte dahin, daß dieser Standpunkt ja die Pumpschwund verteidige. Genosse Grauer sagte den Herren vom Magistrat dann noch, daß ihre Verwaltungspraxis teilweise das stärkste Mißtrauen verleihe, was Herr Plonz nicht wahr haben wollte. Die Debatte endete mit der Wahl einer Stadtkommission, der von unserer Seite die Genossen Wehlt, Grauer und Düwelle angehören.

Nixdorf.

Gegen die beabsichtigte Einführung einer Schenkungssteuer protestierten am Dienstag die Gast- und Schaftwirte in einer öffentlichen Versammlung. Der Magistrat hat, wie aus dem Bericht mitgeteilt haben, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Genehmigung unterbreitet, nach welcher in Zukunft die Einrichtung und bei Veränderung im Besitz von Gastwirtschaften die Erteilung der Schenkungssteuer von der Zahlung einer Steuernabhängig gemacht wird, die sich zwischen 300 und 1000 M. bewegt. Die Einnahme aus dieser Steuer berechnet der Magistrat für das kommende Etatsjahr auf 72 000 M. Der Referent, Rechtsamtsrat Dr. Gohn-Berlin, führte u. a. aus, daß die geplante Steuer hauptsächlich nur von den kleinen Gastwirten aufgebracht werden müßte, denn es sei statistisch festgestellt, daß die großen Gastwirtschaften alle drei Jahre ein Mal, die kleinen dagegen in einem Jahre drei Mal den Besitzer wechseln. — In der Diskussion erklärte ein Nixdorfer Stadtverordneter, daß der Magistrat unter keinen Umständen von der Kongzessionssteuer zurücktreten will, daß er bei einer Ablehnung der Vorlage damit immer wieder kommen werde. Nach seiner Meinung wird trotzdem die Stadtverordnetenversammlung sich geschlossen gegen die Vorlage stimmen, da die Steuer ungerecht und unrentabel sei. Die Gastwirte haben übrigens in einer Petition an den Magistrat auf das Bedenklische einer Schenkungssteuer hingewiesen und gebeten, die Vorlage zurückzuziehen.

Auf der Gewerkschaftskommission. Die am Freitag abgehaltene Delegiertenversammlung erlediigte zunächst die Wahl des Ausschusses und die Wahl zweier Vertreter in den örtlichen Jugendausschuss. Bei der Beratung über die am 1. Mai abzuhaltenden Versammlungen empfahl der Ausschuss, am Sonntag des 1. Mai wie in den Vorjahren drei Versammlungen, eine im unteren, zwei im oberen Teile abzuhalten. Einige Redner waren jedoch der Ansicht, daß in Anbetracht der jeweiligen mangelhaften Lage des Arbeitsmarktes und des Unstandes, daß der 1. Mai auf einen nicht besonders günstigen Tag fällt, zwei Versammlungen genügen würden. Beschlossen wurde, drei Versammlungen stattfinden zu lassen und zwar in den Lokalen von Hoppe, Hermannstraße 115, Anseebadstraße, und im Deutschen Wirtschaftshaus, Driesener Straße. Regleres Lokal ist in Aussicht genommen, weil das Lokal von Thiel zum Abbruch kommt. Dem Antrage der Vertreter der Gewerkschaftskommission bericht. Die Vertreter der Transportarbeiter behandeln das Verhalten der Victoria-Gesellschaft ihren Angehörigen gegenüber. Die Eintastierer sollen nach ihrer Legitimationskarte gefragt werden. Weiter wird ersucht, beim Abschluß von Volksschulverträgen nicht vorsichtig zu sein. Allgemein wurde die Meinung vertreten, mit der Victoria-Gesellschaft überhaupt nicht in Geschäftsverbindung zu treten. Es fehlten die Vertreter der Bäcker und Glaser, letztere waren entschuldigt.

Märzfeier. Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet heute abend 8 Uhr bei Hoppe, Hermannstraße 48, eine Märzfeier, in der Genosse Lebedour über das Thema: „Die Bedeutung des 18. März 1848 für die Demokratisierung Deutschlands“ spricht; den gesanglichen Teil der Feier hat unser neu gegründeter Gesangschor „Männergesangsverein Nixdorf“ übernommen, so daß man wohl annehmen kann, daß die Feier eine in jeder Beziehung des Tages würdige sein wird. Zur Dedung der Unkosten findet Teilsammlung statt.

Wilmersdorf.

„Der Kampf um die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse“ war das Thema, über das Genosse Heitmann in einer Volksversammlung sprach, die Dienstagabend im „Luisenpark“ zu Wilmersdorf stattfand. Seiner Aufgabe, der Bevölkerung die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation darzulegen, erledigte sich der Redner in vortrefflicher Weise. In der Diskussion wies Genosse Winter unter anderem auf die Auseinandersetzungen hin, mit denen die Reaktion im allgemeinen und die Regierung in besonderen den Konsumgenossenschaften entgegentritt. Da am Sonntag von den Parteigenossen auch ein Flugblatt verbreitet wurde, das auf die Wilhelmstraße 27 erlichtete Verkaufsstelle des Konsumvereins Charlottenburg aufmerksam machte, so ist zu hoffen, daß auch in Wilmersdorf das Interesse der Arbeiterklasse an der Konsumgenossenschaftlichen Betätigung wachsen wird.

Mariendorf.

Der hiesige Wahlverein feiert am 20. März sein Stiftungsfest bei Hierck, Kurfürststr. 44. Das gutbesetzte Programm verspricht einen genussreichen Abend, weshalb die Genossen ersucht werden, lebhaft für den Besuch des Festes zu agitieren.

Soffen.

Einen Unterhaltungsabend veranstaltet der Arbeitergesangsverein „Freie Sänger“ am Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr, im Lokal von Kurzner. Da genannter Verein bei Arbeiterfestlichkeiten stets bereitwillig mitgewirkt hat, werden die Genossen ersucht, das Fest nach Möglichkeit zu unterstützen.

Am gleichen Abend hält auch der Turnverein „Jahn“ im Lokal von Dähne ein Vergnügen ab. Der Verein sucht Eintrittskarten zum Preise von 60 und 75 Pf., auch unter der organisirten Arbeitergesellschaft abzugeben. Die Genossen werden darauf hingewiesen, daß die Arbeiterbewegung von Mitgliedern dieses Vereins nicht selten aufs heftigste bekämpft worden ist.

Rummelsburg.

Der Voranschlag zum Etat für 1909 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 112 367 M. ab, gegen das Vorjahr ein Mehr von 497 734 M. Der Zuschlag zur Staatsseinkommensteuer, welcher im laufenden Jahre 100 Prozent beträgt, ist für 1909 auf 125 Prozent erhöht. Diese unerwartete Tatsache der Erhöhung des Gemeindezuschlages ist mit auf die im Vorjahre auf Verlangen des allmächtigen Vorkämpfers Grundbesitzervereins erfolgte Herabsetzung des Zuschlages von 120 Prozent auf 100 Prozent zurückzuführen. Unsere Vertreter hatten sich damals entschieden gegen die künstliche Herabsetzung des Gemeindezuschlages gewandt — und auch klar nachgewiesen, daß durch die Herabsetzung eine um so höhere Herausforderung des Gemeindezuschlages in den Folgejahren eintreten muß. Am nun in diesem Jahre nicht noch über 125 Prozent heraufgehoben zu müssen, sind zur notwendigen Bilanzierung des Etats aus dem Ausgleichsfonds 50 000 M. eingestellt worden. Trotz dieser Erhöhung des Zuschlages, der eine Mehreinnahme von etwa 120 000 M. ausmacht, wie durch die Zuführung von 50 000 M. aus dem Ausgleichsfonds, 40 000 M. aus dem Straßenunterhaltungsfonds und 25 000 M. aus der neuen Wertzuwachssteuer finden wir, daß für die paar hundert sogenannten Wohlhabereinträge Mehreinnahmen nicht gemacht worden sind! Die einzelnen Etatspositionen weisen in ihren Hauptkapiteln in Einnahmen und Ausgaben folgende Zahlen auf: Die Ausgaben für die Gemeindeverwaltung sind mit 208 480 M. gegenüber 23 070 M. Einnahmen berechnet. Im Vorjahre waren es 207 896 M. und 70 900 M. Das höhere Schulwesen weist an Ausgaben 299 675 M. und 171 160 M. an Einnahmen auf. Im Vorjahre 219 381 M. Ausgaben und 132 390 M. Einnahme. Der Gemeindezuschlag für die höheren Schulen beträgt mit im laufenden Jahre 123 515 M. gegenüber 87 000 M. im Vorjahre. Von diesen 123 515 M. Gemeindezuschlag entfallen auf das Realgymnasium 66 555 M., auf die höhere Mädchenschule 88 260 M. und auf die Mittelschule 23 700 M. Die Ausgaben für die Gemeinde-Volksschulen sind mit 714 800 M. gegenüber 170 790 M. Einnahmen berechnet. Im Vorjahre waren es 584 025 M. Ausgaben gegenüber 140 250 M. Einnahmen. Die hohe Steigerung der Ausgaben für die Volksschule im Betrage von circa 100 000 M. sind fast ausschließlich auf die neue Lehrerbeförderung wie für die Vergütung und Unterhaltung des neuen 70klassigen Schulgebäudes in der Marktstraße in Ansehung gebracht worden. Das Kapitel mit dem recht wohlthätig klingenden Namen „Armen-, Wasserverwaltung und Wohlfahrtsamt“ zeigt eine Ausgabe von 92 550 M. gleich pro Kopf der Bevölkerung etwa 1,06 M. vor. Im Vorjahre betrug hierfür die Ausgabe pro Kopf etwa 1,00 M. Die direkten Gemeindefteuern sollen nach Abzug von 1 214 332 M. Kreissteuern den Betrag von 809 415 M. bringen. Im Vorjahre waren es 817 937 M. Es entfallen von den 900 847 M. direkten Gemeindefteuern auf die Gemeindeeinkommensteuer 387 500 M., auf die Gemeindegrundsteuer 432 091 M., auf die Gemeindegewerbesteuer 50 250 M. und auf die Gemeindebetriebssteuer 50 000 M. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern sind auf 285 010 M. berechnet und zwar 35 000 M. Biersteuer, 20 000 M. Hundsteuer, 150 000 M. Umsatzsteuer, 25 000 M. Wertzuwachssteuer und 50 000 M. Luftfahrzeugsteuer. Im Vorjahre waren es zusammen 183 500 M., die hierfür angelegt waren.

Im Kapitel Vermögen und Schulden ist für Vergütung der Gemeindefürher eine Ausgabebetrag von 600 410 M. erforderlich, im Vorjahre genügt hierfür noch ein Betrag von 452 555 M. Die Straßenunterhaltung kostet der Gemeinde nach Abzug der ordentlichen Einnahmen 125 000 M., im Vorjahre 110 000 M. Der Reinigung des Wasserwerks ist auf 144 018 M. gegen 121 110 M. im Vorjahre veranschlagt. Ob dieser Mehrbetrag von 23 000 M. erzielt wird, erscheint noch recht zweifelhaft — soll doch dieser Betrag (20 000 M.) allein von den Abnehmern in Ober-Schöneweide durch die Erhöhung der Wasserbezugsgebühren um 20 Proz. herausgeschlagen werden. Das Kapitel Entwässerung (Kanalisation) schließt mit einer Ausgabe von 207 930 M. gegenüber einer Einnahme von nur 151 820 M. Der hierzu erforderliche Gemeindezuschlag von 56 110 M., der ein Geschenk an die Hausbesitzer darstellt, wird den Vorkämpfer Hausbesitzern mit 10 495 M. und den Rummelsburger Hausbesitzern mit sogar 45 615 M. gewährt. Im vorigen Jahre betrug der Zuschlag für die Rummelsburger Hausbesitzer 39 519 M. Dieser Voranschlag kommt in der nächsten Gemeindeverordnetenversammlung, welche am Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Rathaus saale stattfindet, zur Beratung.

Ober-Schöneweide.

50 Beitragsmarken des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie ein Portemonnaie mit 7,95 M. Inhalt und eine Werkzeugtasche Nr. 5059 verloren hat ein Arbeiter auf dem Wege von Ober-Schöneweide bis Sadowa oder in der Bahn nach Friedrichshagen. Da derselbe für den Verlust ersatzpflichtig ist, so wird der erbliche Finder gebeten, das Gefundene oder seine Adresse bei Gastwirt Habel, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 45, abzugeben.

Wanfot.

Einen seltenen Fund machten gestern morgen Arbeiter in der Kaiser-Friedrich-Strasse. In einem Internenpfahl entdeckten sie ein ausgewachsenes totes Schwein. Der Kadaver war an dem Pfahl festgebunden. Woher der eigenartige Fund stammt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Zegel.

Die Gemeindevertretung beschloß bei der Etatberatung es bei der bisherigen Höhe der Gemeindefteuern, die einschließlich der Kreissteuer 125 Proz. beträgt, zu belassen. Dagegen wurde die Kanalisationsabgabe von 2 auf 2 1/2 Proz. erhöht und das Schulgeld für die Realchule von 80 auf 100 M., das für die höhere Mädchenschule von 100 auf 120 M. gesteigert. Auch eine Erhöhung des Wasserpreises wurde in Aussicht genommen. Eine langjährige kommunale Streitfrage, ob die Gemeinde oder die Anlieger die Kosten der Straßenreinigung zu tragen haben, ist jetzt durch gütliche Einigung gelöst worden. Die Haus- und Grundbesitzer erklärten sich bereit, zu den Kosten der Straßenreinigung beizutragen, falls sich von der Gemeinde Zegel in eigene Regie übernommen wird.

Weihensee.

Mit großem Interesse folgte die am 15. März er. im Albrechtshof tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins den beiden Berichten des Genossen Laubmann von der Gemeindevertreterkonferenz sowie des Genossen Fahrmann aus der Gemeindevertretung. Genosse Ruelius beauftragte die Gemeindevertreter, für Abhilfe der schlechten Schulheizung in der Dorfstraße und bessere Beschaffenheit der Stühle in dieser Schule zu sorgen. Hierauf wurden die Genossen Kobl, Dicner, Perjing, D. Ruelius, Ruelius, Philipp, Ludow, Schmidt und Heinrich als Delegierte zu den Kreis- und Groß-Berliner Generalversammlungen gewählt. Als Ersatzdelegierte fungieren die Genossen Andre, Christoph und die Genossen Berg. Die Versammlung beschloß, vom April ab einen Vesabend einzuführen.

Spandan.

Die Sitzung der Gewerkschaftskommission fällt infolge der heute abend bei Böhle stattfindenden Volksversammlung aus, dieselbe findet erst acht Tage später statt.

Eichwalde.

Die Stichwahl zwischen unserm Genossen Hugo Klein und dem Kandidaten des „Ordnungsvereins“, Herrn Kaufmann Niehn, findet am Freitag, den 19. März, abends von 6 1/2 bis 8 Uhr, statt. Unsere Gegner haben in aller Stille gearbeitet, sie sind sehr siegesgewiß. Die Zusammenfassung unserer Einwohnerkraft auf vorwiegend bürgerlichen Kreisen verschafft ihnen dabei einen natürlichen Vorteil. Aber alles das darf uns unter keinen Umständen veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil! Je schwieriger die Aufgabe ist, um so intensiver muß unsere Agitation sein. Nur durch Kampf zum Sieg!

Parteiengenossen! Rüttelt alle Säulen auf, am Tage der Stichwahl ihre Schuldigkeit zu tun. Unser letzter Mann muß an die Wahlurne gebracht werden.

Heute, Donnerstagsabend, pünktlich um 8 Uhr, findet für unseren Ort eine Flugblattverbreitung statt. Jeder muß zur Stelle sein.

Potsdam.

Man sollte annehmen, daß bei den Etatberatungen von den Stadtverordneten alle Wünsche und Befürwörter angebracht werden. Im Gegenteil! Unter Gemeindefteuern usw. wurde z. B. der Etat der Allgemeinen Verwaltung in Einnahme mit 370 418 M. und in Ausgabe mit 440 794 M. festgesetzt, allerdings bei zahlreichen Stimmhaltungen. Eine sonderbare Lokalk. Dafür hatte der Magistrat aber reichliche Neueinführungen getroffen: dem Bürgermeister werden 1000 M. Aufwandsgehalt bewilligt, bedingt durch die besonderen Verhältnisse Potsdams, die an die Repräsentation besondere Ansprüche stellen, in den Magistraturen sollen aber billiger Arbeiterkräfte eingestellt werden, da die rein mechanische Arbeit nicht besonderer Ausbildung bedürfe. Deswegen erregte es, daß sich der Meferent Stadtob. Schmäfer, selbst ein Beamter, dieser Sparpolitik anließ. Die Kosten der Telefonantenne für den Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtbaurat werden auf den Stadtsäckel übernommen. — Die Schulgelder für die Mädchennittelschule und die Vorschule werden erhöht. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Bürgermeisters K. o. g.: In der hiesigen Lokalpresse werden seitens des „Mittelstandes“ heftige Klagen geführt, daß durch diese Schulgelderhöhung eine Mehrbelastung desselben entstehe. Hierin liegt aber ein schwerer Irrtum. Wir legen den Eltern keine neuen Steuern auf, sondern wir vermindern nur das Geschenk, das wir den Vätern bisher gemacht haben. Ein Schüler hat bisher der Stadt 90 M. gekostet, ein Gemeindefürher aber nur circa 50 M. Eine Veranlagung einzelner Klassen seitens der Stadt lasse sich sozial nicht rechtfertigen. Die Stadtverordneten waren sprachlos, nur Stadtb. Wille wies darauf hin, daß sich ja die Eltern der höheren Schulen noch größere Geschenke gefallen lassen. — Bei der Stadtdirektion wollte der Stadtd. Rechnungsrat Richter auf Kosten der Arbeiter sparen. Da die Reueinführung eines weiteren Arbeiters beantragt war, bemängelt er, daß zum Beschneiden der Bäume jetzt die beiden Gärtner und ein Arbeiter verwendet werden, ein Gärtner und zwei Arbeiter könnten dies auch tun und das wäre billiger! Er wurde sofort zurechtgewiesen, daß man im Winter nicht beide Gehäusen mit rein gärtnerischen Arbeiten beschäftigen könne, ihn aber deshalb nicht gleich auf die Straße werfe. Vielleicht richtet Stadtd. Richter seinen Sparsinn mal auf ein anderes Gebiet. — Bei der Beratung des Kapitels Kirchen- und Schulwesen entstand eine interessante Debatte über den Bau einer Kirche in der Teltower Vorstadt. Man besträubte, daß durch diesen Bau die jetzt 28 Proz. betragende Kirchensteuer erhöht werden dürfte. Beiragt um die Stellung des Magistrats hierzu, erklärte der Bürgermeister, daß ein solches Vorgehen sehr schädlich für die Stadt wirken würde. Alle Zugiehenden fragen an über die Höhe der Kommunalsteuer und der Kirchensteuer. Stadtverordneter Hemmer, Mitglied des Gemeindefürherenrats, erklärt, daß niemand an den Bau einer Kirche denke. Der Prediger in der Teltower Vorstadt (zur St. Nikolagegenende) ist nach Potsdam geschickt und hat nun das Bestreben, sich auch ein Gotteshaus zu schaffen. Eine neue Methode, ohne Geld Kirchen zu bauen, denn schon eifrig wird durch allerhand Veranstaltungen verdacht, Geld zusammenzubringen. Hier soll also die Gemeinde selbst nicht einmal die treibende Kraft sein, sondern nur ein um das Seelenheil seiner Mitmenschen besonders besorgter Einwohner der Teltower Vorstadt. So sagt man — und nicht lange, so müssen die Gemeindefürher zahlen. — Zum erstmalig wird ein außerordentlicher Etat vorgelegt, der in Einnahme und Ausgabe mit 2 256 097 M. abschließt.

Gerichts-Zeitung.

Saarbrücker Beamtenbestechungsprozeß.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Saarbrücken, 17. März.

Die Strafkammer verurteilte in dem Beamtenbestechungsprozeß heute um 5 Uhr nachmittags folgendes Urteil:

Der Obersteiger Michaely wird zu einer Zusatzstrafe von drei Monaten Zuchthaus zu der jetzt von ihm zu verbüßenden Zuchthausstrafe verurteilt.

Gefängnisstrafen sind verhängt über Fahrsteiger Nisch acht Monate, über Fahrsteiger Fröh vier Monate, über die Steiger Klafen, Huppert, Prämm, Sid und Foch je zwei Monate, die Steiger Andres und Jenat je drei Monate, Steiger Rollinger ein Monat, Frau Nisch zwei Wochen, ein Vergnügen zehn Tage, Heben je fünf und drei je drei Tage. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ueberfall.

Der eigentümliche Fall, daß ein jugendlicher Straßenräuber von der Ueberfallenen noch vor Gericht ein Geldgeschenk erhält, ereignete sich gestern in dem Moabitser Kriminalgericht. Wegen versuchten Straßenraubes verhandelte die Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Hiesch gegen den 18jährigen Arbeiterburschen Friß Knütter aus Charlottenburg. Am 26. Januar d. J., am Frühnachmittag, war die Geschworenenjury gerade im Begriff, das Daus Löhmsstr. 88a zu verlassen, als im Vorgarten ein junger Bursche auf sie zusprang und sie ohne weiteres mit der Faust ins Gesicht schlug. Zugleich packte der Attentäter das lederne Handtäschchen der Ueberfallenen und versuchte es ihr zu entreißen. Es kam zu einem heftigen Ringen, bei welchem die Geschworenen zu Boden stürzte. Erst als der Richter des Hauses aus dem Fenster schreite, um der Ueberfallenen zu Hilfe zu eilen, ließ der jugendliche Räuber sein Opfer los und ergriff die Flucht. Er wurde jedoch von dem Postkutscher Sell in der Potsdamer Straße eingeholt und zur Polizei gebracht. Es war der jetzige Angeklagte Knütter. Die Ermittlungen ergaben, daß der Angeklagte wegen zahlreicher Diebstahle und großer Verfehlungen von seinem in der Provinz wohnhaften Vater aus dem Hause gejagt war. Der Sechzehnjährige blieb sich schon längere Zeit in Berlin umher, bis er, um sich Geld zu verschaffen, den Raubversuch ausführte. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 2 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft. Nach der Urteilserkundung übergab die Ueberfallene dem Gericht drei Paare mit dem Bemerkung, daß ihr der Angeklagte so leid tue, er solle es entweder

im Gefängnis besser haben, oder das Geld, wenn er erlassen werde, nützlich anwenden.

In die Geschäftsprotokolle eines Inoffizienbüros gestellte eine Verhandlung verschiedene bemerkenswerte Einblicke, welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt wegen Untreue in Konkursverwaltung mit Bezug auf den Kaufmann Robert Nathan, wozu sich dessen Ehefrau Gertrud N. wegen Beihilfe hierzu verantworten mußte. Der Angeklagte betreibt unter der Firma Nathan und Leinweber im Nordhorn der Stadt ein Inoffizienbüro. Im November 1907 erhielt er von dem Schneidergesellen Wilhelm Brickle den Auftrag, für ihn den Betrag von 810 M., welcher in einer Hinterlegungsstelle deponiert war, einzuziehen. Brickle sicherte dem Angeklagten hierbei eine Provision von 25—30 Proz. des eingeziehenden Betrages nach dessen Ablieferung an ihn zu. Nathan versprach, die Angeklagten in höchstens vier Wochen zu erledigen. Diese Zeit verging, es wurde Frühjahr und auch Sommer, ohne daß N. etwas von dem Angeklagten hörte. Als er sich wiederholt an Nathan wandte, hielt ihn dieser mit allerlei Ausflüchten hin. Schließlich verlor N. die Geduld, er wandte sich direkt an die Hinterlegungsstelle und erfuhr zu seinem Erstaunen, daß der Angeklagte das Geld bereits am 7. Februar ausgezahlt erhalten hatte. Im September schickte ihm der Angeklagte, der vorher in kleineren Beträgen schon etwa 100 M. als „Vorschuh“ an ihn gezahlt hatte, noch 74 M. mit dem Bemerkung, daß er 50 Proz. für seine Mühewaltung verlange und die Angelegenheit damit erledigt sei. Hiermit erklärte sich Brickle aber keineswegs einverstanden, es kam zu einem Briefwechsel, bei welchem sich die beiden Kontrahenten recht niedliche Worte an den Kopf warfen. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für überführt und beantragte gegen den Ehemann 6 Monate Gefängnis und gegen die Ehefrau 100 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen die Ehefrau auf Freisprechung; gegen den Ehemann N. lautete das Urteil auf 4 Monate Gefängnis.

Zahlreiche Opfer von Schmutzinterten

haben sich zurzeit wegen Aufforderung zum Verbrechen gegen das leimende Leben zu verantworten. Eine gewerkschaftliche Verbrecherin namens Ruschinski in Jülich, die in vielen deutschen Zeitungen in der bekannten Weise Pulver und Kröpfen gegen Regelstörungen angepriesen hat bezw. Heilmittel gegen Menstruationsstörungen empfohlen oder in sonstiger Weise zum Verbrechen gegen das leimende Leben aufforderte, ist in Jülich verhaftet. In ihrem Besitz sind mehrere hundert Briefe von deutschen Mädchen und Frauen beschlagnahmt, die diese Verbrecherin zur Einföndung ihres angepriesenen Mittels, das 15 M. kostete, darin aufgefordert haben. Diese Briefe sind sämtlich den deutschen Behörden ausgeliefert und gegen die sämtlichen Briefschreiberinnen ist Anklage wegen Verbrechen strafbar nach § 40a St.-G.-B. erhoben. Kraft in allen Gegenden Deutschlands hatten diese unglücklichen Opfer jezt ihrer Aburteilung. In allen Fällen führen diese Opfer zu ihrer Verurteilung gleichmäßig an, sie hätten geglaubt, weil das Mittel in der Zeitung öffentlich empfohlen sei, hätten sie es sich kommen lassen dürfen. In ihrer Dummheit haben verschiedene das Mittel sogar ungeniert auf einer offenen Postkarte bestellt. Nach den übereinstimmenden Gutachten der sämtlichen erstklassigen medizinischen Sachverständigen haben die sämtlichen angepriesenen Mittel überhaupt keine Wirkung in der gewünschten und beabsichtigten Weise. Die Anpreisung ist nichts als ein purer Schwindel, berechnet für diejenigen, die nie alle werden. In Hannover sind kürzlich bereits 2 Frauen, auch Opfer dieser Ruschinski, zu Gefängnisstrafen verurteilt. Am Dienstag hatte sich die Ehefrau Dora Brinkmann aus derselben Veranlassung unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu verantworten. Die Strafkammer Hannover verurteilte sie zu 14 Tagen Gefängnis.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin.

Freitag, den 19. März, im Gewerkschaftshaus, Engelwer 15: Vortrag. Eintritt für Söde 20 Pf. Der Diskussionsabend am Sonnabend fällt aus. Freie Jugendorganisation. (Werbung W e i c h e n e. Heute abend 6 1/2 Uhr bei Weber, Friedrichstr. 87: Mitgliederversammlung. Verband der Preisergelichen Deutschlands. Jungverein Berlin und Vorort. Heute abend 9 1/2 Uhr, Kolonnenstr. 11/12: Versammlung und Vortrag. — Charlottenburg, Krummstr. 42. Zentralverband der Handlungsgelichen. Heute abend 6 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in den „Arminiasälen“, Kommandantenstr. 58/59. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde unter Lindenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1/2 Nachmittags 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Am Sonntag 7 Uhr wochentags beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Dank und eine Zahl als Dankgehalt beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erzeit. Für die Verantwortlichkeit im Briefkasten bürgen 14 Tage vergehen. Bitte Krone trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 29. 100. 1. Rein. 2. Zweimäßig ist der Wählch eines gerichtlichen oder notariellen Vertrages, in dem der Schlichter das vorher aufgeschriebene Vermögen seiner Frau anerkennt und auf sein eheliches Recht und Verwaltungsbrecht verzichtet. — O. Rein. — N. G. 35. Auf § 2050 ist die Aussteuer zur Ausgleichung bei der Erbauseinandersetzung zu bringen, wenn der Erblasser nicht Gegenständig angeordnet hat. Die Eltern, nicht ihrer freien geschickten Gelder kommen nicht zur Anrechnung. Als Erblasser ist der Erblasser zu verstehen, der am 1. Dezember 1905 vorhandene Vermögen der Eheleute. Hieron erhält der Witwe die Hälfte, die andere Hälfte geht an die Kinder. — N. G. 100. 1. Eine Reklamation würde vorwiegend den Erfolg haben, daß die um eine Stufe herabgesetzt werden. Der Stenerbetrag bei Einkommen von 1250—1500 M. 16 M., bei 1500—1650 M. 21 M., bei 1650—1800 M. 26 M. 2. Das ist nicht erforderlich, aber zweimäßig. — N. G. 1. Wird Strafantrag gegen einen Verbrecher gestellt, so richtet sich die Anklage gegen beide. 2. und 3. Der Staatsanwalt erhebt die Anklage. An ihn ist auch der Strafantrag zu richten. Eine Strafbarteil liegt nur vor, wenn wegen des Verbrechs die Ehe gelassen ist. — N. G. 3. 9. 1. Ja. 2. An das Polizeipräsidium. — N. G. 14. Ja. — N. G. 26. In Berlin müssen Hunde, die drei Monate alt sind (vom 1. April ab bereits im Alter von zwei Monaten), eine Steuerkarte haben. Mit Steuerkarte sind sie ohne Rücksicht auf das Alter zu versehen. — N. G. 17. 1. Rein. 2. Der Artikelssatz von 120 Millionen lagert im Justizministerium. — N. G. 10. Wer in der Zeit vom 1. Januar bis 27. März dieses Jahres 70 Jahre alt geworden ist, muß mindestens 700 Markten annehmen können, um Altersrente zu erlangen. Zur Erlangung der Altersrente sind 200 Markten und der Nachweis erforderlich, daß Arbeitsunfähigkeit vorliegt. — Jungs 13. 1. Die Verjährung würde erst mit dem ersten Januar 1911 eintreten. 2. Das Amtsgericht, nicht das Obervergericht ist zuständig. — N. G. 13. Rein. — N. G. 3. Das ist nicht erforderlich. N. G. 5. 1. Etwa 20 bis 30 M. monatlich. 2. Der außerordentlich Vater hat Klimente bis zum vollenden 16 Lebensjahre zu zahlen. Einen Versuch auf Herausgabe des Kindes hat er nicht. — N. G. 100. Das Verbrechen ist nicht verjährt, da die Verjährungsfrist zehn Jahre beträgt. — N. G. 59. Sie haben ein Recht, die Sachen zurückzubehalten, dürfen sie aber nicht verkaufen, können auch Lagerungsgeld für dieselben verlangen. Klagen Sie Ihre Forderung ein und lassen Sie dann in die von Ihnen eingehaltenen Sachen pänden. — N. G. 30. Dem Otegeschäfte gegenüber sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Sie können aber Antrag auf die Einklagen, wenn nicht etwa in Ihrem Widersetzung ein solcher Gegenanspruch dadurch ausgeschlossen ist, daß Sie die Reparaturkosten übernommen haben. — Zeitschrift. Werden Sie sich an den Direktor der Berliner Dambwerkeschule. — N. G. 1887. Wegen allgemeiner Reklamationen vorwiegend diebstahlverwandter. — N. G. 19. Den Unterhaltungsbedarf erwirbt man durch einjährigen Aufenthalt, wenn während dieser Zeit Armenunterstützungen nicht gezahlt sind. Die Herren finden Sie im II. Teil des „Rechtsbuches“. — N. G. 83. Der Prozeßtag ist richtig berechnet. — N. G. 25. 1. Drei Monate. 2. Sechs Monate. — Näm. Reich. 1. Rein. 2. Etwa seit dem 12. Jahrhundert. — N. G. 22. Sie müßten nunmehr das Gewerbegericht anrufen. Sie haben den Fehler gemacht, zum Gewerbegericht nicht ein Artikel zu verlangen. Söde das Gewerbegericht durch Artikel seine Zuständigkeit ausgesprochen, dann war das Amts- und Landgericht zuständig. Jetzt ist das Gewerbegericht infolge der Abweisung seitens des Landgerichts zuständig. — Noster 20. Söde Bekämpfung über Arbeitslosigkeit brauchen Sie nicht vorzulegen. — N. G. 1000. Rein. — Vorwärts 1909. 1. Es kann sich lediglich um eine geringfügige, von der Polizei oder vom Gericht festzusetzende Strafe handeln. 2. Ja. 3. Ja, wenn nicht etwa aus dem Inhalt des Flugblattes geschlossen werden kann, daß ein Aufruf oder ein Plakat vorliegt. Diese dürfen auf öffentlichen

Regen, Straßen, Flächen nicht verbreitet werden. — W. Z. 200. Die Barzeit beträgt neun Monate. In dem kann das Amtsgericht hiervon Dispens erziehen. — **Information.** 1. Eine gerichtliche Eintragung ist nicht erforderlich. Wollen Sie sie aber durchsetzen, so wenden Sie sich an einen Notar, um die nötigen Formblätter zu beschaffen. 2. Wird in einem besonderen Artikel hergeleitet werden. 3. Die Invalidenrente setzt sich zusammen aus dem Reichsgeld, dem Grundbetrag und dem Steigerungsbetrag. Der Reichsgeld beträgt 50 M. Der Grundbetrag in Lohnklasse I 60, in Lohnklasse II 70, in Lohnklasse III 20, in Klasse IV 90 und in Lohnklasse V 100 M. Der Steigerungsbetrag beträgt für jede Woche der Lohnklasse I 3, der Lohnklasse II 6, der Lohnklasse III 8, der Lohnklasse IV 10, der Lohnklasse V 12 M. Sind für verschiedene Klassen Marken gestellt, so wird der Durchschnitt der für 500 Wochen in Betracht kommenden Beitragswochen als Grundbetrag gerechnet.

Antlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktstage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still. Preise unverändert. **Fisch:** Zufuhr ohne Belang, Geschäft reger, Preise k. Haupt. **Geflügel:** Zufuhr knapp, in München gehend, Geschäft etwas lebhafter, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft teils etwas schleppend, Preise gut. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse:**

Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 17. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	17. März			18. März		
	Barometer	Wind	Witterung	Barometer	Wind	Witterung
Stromscheide	750	SB	2 Nebel	750	SB	2 bedeckt
Hamburg	752	SB	3 Schnee	758	D	3 Schnee
Berlin	751	SB	2 Schnee	752	SB	2 wolfig
Frankfurt	755	SB	4 Schnee	749	SB	1 halb Bd.
München	757	SB	4 heiter	757	D	1 heiter
Wien	757	D	1 heiter	757	D	1 heiter

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. März 1909. Zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen, schwachen südwestlichen Winden, etwas kälterer Nacht und langsam steigender Tages-temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	16. 3.	15. 3.	cm	cm
Bemmel, Mühl	1067	+15		
Bregel, Unterburg	—	—		
Breichfel, Thom	174	+26		
Oder, Rathbor	332	+168		
Krossen	1487	-9		
Frankfurt	2077	+4		
Barthe, Schriem	76	+4		
Landsberg	48	+4		
Rehe, Nordhamm	0	+2		
Elbe, Leimberg	77	+10		
Dresden	-38	+47		
Barb	80	+5		
Magdeburg	78	+1		

+) bedeutet Hoch, -) Fall, -) Unterpegel, -) Gestand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 18. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Siegfried. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Ariel Acosta.
Deutsches. Die Revolution in Krähwinkel.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheideweg. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. M. Heidelberg.
Berliner. Nur ein Traum. (Anfang 8 Uhr.)
Leffing. Orisida.
Neues. Die Laterne.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Romische Oper. Ragul.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Im Klubessel.
Residenz. Kümmere dich um Amelle.
Schiller O. (Waller-Theater.)
Schiller Charlottenburg. Die Karolinger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Schlagende Wetter.
Welfen. Der tapfere Soldat.
Luifen. Mein Leopold.
Trianon. Liebesgepöhl.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Hofe. Das vierte Gebot.
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes.
Bürgerliches Schauspielhaus. Schlagwetter. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Gebäudeherrfeld. Die beiden Bindelbands.
Apoll. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadello.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Variété. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Infolent. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kasino. Ausland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Der geprellte Rechtsanwalt.
Das Schwalbennest. Operette.
Berliner Eis-Palast. Ständige Eisbahn.
Neue Welt. Gr. Bockbierfest.
Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Herrnfeld-Theater. Die beiden Bindelbands.
Palast-Theater. Das ganzlich neue Elite-Programm.
Steidl. Brückenstr. 2, an der Fritze Steidl-Sänger.
Folies Caprice. Insolent.
In lauschiger Nacht.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr:

„Kümmere dich um Amelle.“
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr: Der Floh im Ohr.

Schiller-Theater.

O. (Waller-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.
Schauspiel in 5 Akten von D. Hofen. Deutsch von B. Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Freitag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.

Männergesangverein „Norddeutsche Schleife“
(M. & A.-S.-B.)
Sonntag, den 21. März 1909, in Kellers Festställen (Inh. A. Freyer),
Koppenstraße 29:
Großes Vokal- und Instrumentalkonzert
zur Feier des 40jährigen Bestehens
unter Leitung des Chorleiters Herrn Paul Kurz und unter Mitwirkung der Herren
Richard Kirsch, Felix Gutdeutsch und Willy Deckert.
Anfang 6 Uhr. [1487b] Entree 50 Pfennig.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Im Klubessel.

Neues Operetten-Theater.
Eggenbaurdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 535. Male:
Sherlock Holmes

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.

DERNHARD ROSE THEATER
St. Franziskaner Str. 132.
Abonnement aufgehoben.
Vorstellung ungenügend.
Benefiz für Arthur Winkler.
Zum 1. Male:
Das vierte Gebot.
Vollständig in 4 Akten von H. Langens.
Anfang 8 Uhr. Hochzeitspreis.
Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Schultz.
Ferry, Holden, Bender,
Giampietro, Kettner,
Pfann, Thielscher.
Casino-Theater
Loffringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Freitag, den 2. April:
Rubland.
Sonnabend, den 3. April:
Zum erstenmal: **Ackermann.**
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

XIV. Saison!

Zirkus Busch.
Donnerstag, 18. März, ab. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Um ca. 7/9 Uhr:
Konsul Peter!

Der weltberühmte Meister!
Um ca. 7/10 Uhr:
Herrn Karl Hagenbedes
neueste
Manntierdressur.

Neu! **Gloria Peptao** mit
urkomischen Szenen.
Schwestern Truzzi, Reitanfängerin.
Um ca. 7/10 Uhr: **Umschwärmer.**

WINTERGARTEN
Robert Steidl Liane de Vries
Lillian Hoerlein!
George Bonhair - Truppe!
La Syphe! sowie
die hervorragenden Kunstkräfte
des März-Programms!
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelzone.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.
Passage-Panoptikum.
Princeß Fassie
die Amazonen-Königin
in ihrer wilden Leibgarde.
Das blaue Weib,
das Opfer unbarbarischer Tötung.
Alles ohne Extra-Entree.
Papuss
der Mann in
der Flasche!
Heute 6. Tag!
Puls: normal. Befinden: unveränd.
Tag u. Nacht zu sehen!

Zirkus Schumann

Heute, Donnerstag, den 18. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Debüt! 8 Personen. Debüt!
Theron-Truppe.
!!! Nur kurze Zeit!!!
Obrenovitch Christitch
Georges Milan
!!Ettero Tiberio!!
der Münzenbrecher.
Paet, der unübertreffliche vier-
beimige Bicycle-Champion.
Das wirklich bogende Ringarub.
Golo, der
Pech-, Ausstattungs- u. Pantomime
Vorher:
Das Riesen-Programm!

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 18. März 1909:
Das Stiftungsfest.
Schwank in 3 Akten v. G. v. Moser.
Anf. d. Vorst. 8. Rosenöffnung 7 Uhr.
Sonnet 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Montag, den 22. März: **Souree** der
Leitigen Sänger.

Gebrüder
Herrnfeld-
Theater. Ververk.
Anfang 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden
Bindelbands.
Die Original-
Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton
und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.
Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Bors.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
25. 18. März:
Das ganzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Zigeunerfriedel.
Schauspiel in 1 Akt.
Vorstellung wochentags
gültig, zu halben Preisen überall
gratis.

Freie Volksbühne

Nächste Aufführungen:
Nachtsyl (Gorky) im Neuen
Pechschulze Schauspielhaus
Der Fleck auf der Ehr' Thalia-Theater.
(Anzongruber)
Der Probekandidat (Dreyer) Herrnfeld-Theater.
Nr. der Mitgliedskarte
Sonntag, den 21. März 6401-7200
Sonntag, den 28. März 5401-6400
Sonntag, den 4. April 7201-8000
Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich
noch in den Zahlstellen melden.
240/12 Der Vorstand: G. Winkler.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. Rathgen: Zinn —
Blei — Silber.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Anst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur er-
stklassigen Spezialitäten bei gän-
zlich freiem Entree, auch Son-
tags. Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: **Gr. Freitanz.**
Kinematograph.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanienallee 7-9.
Schlagwetter.
Bergwerksdrama von Jul. Hirsch.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Für geistl. Beachtung!
Nur die Abonnenten dieses Blattes
gönnen andernfalls
heute Donnerstag, 18. März
bei Vorlegung dieser Annonce
halbe Kassenpreise!

Königstadt-Kasino.

Dolgenstraße 72.
Täglich: **Franz Sobanski,**
Genor und Herab, Großst. Duo,
Jon Rudolphi, Drahtkünstler,
Joh. 3. Thorsborg, Balanc. Neheiten:
Ernst Graf, Elia Wälsjö, Bernhard
Warr, Lela Gran.
Huckebeln & Co.
Nach der Vorstellung: **Rittwoch,**
Sonnabend, Sonntag **Tanz.**
Donnerstag, den 25. März: **Benefiz**
für G. Sobanski. Anfang 7 Uhr.

Walhalla

Wienbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm.
17 kostümierte Schläuder 17
militärische Übungen und die
übigen Spezialitäten.
Im Tunnel: **Jap. Blumenfest, Regi-**
mentstanz, Theaterbei. hab. fr. Gint.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwalt
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Sanssouci, Kotzbauer

Direktion Wilhelm Köhler.
Heute Donnerstag: **Neues Programm.**
Elite-Soiree Tanzkränzen.
von
Hofmanns Nordl. Sängern
Zubehör: **Schall**
Sonntagjäger in
der Klemme.
Voffe in 1 Akt.
Durchschlagender Erfolg d.
übigen großartigen
Souree-Programms!
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum 129. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochent. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Neue Welt

Hassenheide 105-114.
Täglich:
Gr. Bockbierfest.
Baron Muckis Bauernkapelle.
Original-Garmisch-Partenkirchner
Sänger und Schuhplattler.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Sensationelle Prämierungen.
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Achtung! Gewerkschaften! Vereine!
Dietrichs Festsäle, Dresdener
Straße 116
sind nun jetzt ab neu zu vergeben. Alle Tage frei! Vereinszimmer,
20-200 Personen; Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 4842

Bei Betten-Anschaffung
verlange ausdrücklich
Reinholds
Patent-Matratze
„Primissima“
nur echt mit Fabrikmarke
beste der Welt, im Gebrauch billigste.
Patent-Möbel-Fabrik „Primissima“, Charlottenstr. 29/30.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Theater.

Heute 7 1/2 Uhr:
Nur ein Traum.
Morgen: **Einser von unsoro Lauf.**

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Laterne
(Le Passe-partout).
Freitag bis Montag: **Die fremde**
Frau.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches

Schauspielhaus.
Donnerstag, 18. März. Anf. 8 Uhr:
Schlagende Wetter.
Freitag zum erstenmal: **Der große**
Romet.
Sonnabend: **Der große Romet.**

Apoll Theater

Der beispiellose Erfolg des
März-Programms.
10 Uhr: 10 Uhr:
Alice Norton
8 1/2 Uhr:
Der junge Papa.
Dazu: Die übrigen Spezialitäten-
Attraktionen.
Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Steidl

Brückenstr. 2, an der
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Die
altheilichsten
Parterre-Rest. Entree frei.
Urildere Stimmung a. la Brady.
Bier-Kaharett u. Berl. Spatzen.
Entree frei.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Insolent.
Woffe von L. Kaufstein.
In lauschiger Nacht.
Curlerle von B. Geride.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Bors.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
25. 18. März:
Das ganzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Zigeunerfriedel.
Schauspiel in 1 Akt.
Vorstellung wochentags
gültig, zu halben Preisen überall
gratis.

Steidl

Brückenstr. 2, an der
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Die
altheilichsten
Parterre-Rest. Entree frei.
Urildere Stimmung a. la Brady.
Bier-Kaharett u. Berl. Spatzen.
Entree frei.

Die Bewucherung der Berliner Bevölkerung durch die Kohlenverkäufer.

Es ist an der Zeit, daß sich die arbeitende Bevölkerung Berlins energischer wie bisher mit ihrer Bewucherung durch die Kohlenverkäufer beschäftigt. Auf Anfragen an die Kohlenverkäufer, ob denn nicht auch in Berlin die Preise für Kohlen und Briketts herabgesetzt würden, erhält man überhaupt keine Antwort oder es heißt: Wir können nicht billiger verkaufen, uns werden selbst die höchsten Preise abgenommen! Damit soll gesagt sein, von den Gruben würden immer noch die Hochkonjunkturpreise gefordert. Die Grubenbesitzer wieder wenden ein, es sei noch keine Ermäßigung der Selbstkosten eingetreten, die Arbeiterlöhne ständen noch auf der früheren Höhe.

Table with 2 columns: 4. Quartal 1908, 4. Quartal 1907. Rows: Oberschlesien, Steinkohlen; Niederschlesien; Ruhrgebiet; Mittelpreussisches Braunkohlengebiet.

Die Arbeiterlöhne waren also Ende 1908 zum Teil schon erheblich niedriger als gleichzeitig 1907. Inzwischen kamen aus den Bergwerkbezirken zahlreiche Meldungen weiterer Lohnreduzierungen. Von einer Ermäßigung der Brennstoffpreise ist der Berliner Bevölkerung aber noch nichts bekannt. Im Gegenteil: Kohlen, Koks und Briketts sind im Jahre 1909 noch teurer geworden! Das bestätigt auch die amtlichen Nachrichten für Handel und Industrie. Danach mußten im Kleinverkauf (pro Zentner), also von dem ärmsten Bevölkerungsteil, bezahlt werden, im

Table with 2 columns: 1908, 1909. Rows: Steinkohle (Rufkohle) pro 50 Kilogr.; Braunkohle; Koks pro Heftloster; Braunkohlenbriketts pro 100 Stück.

In einer Zeit schärfster Wirtschaftskrise, wo jeder Pfennig Mehrausgabe die ohnehin mit Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit furchtbar heimgegriffene besitzlose Masse trifft, werden die Preise für den absolut notwendigen Hausbrand noch hinaufgeschraubt.

Das ist eine unerhörte Bewucherung gerade der Armen. Das beweisen auch die Preisnotizen der amtlichen „Nachrichten“. Die Preise im Großhandel sind nämlich auch in Berlin in den meisten Sorten von Januar 1908 bis Januar 1909 gleichgeblieben oder etwas gefallen. Einzig und allein der ärmste Familienvater, der wegen seines geringen Einkommens nur die kleinsten Quantitäten einkaufen kann, muß für alle Sorten Brennstoffe heute noch mehr zahlen als zur Zeit der Hochkonjunktur.

Wer sind die Urheber der wucherischen Preiserschraubereien? Da ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Grubenbesitzer in allen Bezirken ihre Syndikate, Preiskonventionen, Verkaufskontore usw. gebildet haben. Der Zwischenhandel ist entweder schon ganz ausgeschaltet, oder die großen, mittleren und kleinen Kohlen- u. Verschleißer erhalten von den Grubenkartellen nur Kohlen usw. zu oft sehr drakonischen Bedingungen. Die Grubenkartelle schreiben den Zwischenhändlern vor, in welchem Bezirke, welche Sorten Kohlen und mit welchen Aufschlägen sie verkaufen dürfen. In Wirklichkeit sind heute schon die meisten Kohlenhändler nur noch Agenten der Grubenkartelle.

An diese hat sich das bewucherte Volk vor allen Dingen zu halten. Die weit die großen, mittleren und kleinen Händler aus eigener Profitgier noch Aufschläge zu den Brennstoffpreisen vornehmen, entzieht sich der öffentlichen Kontrolle. Die Händler müssen vor der Deffenlichkeit erklären, ob ihnen die fortgesetzten Preissteigerungen, insbesondere die Extraerhöhung der Brennstoffpreise für die Armen, von den Grubenkartellen vorgeschrieben ist, ob sie die Schuldigen oder die Mithuldigen sind. Das Volk hat ein Recht zu wissen, wer es bewuchert.

Seit über 1 1/2 Jahren herrscht in Deutschland eine verheerende Wirtschaftskrise. Ein namenloses Elend ist über hunderttausende und Millionen Familien hereingebrochen. Und wie zeigt der Kapitalismus sein „Mitgefühl“? Das Laufziger Braunkohlensyndikat, ein Hauptlieferant für den Berliner Brennstoffbedarf, berichtet frohlockend, es habe 1908 den Durchschnittspreis für 1 Heftloster von 21,98 auf 24,54 Pf. erhöht! Dabei ist der Durchschnittsschichtverdienst der höchsten Lohnklasse der Braunkohlearbeiter von 4,28 M. in 1907 auf 4,15 M. im Jahre 1908 herabgedrückt worden! Die Kohlenpreise steigen, die Löhne fallen!

In der brandenburgischen Lausitz, von woher Berlin im steigenden Maße mit Braunkohlensbriketts versorgt wird, sind in überraschend kurzer Zeit großartige Goldquellen für die Unternehmer erschlossen. Was für Riesengewinne dort erzielt werden, verrät der Jahresbericht der Braunkohlens- und Brikettwerke „Eintracht“. Es heißt darin:

Die Jahresrechnung für 1908 ergibt einen Betriebsüberschuß von 3 952 296,38 M., sowie einen Gewinn auf Zinskonten von 56 401,93 M., mithin einen Gesamttertrag von 4 008 698,31 M., gegen 3 453 837,77 M. im Vorjahre. Beim wir somit trotz der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage auf eine bedeutende

Steigerung des Ertragnisses bliden können, so ist die in erster Linie der Wirkung zuzuschreiben, welche die Gründung der Niederlausitzer Brikett-Verkaufs-Gesellschaft speziell auf unsere bisherigen Verkaufspreise ausübte. Zudem hat die Erhöhung der Förderung und Brikettproduktion, die wir durch die fortgesetzte Verbesserung unserer Betriebsanlagen und deren volle Beschäftigung während des Jahres erreichen konnten, zur Steigerung des vorjährigen Ertragnisses beigetragen.

Die Gesellschaft verteilt für 1908 nach bedeutenden Mittelstellungen 27 Prozent Dividende, 1907 wurden 24 Prozent gegeben! Das Verkaufssyndikat hat seinen Zweck als Preisständer glänzend erfüllt. Diejenige syndizierte Unternehmung ist das Volk auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Für Niederlausitzer Briketts sind im letzten Jahre die Preise am Berliner Markt noch erhöht worden. Die Profitgier feiert immer tollere Orgien.

Sie treiben es so toll, daß das ausgebeutete Volk unmöglich ruhig zusehen kann, wie ihm die Lebensbedürfnisse fortgesetzt verteuert werden. So kann es nicht weiter gehen. Selbst dann noch die schon viel zu hohen Brennstoffpreise steigern, wenn das graue Elend einer umfassenden Arbeitslosigkeit die Wohnungen der Besitzlosen verdirbt, das ist doch ein ungeheurer Skandal.

Aus Industrie und Handel.

Massenkündigungen im Industriebezirk.

Der 15. März war für die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ein Schreckenstag. Massenkündigungen werden von überall gemeldet. In Dortmund wurde sämtlichen Arbeitern des Walzwerks Beber zum 1. April gekündigt, an welchem Tage der Betrieb des Werkes, angeblich wegen baulicher und technischer Veränderungen, völlig stillgelegt werden soll. Sehr schlimm lauten die Nachrichten von den Gruben. Von den in der Nähe von Dortmund liegenden Gruben werden folgende Kündigungen gemeldet: Preußen I, 21 Mann, Preußen II 75 Mann, Gneisenau 64 Mann, Scharnhorst 58 Mann, Viktor 200 Mann. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Leute am 1. April anderweitig untergebracht werden. Von den Gruben Scharnhorst und Preußen II werden zudem noch Lohnkürzungen in Höhe von 15-20 Pf. pro Wagen Kohlen gemeldet. Die Löhne sind auf manchen Gruben des Reviers so reduziert worden, daß tüchtige Hauer nur noch 100 M. pro Monat herausbekommen. Auf manchen Gruben werden 6-8 Schichten im Monat gefeiert. Die Stimmung der Bergleute ist eine sehr gereizte. Allgemein heißt es: So kann es nicht weiter gehen! Es scheint, die Herren Grubenbarone wollen die Bergleute zur Verzweiflung treiben und so eine Katastrophe herbeiführen. Dazu paßt sehr gut die Meldung, daß auswärts Bergdegenen tätig seien, die Leute ins Ruhrrevier locken wollten, indem sie diesen erzählten, sie könnten 8-10 M. pro Schicht verdienen. Dem Treiben der Grubenbarone muß Einhalt geboten werden.

Lohnreduktion.

Die Rheinischen Stahlwerke ordneten eine 10prozentige Lohnkürzung an. Außerdem wurde wegen Mangel an Aufträgen die Arbeitszeit in den Feuerbetrieben auf 8 Stunden reduziert.

Wirrwarr am Kohlenmarkt.

Zu welchen Zuständen die von uns oft beleuchtete Syndikatspolitik führt, dafür liegen nun einige recht interessante Mitteilungen vor, die sich selbst genügend illustrieren. Wir lassen sie deshalb hier ohne weiteren Kommentar folgen: Ausländische Konkurrenz auf dem deutschen Kohlenmarkt. Die neuerdings in größerem Maßstabe namentlich auf dem Wasserwege nach Süddeutschland eingeführte englische Kohle hat infolge ihres vergleichsweise billigen Preises besonders bei den Gastwerken großen Erfolg zu verzeichnen.

Ausfuhr deutscher Kohlen. Infolge des Vordringens englischer Kohlen machen sich bei den preussischen staatlichen und privaten Saargruben Abfuhrschwierigkeiten geltend, welche die Gruben nötigen, bei anderen Industrien, auch im Inlande für die ausfallenden Mengen neuen Absatz zu suchen. Daß dies nicht ohne Preisopfer geschieht, ist selbstverständlich.

Preisermäßigung für belgische Kohle. Infolge niedrigerer deutscher Angebote ist der Preis der Magerfeinkohlen für Ziegeleien und Kalkwerke für den bevorstehenden Sommer von den belgischen Hauern jetzt offiziell gegen den letzten offiziellen Preis um 1 1/2 bis 2 Fr. auf 9,50 bis 10 Fr. die Tonne herabgesetzt worden.

300 Arbeiter plötzlich brotlos geworden. Die Grube Miesebach bei Engelskirchen hat plötzlich ihren Betrieb eingestellt. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag hatten sich durch Entzündung eines größeren Kottens trockenen Holzes in der Grube dortselbst eine große Menge Kohlen angesammelt, daß ein Arbeiten dabeilbst zur Unmöglichkeit wurde. Selbst die von Ferne und Gelsenkirchen telephonisch bezurufenen Rettungsmannschaften mußten nach verschiedenen Versuchen das weitere Vordringen aufgeben, was die vorläufige Stilllegung der Grube zur Folge hatte.

Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft. In der Aufsichtsrats-Sitzung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft legte der Vorstand die Bilanz des Jahres 1908 vor, die mit einem Nettogewinn von 24 142 105,26 M. (gegen 22 272 368,42 M. im Vorjahre) abschließt. Der auf den 17. April d. J. zu berufenden Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 9 Proz. vorgeschlagen werden, nachdem 11 700 000 M. zu Abschreibungen und Reservebestellungen, darunter 600 000 M. für den Spezialreservofonds,

berwandt worden sind. Für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds wurden 400 000 M. bestimmt. Zwecks Beschaffung der Mittel für den weiteren Ausbau der Gesellschaft, in erster Linie das neue Hochofen- und Stahlwerk in Esch, welches zur Ausnutzung der reichen Eisenerzgruben der Gesellschaft bestimmt ist, soll der Generalversammlung eine Kapitalerhöhung von 26 000 000 M. und die Ausgabe einer Anleihe von 20 000 000 M. vorgeschlagen werden.

Stahlverbandspolitik.

Die zunehmende Halbzeugkonkurrenz der in Walzweisen mangelhaft beschäftigten Martinwerke veranlaßte laut „Rheinischer Volkszeitung“ den Stahlwerksverband bis zum 30. Juni 1912 einen Vertrag mit der Häfener Gewerkschaft zu schließen, wonach diese nur noch an drei Walzwerke Halbzeug liefern darf, wogegen ihr der Verband jährlich 4000 Tonnen Halbzeug abnimmt. Wegen der Preise wurde gleichfalls eine Einigung erzielt.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908.

Nach den Ermittlungen des kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Bekanntmachungen der Gerichte im „Reichsanzeiger“ wurden im Jahre 1908 151 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 162,5 Millionen Mark neu gegründet, gegenüber 217 Gesellschaften mit 200,7 Millionen Mark im Jahre 1907. Die Gründungstätigkeit des vergangenen Jahres ist somit erheblich schwächer gewesen als im Jahre 1907.

Von den 151 neuen Gesellschaften des Jahres 1908 wurden 72 mit 82,0 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet; für die Sacheinlagen wurden hierbei 66,5 Millionen Mark in Aktien gewährt. Im Jahre 1907 war die Umwandlung bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften — wie die gesamte Gründungstätigkeit — größer; im Wege der Umwandlung waren im Vorjahre 118 Gesellschaften mit 182,8 Millionen Mark Nominalkapital gegründet.

Kapitalerhöhungen erfolgten im Jahre 1908 bei 205 Gesellschaften um 443,9 Millionen Mark, während 69 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen in Höhe von 40,0 Millionen Mark vornahmen. Neben den „tätigen“ Gesellschaften ermittelte das kaiserliche Statistische Amt die Gesellschaften in Liquidation und in Konkurs. Im Jahre 1908 traten in Liquidation 78 Gesellschaften mit 80,0 und gerieten in Konkurs 16 Gesellschaften mit 10,2 Millionen Mark Nominalkapital.

Vom Weintrauf. Das letzte Jahresergebnis der Aktiengesellschaft für chemische Produkte, vorm. H. Scheidemantel, ist ein sehr günstiges. Der Reingewinn beträgt 1 231 000 M. gegen 902 000 M. im Vorjahre. Die Abschreibungen betragen 229 000 M. gegen 146 000 M.; also bleibt ein verfügbarer Ueberschuß von 1 001 000 M. gegen 755 000 M. Der Betrieb dieser Gesellschaft ist fortgesetzt vergrößert worden. Im Jahre 1907 wurden allmählich die folgenden Betriebe käuflich erworben: Ver. Chemische Fabriken Widenhoben; „Union“, Fabrik chemischer Produkte, Dammirung; Chemische Fabrik Gerspohl, S. m. b. H.; Gramer u. Buchholz, Köhlsal; Louis Spiritus Nachf., Wipperfurth, und W. Köhn, Wilsbelsberg; ferner die Fabrik A. C. Clement, Rostod. Weiter ist die Gesellschaft beteiligt an der Gründung der Zentralgesellschaft für chemische Industrie, S. m. b. H. in Berlin, Gesellschaft für Fett- und Destillation. Die durch die österreichische Gelehrtschenschaft verhinberte Verämgelung mit der Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Wien ist nun so erfolgt, daß der Aktienbesitz gegenseitig ausgetauscht worden ist. Damit wird die Vertiefung der Knochenverarbeitenden deutschen Industrie aber noch nicht abgeschlossen sein.

Staatsbestellungen. Für die preussisch-hessischen Staatsbahnen sollen erneut 1072 Personenzüge, 382 Gepäckzüge sowie 7299 Güterwagen verschiedener Gattung für die bestehenden Bahnen, ferner 113 Personenzüge und 80 Gepäckzüge für die im Staatsjahre 1909 zur Eröffnung kommenden Neubauleisten in Auftrag gegeben werden. Die Anlieferung sämtlicher Wagen soll bis zum 31. März 1910 beendet sein.

Vermischtes.

Ein Grubenbrand. Aus Essen (Ruhr) wird gemeldet: Die der Bergbauverein mittelst, nahm der auf Grube „Miesebach“ ausgebrochene Grubenbrand größere Ausdehnung an. Infolgedessen mußte auf Veranlassung der Königl. Bergwerksbeamten die Grube Montagabend von sämtlichen Mannschaften geräumt und unter Wasser gesetzt werden.

Schnee und Eis verursachen noch immer erhebliche Verkehrsstörungen. Nach einer amtlichen Meldung aus Rönigsberg i. Pr. ist der Güterverkehr auf der Strecke Slatiansk-Boltawa der Südbahnen und darüber hinaus wegen Schneeverwehungen gesperrt.

Stolz, 17. März. Amtliche Meldung. Strecke Neustettin-Stolz durch Schneeverwehungen seit 16. März 10 Uhr abends zwischen Schönau und Waldenburg unpassierbar. Voraussichtlich wird die Strecke heute vormittag wieder frei.

Straßsund, 17. März. Amtliche Meldung. Der Postdampferverkehr zwischen Scharitz und Trebborg ist noch unterbrochen. Die Güterverhältnisse sind unverändert.

Graudenz, 17. März. Amtliche Meldung. Die Betriebsstörung auf der Kleinbahn Welsch-Culmbach besteht infolge des gestrigen Schneetreibens unverändert fort.

Eingegangene Druckschriften.

Im Bande des Erdbebens von Dr. H. Jafer. Die vulkanischen Katastrophen von 1905 bis 1908. Julius Hoffmann, Verlag, Stuttgart, Broch. 8 M., geb. 4 M. Der kleine Herr Fiebedemann. Novellen von Thomas Mann. E. Fischer, Berlin. Geb. 50 Pf., geb. 1 M. Die verlorene Nalvität von H. Höpffner. 197 Seiten. — Torlo, das Buch eines Kindes von L. Märten. 305 Seiten. H. Piper u. Co., München.

Sunlicht Seife

verleiht Gardinen, Spitzen und zarten Stoffen, ob einfach oder kunstvoll, jenen Zauber von Frische und Reinheit, der das Heim gemütlich und anziehend gestaltet. Sunlicht Seife verwende man ohne Zutaten. Aus reinsten und besten Rohmaterialien hergestellt, reinigt sie durch eigene Kraft. Man verwende nur Sunlicht Seife.



